
WISTA

Wirtschaft und Statistik

Dieter Sarreither

[Amtliche Statistik wird sich behaupten](#)

Dr. Norbert Räth |
Albert Braakmann u. a.

[Bruttoinlandsprodukt 2014](#)

Dr. Christian Haubach |
Benjamin Held

[Ist ökologischer Konsum teurer?](#)

Thomas Weber | Martin Beck

[Entgeltumwandlung in Deutschland](#)

Ilka Willand | Heidrun Stirner |
Dr. Helen Lauff

[Die Reputationsanalyse des Statistischen Bundesamtes](#)

Dr. Daniel Vorgrimler | Ansgar Bitz |
Patrick Schweizer | Yvonne Vatter

[Welcher Bürokratieaufwand ist mit der Gründung eines Unternehmens verbunden?](#)

Martin Pöppel-Decker |
Ingeborg Vorndran

[Welche Rolle spielt das Fahrzeug bei einem Verkehrsunfall?](#)

1 | 2015

ABKÜRZUNGEN

D	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	Vierteljahr
Hj	Halbjahr
a. n. g.	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
Mill.	Million
Mrd.	Milliarde

ZEICHENERKLÄRUNG

–	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	Angabe fällt später an
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
	Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

INHALT

3	Editorial
4	Kennzahlen
6	Kurznachrichten
9	Dieter Sarreither Amtliche Statistik wird sich behaupten <i>Statistical offices will hold their ground</i>
18	Dr. Norbert R�ath, Albert Braakmann und andere Bruttoinlandsprodukt 2014 <i>2014 gross domestic product</i>
41	Dr. Christian Haubach, Benjamin Held Ist ökologischer Konsum teurer? <i>Is ecological consumption more expensive?</i>
56	Thomas Weber, Martin Beck Entgeltumwandlung in Deutschland <i>Deferred compensation in Germany</i>
75	Ilka Willand, Heidrun Stirner, Dr. Helen Lauff Die Reputationsanalyse des Statistischen Bundesamtes <i>An analysis of the Federal Statistical Office's reputation</i>

INHALT

- | | |
|----|--|
| 85 | Dr. Daniel Vorgrimler, Ansgar Bitz, Patrick Schweizer, Yvonne Vatter
Welcher Bürokratieaufwand ist mit der Gründung eines Unternehmens verbunden?
<i>What administrative burden is involved in starting a business?</i> |
| 96 | Martin Pöppel-Decker, Ingeborg Vorndran
Welche Rolle spielt das Fahrzeug bei einem Verkehrsunfall?
<i>What role do the vehicles play in a traffic accident?</i> |

EDITORIAL

Dieter Sarreither



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

vielen Dank, dass Sie „Wirtschaft und Statistik“ lesen – und sicher merken, dass unsere Zeitschrift anders aussieht als bisher! Die Neuerungen sind das Ergebnis einer Leserumfrage, denn WISTA soll auch in Zukunft für Sie interessant sein.

Aus dem seit 1949 erscheinenden Monatsheft ist jetzt ein Zweimonatsheft geworden, mit neuer inhaltlicher Ausrichtung. Analysen und methodisch orientierte Aufsätze werden ins Zentrum gerückt, die thematische Breite bleibt erhalten. Ein Literaturverzeichnis und eine Kurzvorstellung der Autoren ergänzen die Beiträge. Auch visuell bietet das Heft Neues. Ausgewählte statistische Kennzahlen haben wir auf einer Doppelseite grafisch aufbereitet.

Der Tabellenanhang ist nicht verloren, sondern als „Statistische Wochenberichte“ laufend aktualisiert unter den Publikationen auf www.destatis.de abrufbar. Dort finden Sie wie bisher auch die elektronische Fassung der Hefte.

Wo nun anfangen? Mein Tipp ist der Artikel zur Frage, ob ökologischer Konsum teurer ist (ab Seite 41) – aber schauen Sie selbst.

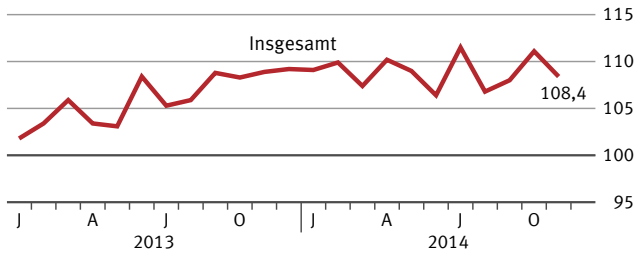


Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Kennzahlen

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

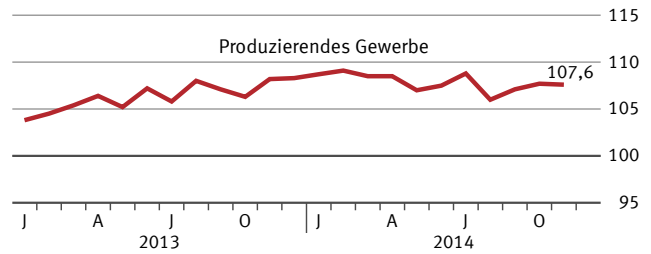
Volumenindex 2010 = 100



Arbeitsmäßig und saisonbereinigter Wert nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA. – Vorläufiges Ergebnis.

Produktion im Produzierenden Gewerbe

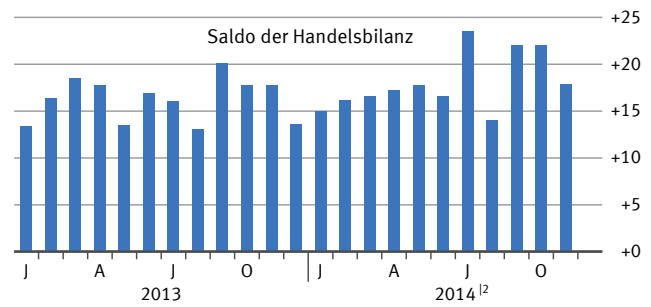
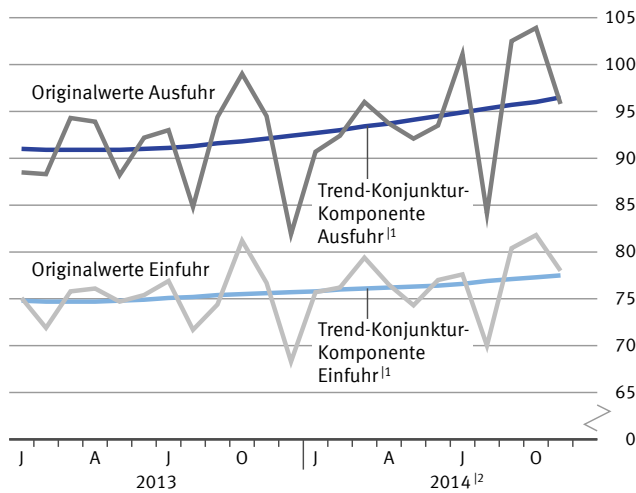
Index 2010 = 100



Arbeitsmäßig und saisonbereinigter Wert nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA. – Vorläufiges Ergebnis.

Außenhandel

in Mrd. EUR

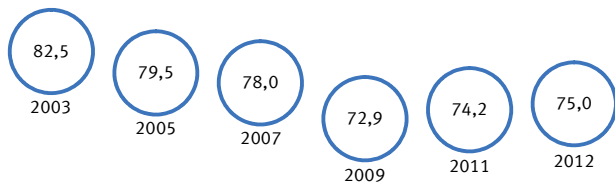


1 Berechnung nach dem Berliner Verfahren, Version 4.1 (BV 4.1).

2 Vorläufige Ergebnisse.

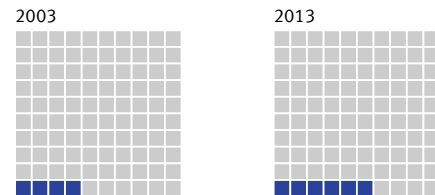
Klimaschutz

Treibhausgasemissionen in CO₂-Äquivalenten, 1990 = 100



Ökologische Landwirtschaft

Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in %

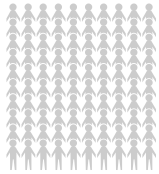


Kennzahlen

Bevölkerung

Stand: 31.12.2013

Insgesamt
80,8 Millionen



über 65 Jahre



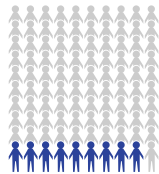
21%

unter 15 Jahre



13%

Ausländeranteil



9%

Migrationshintergrund



21%

Verbraucherpreisindex

2010 = 100

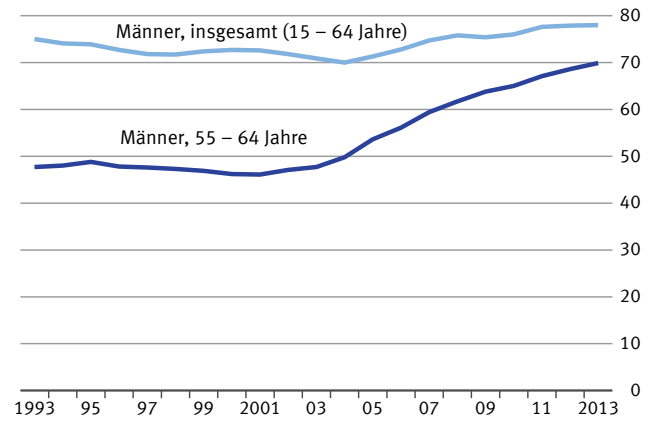
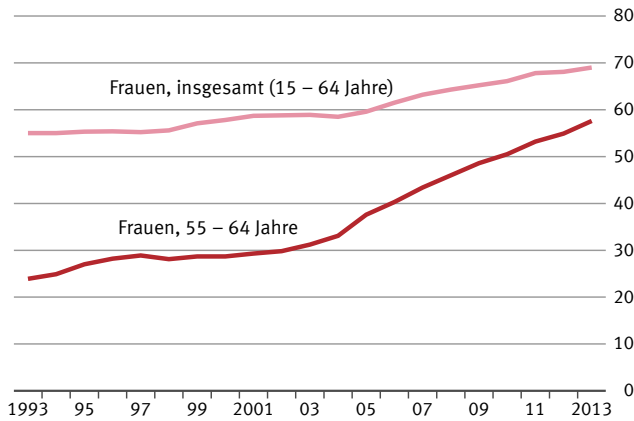
	2013	2014
Januar	104,5	Januar 105,9
Februar	105,1	Februar 106,4
März	105,6	März 106,7
April	105,1	April 106,5
Mai	105,5	Mai 106,4
Juni	105,6	Juni 106,7
Juli	106,1	Juli 107,0
August	106,1	August 107,0
September	106,1	September 107,0
Oktober	105,9	Oktober 106,7
November	106,1	November 106,7
Dezember	106,5	Dezember 106,7

Veränderung
zum Vorjahresmonat

106,7 ↑ **0,2%**

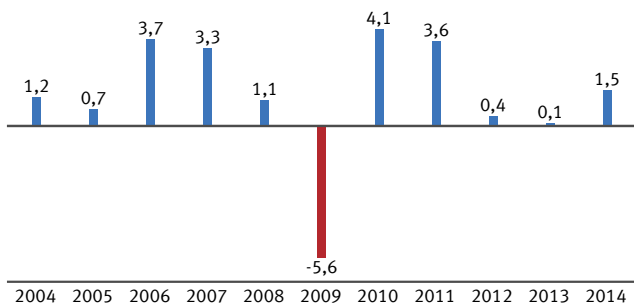
Erwerbstätigenquote

Anteile in %



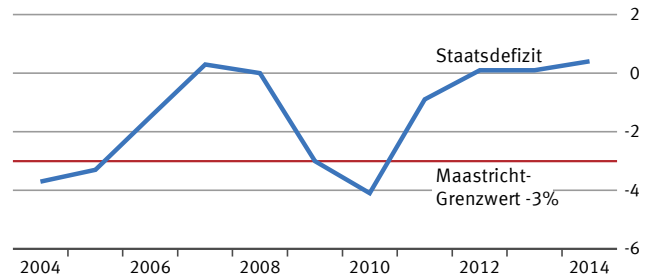
Bruttoinlandsprodukt

preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Staatsdefizit

in % des Bruttoinlandsprodukts



KURZNACHRICHTEN

IN EIGENER SACHE

Statistische Wochenberichte: tagesaktuelle Ergebnisse

Die bisher in WISTA veröffentlichten Tabellen sind unter www.destatis.de als Statistische Wochenberichte abrufbar. Sie geben online den gewohnten umfassenden Überblick zu Entwicklungen in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland. Neue Ergebnisse werden wöchentlich jeweils freitags publiziert und stehen Ihnen so tagesaktuell zur Verfügung.

Die Statistischen Wochenberichte können im PDF- oder Excel-Format heruntergeladen werden.

Statistikberatung zur EU-Statistik neu geordnet

Seit dem 1. Januar 2015 steht der EDS Europäischer Datenservice nicht mehr als eigenständiger Auskunftsdienst für den deutschsprachigen Raum zur Verfügung; die Vertragspartnerschaft des EDS mit dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) endete nach 17 Jahren.

Der i-Punkt Berlin des Statistischen Bundesamtes bietet Ihnen jedoch weiterhin europäische Daten unter www.destatis.de/europa und steht bei Fragen zu Daten und Produkten zur europäischen und internationalen Statistik zur Verfügung.

GENESIS-Online: wichtigste Quelle für amtliche Daten

Die Datenbank des Statistischen Bundesamtes GENESIS-Online (www-genesis.destatis.de) verfügt mittlerweile über Ergebnisse aus 215 Statistiken und wurde 2014 so häufig genutzt wie noch nie.

Zuletzt neu hinzugekommen sind Daten über internationale Indikatoren, auslandskontrollierte sowie kleine und mittlere Unternehmen, zur Luftverkehrsteuer, Fleischuntersuchung, zum Betreuungsgeld und zu Nebendiagnosen von Krankenhauspatienten.

TAGUNGEN

Call for papers: UNECE Workshops on Communication of Statistics and Statistical Data Collection

Unter dem Vorsitz der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) finden jährlich internationale Treffen statt mit dem Ziel, die Erstellung und Kommunikation statistischer Daten weltweit zu standardisieren. Im Fokus stehen dabei zentrale und aktuelle Themen nationaler statistischer Ämter und internationaler Organisationen. In diesem Jahr wird der "Workshop on the Communication of Statistics" gemeinsam mit dem "Workshop on Statistical Data Collection" in Washington D.C. in den Vereinigten Staaten von Amerika veranstaltet. Gastgeber der Konferenzen ist das amerikanische Bureau of Labor Statistics.

- › Der “Workshop on the Communication of Statistics” findet vom 27. bis 29. April 2015 statt (www.unece.org/stats/documents/2015.04.dissemination.html)
- › Der “Workshop on Statistical Data Collection” dauert vom 29. April bis 1. Mai 2015 (www.unece.org/stats/documents/2015.04.coll.html)

Am Mittwoch, den 29. April, wird ein überschneidender Konferenztag die Zusammenarbeit zwischen Datenerhebung und Datenverbreitung im Statistikprozess thematisieren.

Anmeldungen sind nach Rücksprache auch nach dem offiziellen Anmeldetermin am 6. Februar 2015 noch einige Zeit möglich.

NEUERSCHEINUNGEN

Digitaler Verkehrsunfallkalender

Wann passieren die meisten Alkoholunfälle? An welchen Tagen gibt es viele Schwerverletzte? Der digitale Verkehrsunfallkalender ist das neueste Internetangebot in der Rubrik „Statistik anschaulich“ des Statistischen Bundesamtes. Er bietet eine Jahresübersicht des Unfallgeschehens in Deutschland und zeigt auf einen Blick, an welchen Tagen mit einer erhöhten Unfallgefahr zu rechnen ist. Zu finden ist er auf der Startseite unter www.destatis.de.

AMTLICHE STATISTIK WIRD SICH BEHAUPTEN

Ein Plädoyer für Professionalität

Dieter Sarreither

↳ **Schlüsselwörter:** Bundesstatistik – Datenaustausch – Datensicherheit – Informationsfreiheit – Statistikgeheimnis

ZUSAMMENFASSUNG

Der auf einem Vortrag basierende Beitrag entwirft Zukunftsperspektiven für die amtliche Statistik anhand verschiedener Thesen. Zu den Themen zählen Methoden- und Verfahrenstransparenz, externe Auditierungen, politisch relevante Indikatoren sowie die Koordinierung von Bundes- und EU-Statistiken. Auch der Austausch von Mikrodaten, Datensicherheit und Big Data werden aus Sicht der amtlichen Statistik betrachtet. Wie kann man darüber hinaus professionellen Umgang mit Auskunftspflichtigen gewährleisten, trotz knapper Personalressourcen? Grundlegend dafür ist eine Verbundstrategie: gemeinsame Prioritäten der Statistikproduzenten.

↳ **Keywords:** *Federal Statistics – Data Interchange – Data Security – Transparency*

ABSTRACT

This article, which is based on a speech, discusses various theses to outline the prospects for official statistics. The issues covered include transparency of methods and procedures, external auditing, politically relevant indicators and the coordination of federal and EU statistics. Other themes examined from the viewpoint of official statistics are the interchange of microdata, data security and big data. Beyond that, how can professional interaction with respondents be ensured despite scarce staff resources? A central requirement for the statistical offices is to have a joint strategy: common priorities of the statistics producers.



Dieter Sarreither

ist Diplom-Mathematiker und Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes. Zuvor war er IT-Direktor und Leiter der Abteilung Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden im Statistischen Bundesamt.

Einleitung¹

Monopole sind eine wunderbare Sache. Wenn man Monopolist ist. Für alle anderen sind sie natürlich nicht so gut. Jedenfalls nicht, wenn man an die freie Marktwirtschaft glaubt, wenn man sich der Preisbildungstheorie nicht ganz verschließt und monopolbedingte Wohlfahrtsverluste in Betracht zieht.

Nun behaupte ich, dass wir als Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder der Rolle des Monopolisten näher stehen als der eines Produzenten, den der Wettbewerb des Polypols drückt. Wobei sich schon die Frage stellt: Welches Produkt bieten wir denn eigentlich an?

Na, „Bundesstatistik natürlich“, werden die Bundesstatistiker rufen und die Kollegen in den Statistischen Ämtern der Länder werden, vielleicht nach kurzem Zögern, beipflichten. Ja, der Gesetzgeber hat dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder ein Monopol auf das Produkt „Bundesstatistik“ beschert, bei manchen Bundesstatistiken hat er sogar das Bundesamt ganz allein zum Anbieter bestimmt.

„Ganz allein?“, möchte ich da fragen, in Anlehnung an eine beliebte französische Comiqueihe. Nein! Gleich dem berühmten gallischen Dorf gibt es in der Bundesstatistik ein paar Ausnahmen in Form von Statistiken, die andernorts erstellt werden, außerhalb des Verbunds der statistischen Ämter. Sie heißen Straßengüterverkehrsstatistik², Zahlungsbilanzstatistik³ oder Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten⁴. Es bleiben aber Ausnahmen, die, wie es so schön heißt, die Regel bestätigen.

In der europäischen Statistik nehmen diese Ausnahmen schon einen etwas breiteren Raum ein, darauf werde ich gleich zurückkommen.

Für die Datennutzer hat das Beinahe-Angebotsmonopol der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchaus Vorteile. Der Wichtigste lautet: „Zahlen aus einer Hand.“ Wer einmal am Telefon des Auskunftsdienstes gesessen oder die per Kontaktformular minutlich eingehenden Anfragen gesichtet hat, der weiß, dass viele Bürgerinnen und Bürger großes Vertrauen in die Aussagekraft der amtlichen Statistik setzen. Auch wenn wir nicht Jedem gerecht werden können, versuchen die statistischen Ämter des Verbundes dennoch, dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen. Das Statistische Jahrbuch ist der alljährliche Versuch, Daten der Bundesstatistik mit vielen anderen amtlichen und nicht amtlichen Daten so sorgfältig zu kombinieren, dass das Gesamtergebnis ebenfalls das Prädikat „amtlich“ genießen darf.

Ein weiterer Vorteil des Beinahe-Angebotsmonopols der statistischen Ämter: Die Informationen kosten den Bürger relativ wenig. Wir können annehmen, dass sich erhebliche Synergien daraus ergeben, dass die Statistik in Deutschland stark fachlich konzentriert ist, nämlich in speziellen Behörden, eben den Statistikämtern.

Nun darf man darüber nicht die Nachteile vergessen, die sich aus der Position des Monopolisten ergeben können. Einer sticht mir ins Auge. Wie stehen wir, die statistischen Ämter, etwa zu der Verantwortung, die sich daraus ergibt, dass wir – zumindest scheinbar – allumfassend für Statistik zuständig sind? Jeder, der in den Ämtern des Verbundes tätig ist, kennt die Erfahrung, dass Kritik an der Statistik zunächst einmal jeden pauschal trifft, der etwas mit Statistik zu tun hat. Das Statistische Bundesamt bietet besonders großzügig Angriffsfläche, die den Landesämtern mitunter auch als Deckung dienen mag – das soll ruhig so sein.

Natürlich stehen die statistischen Ämter hinter ihrem Produkt und darüber hinaus auch hinter der Statistik als Methode. Wir glauben an die aufklärende Kraft der zahlenmäßigen Information und an die Möglichkeiten, die diese Information den Regierenden wie den Regierten eröffnet – so, wie Autoverkäufer zuerst an den Sinn des Autos überhaupt glauben müssen, ehe sie ihr spezielles Modell anpreisen. Verantwortung für die Qualität eines Produkts übernehmen kann aber letztlich nur derjenige, der es auch herstellt, der zumindest maßgeblich Einfluss hat auf das Zustandekommen des Produktes. Das Statistische Bundesamt übernimmt Verantwortung für die Qualität von Bundesstatistiken. Das ist kein Pro-

1 Die folgenden Ausführungen basieren auf einem Vortrag des Autors, der im Rahmen des Wissenschaftlichen Kolloquiums „Die amtliche Statistik als Grundlage der Wirtschafts- und Sozialberichterstattung – langfristige Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven“ am 13. November 2013 gehalten wurde. Anlass waren die Verabschiedungen von Dr. Peter Lohauß (Leiter der Abteilung Bevölkerung und Regionalstatistik) und Dr. Klaus Voy (Leiter der Abteilung Gesamtwirtschaft und des Projekts Zensus 2011) aus dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

2 Bundesamt für Güterverkehr.

3 Deutsche Bundesbank.

4 Bundesagentur für Arbeit.

blem, solange diese Statistiken vollständig im Statistischen Bundesamt zustande kommen. Es sind aber die wesentlichen Schritte getan zu einer professionellen Qualitätssicherung. Sie wird in absehbarer Zeit dazu führen, dass jedes Mitglied im statistischen Verbund ohne Vorbehalte die Arbeit der anderen Mitglieder verantworten kann, weil untereinander nicht nur Vertrauen herrscht, sondern auch Transparenz.

Solche Transparenz wünscht sich die Europäische Union (EU) auch für das Zustandekommen europäischer Statistiken. Nur liegt der Fall hier noch etwas anders als in der Bundesstatistik. Neben den sogenannten „Nationalen Statistischen Ämtern“ in den 28 Mitgliedstaaten, die aus EU-Sicht ähnlich wie Landesämter fungieren, gibt es je nach Mitgliedstaat noch einen ganzen Strauß von Institutionen, die auch europäische Statistiken produzieren. Das sind die sogenannten „externen Datenproduzenten“. In Deutschland gehört dazu zum Beispiel KOSIS, ein Verbund städtestatistischer Ämter (Kommunales Statistisches Informationssystem der Städtestatistik). Es gehören auch dazu der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (in Form der von ihm getragenen Wissenschaftsstatistik gGmbH), das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim und die Deutsche Bundesbank – um nur vier zu nennen.

Diese Produzentenvielfalt macht es dem Statistischen Bundesamt – als „Nationalem Statistischem Amt“ – nicht leicht, eine Art Gesamtverantwortung für alle Datenlieferungen aus Deutschland zur europäischen Statistik zu übernehmen. Unter den externen Datenproduzenten muss sich ein „Verbund-Bewusstsein“ noch entfalten.

Transparenz, gerade mit Blick auf die Qualität der Statistiken, ist aber essenziell, wenn amtliche Statistik – in all ihrer Vielfalt, sei es nun Landes-, Bundes- oder europäische Statistik – die Grundlage der Wirtschafts- und Sozialberichterstattung bleiben soll. Das ist auch meine erste Antwort auf die Frage dieses Kolloquiums: Wie sieht die Zukunftsperspektive der amtlichen Statistik aus? Dazu habe ich folgende zehn Thesen:

1

Methoden- und Verfahrenstransparenz wird zum großen Thema

Grob gesprochen, machen die statistischen Ämter drei Dinge: Sie sammeln Einzeldaten, verarbeiten sie nach bestimmten Methoden und Verfahren und veröffentlichen die Ergebnisse. Was die Einzeldaten angeht, waren die Ämter seit jeher zur Geheimhaltung verpflichtet, und was die Ergebnistabellen angeht, zur Publizität. Die Methoden und Verfahren blieben weitgehend Betriebsgeheimnis, auch wenn das Postulat der Objektivität einschließt, dass die Ämter ihre Ergebnisse methodisch nachvollziehbar präsentieren. Hier bahnt sich ein Umbruch an, seit sieben Jahren fast unbemerkt, der aber zur Lawine werden könnte. Das Anfang 2006 in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz (IFG) gibt Bürgerinnen und Bürgern einen wirksamen Anspruch auf Offenlegung amtlicher Informationen. Für das Statistische Bundesamt bedeutet das, dass auch bisher nicht zur Veröffentlichung bestimmte Informationen – etwa über Verfahren und Methoden – offen gelegt werden müssen. Damit wächst auch der Druck, die eigenen Methoden zu rechtfertigen. In den meisten Bundesländern gibt es ähnliche Gesetze und für die noch ausstehenden Länder⁵ sind sie zumindest langfristig zu erwarten.

2

Externe Auditierung wird üblich werden

Nachdem die statistischen Ämter seit gut zehn Jahren an der Standardisierung ihrer Produktionsabläufe arbeiten, rückt als „zweite Säule“ die Qualität ins Blickfeld. Für die nächsten fünf bis zehn Jahre sehe ich die Verankerung eines integrierten Qualitätsmanagements in der Datenproduktion als Schwerpunktaufgabe. Die statistischen Ämter haben da auch keine Wahl, weil sie künftig über die Methoden und Verfahren viel genauer Rechenschaft werden ablegen müssen als bisher. Eine vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) initiierte externe Prüfung unter dem Namen „Peer Review“ soll in den Jahren 2014 und 2015 stattfinden. Während ein

5 Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen.

Buchhalter schon immer damit rechnen musste, dass der Wirtschaftsprüfer kommt, sind externe Prüfer in den statistischen Ämtern ein Novum.

3

Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Thematisch werden die statistischen Ämter künftig hierzu ein umfassendes (statistisches) Gesamtbild bereitstellen. Das heißt, die entsprechenden Daten werden (wie bisher auch) erhoben, wobei Register- oder Verwaltungsdaten noch etwas wichtiger werden könnten als bisher. Die statistischen Ämter werden sich allerdings noch intensiver als bisher mit der „Weiterveredelung“ dieser Daten zu Indikatoren befassen. Damit werden wir uns als Statistiker auch weiterentwickeln: vom reinen „Rohdatenlieferanten“ früherer Art hin zu einem stärker als Analyst auftretenden Informationsdienstleister, der tiefergehender als bisher Interpretationshilfen anbietet. Kurzum: die Kernbotschaften hinter den Zahlen – die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge – werden stärker in den Vordergrund rücken. Dies umso mehr, wenn die Politik ihre quantitativen Ziele mit einem regelmäßigen Monitoring unterlegt. „Nun sind Indikatoren für die amtliche Statistik an und für sich nichts Neues.⁶ Doch sind ihre zunehmende Verwendung sowie vor allem ihre vielfältige Kombination und nicht zuletzt die Bedeutung, welche die nationale und europäische Politik ihnen beimisst, verbunden mit den Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung zur Kombination und Aggregation solcher Indikatoren, echte Herausforderungen für die Statistik.“ (Hahlen, 2009) Diese letzten beiden Sätze schrieb schon vor sechs Jahren Johann Hahlen, der bis Ende 2006 Präsident des Statistischen Bundesamtes war.

⁶ Siehe die Aufgabe des Statistischen Bundesamtes in der Nachhaltigkeitsberichterstattung (www.destatis.de/nachhaltigkeitsindikatoren).

4

Neue Erhebungsdesigns, komplexe Methoden und Darstellungen

Nach dem Motto „wo befindet sich Deutschland, wo befindet sich Europa derzeit in Sachen Wachstum, Beschäftigung, Wohlstand, Lebensqualität?“ geht es darum, die Wirkung von politischen Maßnahmen besser überprüfbar zu machen. Dazu müssen die Messgrößen praktikabel, valide und gesellschaftlich akzeptiert sein. Darüber hinaus schaffen staatliche Maßnahmen unter dem Stichwort „Open Government Data“ neue Ausgabekanäle für statistische Daten – in Deutschland etwa das vom Bundesinnenministerium entwickelte Internetportal „govdata.de“, aber auch die im Rahmen der Geodateninitiative GDI.de entstandenen Standards zur Suche und Darstellung von Geodaten (Geodatenviewer im Internet).

Organisatorisch hat dies zur Folge, dass die statistischen Themen (das „Programm“) stärker als bisher zusammengeführt werden, es entstehen fachlich integrierte Querschnittsthemen. Dazu muss der Blick immer wieder das statistische Programm als Ganzes erfassen. Dabei zeigt sich, dass es Baustellen an ganz unterschiedlichen Stellen dieses Programms gibt. Hier muss die Unternehmensstatistik dem Trend zur Globalisierung, zu transnational agierenden Einheiten, gerecht werden. Gleichzeitig versuchen wir, bei den Statistiken, welche die privaten Haushalte betreffen, die unterschiedlichen Ansätze von EU und Bundesstatistik konzeptionell zu vereinen. Die weitgehende Konvergenz von Bundes- und EU-Statistik in der Wirtschaftsstatistik – sei es nun Agrarsektor, Industrie oder Dienstleistungen – ist nämlich in der Bevölkerungs- und vor allem in der Sozialstatistik noch nicht erreicht.

5

Die statistischen Ämter und die Data-Warehouse-Philosophie

Schon vor über 20 Jahren klagte der – nicht nur innerhalb der amtlichen Statistik hochgeschätzte – Frankfurter Statistikprofessor Heinz Grohmann: „Das Bundesstatistik-

tikgesetz von 1987 beschränkt (...) in kaum verständlicher Weise den Datenaustausch zwischen den verschiedenen Ebenen der amtlichen Statistik, obwohl die Daten dabei in jedem Falle in einem ‚abgeschotteten‘ Bereich verbleiben würden. Die Folgen sind Unbeweglichkeit, geringe Anpassungsfähigkeit an wechselnde Bedürfnisse, erhöhter Aufwand und ungenügende Nutzung der aufwendig erhobenen Daten.“ (Grohmann, 1992, Seite 21) Seither hat sich die Handhabung von Massendaten so weit verbessert, dass es noch weniger einsichtig ist, warum diese nicht stärker geteilt werden sollten. In der Tat ist die gemeinsame Nutzung von Daten seit Anfang der 1990er-Jahre auch weit vorangekommen und Eurostat ist ein mächtiger Verfechter des Gedankens, dass der Datenrohstoff als gemeinsames Gut behandelt werden soll. In der europäischen Statistik läuft dazu das Projekt „FRIBS“, es steht für die geplante Rahmenverordnung für eine integrierte Unternehmensstatistik, deren Entwurf Eurostat im Jahr 2015 vorlegen will. Eine Säule dieses Vorhabens ist der verstärkte Austausch von Mikrodaten. Das setzt natürlich voraus, dass dieser Rohstoff und die, die ihn liefern, entsprechend behandelt werden müssen.

6

Datensicherheit in der amtlichen Statistik

Für alle Institutionen, die mit sensiblen Daten arbeiten, hat sich das politische Klima seit Beginn der NSA-Spähaffäre sehr verschlechtert. Das anscheinend berechtigte Misstrauen der Bürger gegenüber den jeweiligen Geheimdiensten kann sich leicht auf andere staatliche Stellen übertragen, auch auf statistische Ämter. Deshalb ist es sehr wichtig, auf die Zweifel der Bürger an der Sicherheit ihrer Daten eine überzeugende Antwort geben zu können. Wir haben uns im Statistischen Bundesamt damit befasst und eine solche Antwort erarbeitet.

Datensicherheit und Datenschutz betreffen aus Sicht der Bürger zuerst den Weg der Daten von Auskunftgebenden zum statistischen Amt. Auf diesem Weg fließen die Daten schon jetzt überwiegend durch elektronische Kanäle. Die Verpflichtung von Unternehmen zur Online-Meldung, die zum 1. August 2013 in Kraft trat, verstärkt

diesen Trend. Wer von Auskunftgebenden verlangt, dass sie das Internet zur Datenübermittlung nutzen, muss die Sicherheit dieses Übermittlungsweges gewährleisten. Zwar können wir als statistische Ämter nicht garantieren, dass die Daten nur über Server in Deutschland fließen. Wir bieten jedoch eine Verschlüsselungstechnik, die als sicher anerkannt ist.

Der zweite Bereich ist die sichere Aufbewahrung der Daten innerhalb der statistischen Ämter. Hier treffen wir alle erforderlichen organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen nach den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Das BSI prüft auch, ob wir diese Standards einhalten.

Ein dritter Bereich, der Ziel der Spionage sein könnte: unsere Veröffentlichungen wichtiger Konjunkturdaten, die hohe Marktrelevanz besitzen. Auch diesen, erst auf den zweiten Blick sensiblen Bereich schützen wir sowohl organisatorisch wie auch technisch.

Alle drei Bereiche verdienen auch in den Statistischen Ämtern der Länder höchste Aufmerksamkeit. Datensicherheit ist zuerst ein Anspruch, den die Statistikämter an sich selbst erheben müssen. Die Abstimmung eines gemeinsamen Sicherheitskonzeptes zum Zensus war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wenn wir Maßnahmen ergreifen, sollten diese behördenübergreifend, vollständig und gleichwertig sein. Sichere Anwendungen, ein klares Rollen- und Berechtigungsmanagement mögen im Einzelfall Mehraufwand und Komforteinbußen bedeuten. Ob sie von den Beschäftigten trotzdem akzeptiert und angewandt werden, hängt von deren Sicherheitsbewusstsein ab und, wie erwähnt, vom Anspruch, den die Beschäftigten der amtlichen Statistik als Wahrer des Statistikgeheimnisses an sich selbst stellen. Das Statistikgeheimnis ist auch der Ausgangspunkt meiner siebten These:

7

Big Data – doch kein Hype in der amtlichen Statistik?

Zuerst war das Wort in IT-Fachzeitschriften zu lesen, dann schaltete IBM Anzeigen in der Massenpresse, vor drei Jahren erklärte es der IT-Branchenverband Bit-

kom zum Trend und inzwischen hat es „Big Data“ auf die Tagesordnung internationaler Statistikkongresse geschafft. Die Jahrestagung der Leiter der Statistikämter der EU-Mitgliedstaaten im September 2013 in Den Haag beschäftigte sich sogar schwerpunktmäßig mit diesem Thema. Worum geht es? Die deutschsprachige Wikipedia nennt Folgendes: „Big Data bezeichnet den Einsatz großer Datenmengen aus vielfältigen Quellen mit einer hohen Verarbeitungsgeschwindigkeit zur Erzeugung wirtschaftlichen Nutzens. (...) Staatliche Stellen erhoffen sich bessere Ergebnisse in der Kriminalistik und Terrorismusbekämpfung.“ Die englische Wikipedia definiert deutlich anders, ich versuche eine Übersetzung: „Big Data bezeichnet eine Sammlung von Datensätzen, die so groß und komplex ist, dass sie mit herkömmlichen Datenverarbeitungs-Anwendungen oder gängigen Datenbankverwaltungs-Werkzeugen nur schwer zu verarbeiten ist.“

Es geht dabei um Datensätze im Exabyte-Bereich. Solche Datenmengen sammelt man nicht per Mikrozensus-Fragebogen. Es gibt sie vor allem deshalb, weil heute immer mehr Vorgänge computergestützt ablaufen und dabei große Mengen sogenannter Prozessdaten anfallen. Die schon erwähnten Anzeigen von IBM boten eine gute Erklärung, warum es bei „Big Data“ geht: Weil es immer leichter technisch möglich ist, diese Datenmengen auf Korrelationen zu untersuchen, wird es auch getan – in der Hoffnung, aus diesen Datenmengen Informationen herauszufiltern, die vorher untergingen, oder prädiktive Modellrechnungen durchzuführen. Kurz: Big Data als Methode der Datenverarbeitung soll helfen, hinter lauter Bäumen wieder den Wald zu erkennen – und der Wald, das sind vor allem Kundenstrukturen und Kundenwünsche.

Soweit noch keine Rede von amtlicher Statistik. Doch die hat sich in der erwähnten Tagung in Den Haag eindeutig positioniert: Die statistischen Ämter in Europa, so heißt es in einem Memorandum, sollten eine Strategie zum Umgang mit „Big Data“ entwickeln. Eine Arbeitsgruppe dazu ist eingesetzt.

Mir scheint aber eine Unterscheidung ganz wichtig: Die Variante von „Big Data“, auf die sich Marketingleute und universitäre Grundlagenforscher gemeinsam stützen, beruht darauf, eine riesige Datenmenge mithilfe gewisser Algorithmen auf Verdacht zu untersuchen – in der Hoffnung, Korrelationen zu finden, die sich sinnvoll

interpretieren lassen. Es existiert also nicht unbedingt eine Vorab-Hypothese, die mit der Analyse bestätigt oder falsifiziert werden soll.

Die amtliche Statistik, zumindest in Deutschland, arbeitet genau andersherum: Hier existiert eine Untersuchungshypothese, zu der anschließend die passenden Daten besorgt – also erhoben – werden müssen. Solange wir nicht wissen, was wir in den Daten suchen sollen, bekommen wir sie erst gar nicht. Alles andere nennt sich Vorratsdatenspeicherung und ist laut Volkszählungsurteil verfassungswidrig. Wie kann sich die amtliche Statistik also auf „Big Data“ einlassen? Indem wir zur Kenntnis nehmen, dass innerhalb der amtlichen Statistik unter „Big Data“ im Wesentlichen die großen und schnell wachsenden Datenbestände verstanden werden, darunter oft die sogenannten „Prozessdaten“. Diese können, wenn sie im Zusammenhang mit der staatlichen Verwaltung entstehen, „Verwaltungsdaten“ im herkömmlichen Sinne sein. Die von der Toll Collect GmbH gesammelten Mautdaten wären ein Beispiel. Es können aber auch Prozessdaten innerhalb der Wirtschaft entstehen, das wären dann gewissermaßen „kommerzielle Verwaltungsdaten“. Beispiele: Protokolldateien der Telekommunikationsanbieter, der Logdateien von Webseiten, von RFID-Sensoren¹⁷ und so weiter. Wenn also Big Data ein Trend in der amtlichen Statistik ist, dann in einem etwas anderen Sinne als in der Wirtschaft, die in der Datenauswertung das macht, was technisch möglich ist. Die statistischen Ämter werden darüber hinaus auch künftig fragen müssen, ob das, was technisch möglich ist, rechtlich zulässig ist. Von dieser Zulässigkeit abgesehen, gibt es auch fachlich gute Gründe, zu bezweifeln, dass viele heute verfügbare „Big Data“-Quellen statistisch geeignet sind.¹⁸

7 RFID (radio-frequency identification – Identifizierung mithilfe elektromagnetischer Wellen): Sender-Empfänger-Systeme zum automatischen Identifizieren und Lokalisieren von Objekten (Produkten oder Lebewesen).

8 So ein Tenor der 10. Wissenschaftlichen Tagung der Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute (ASI) und des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute (ADM) mit dem Thema „Soziale Medien – Gegenstand und Instrument der Forschung“ im Statistischen Bundesamt am 27. und 28. Juni 2013.

8

Professioneller Umgang mit den Auskunftspflichtigen

Die amtliche Statistik hat keine Bestandsgarantie. So, wie einige Bundesländer seit der Jahrtausendwende ihre statistischen Institutionen deutlich verändert haben,¹⁹ kann auch auf Bundesebene niemand garantieren, dass es in 20 Jahren ein Statistisches Bundesamt in heutiger Form geben wird. Wenn es die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder dann noch geben sollte, kann es nur an deren speziellen Qualitäten liegen. Als da sind: Verpflichtung zur Objektivität, zur Neutralität, vor allem aber zur Gesetzmäßigkeit. Indem die Ämter in den vergangenen Jahren ihre Dienstleistungsfunktion betont haben, mag ihre Rolle als „Eingriffsverwaltung“ etwas in den Hintergrund getreten sein. Es ist aber klar, dass ein so mächtiges Instrument wie die Auskunftspflicht, das uns der Gesetzgeber an die Hand gegeben hat, durch entsprechenden Schutz der Befragten abgedeckt werden muss, wenn unsere Arbeit verfassungsgemäß bleiben soll. Ein sorgfältig praktiziertes, verlässliches Verwaltungshandeln ist deshalb Ausdruck des Respekts vor dem Bürger, der uns als Auskunftspflichtiger gegenübertritt. Ein solches korrektes Verwaltungshandeln muss integraler Teil der Qualitätsarbeit in der Statistikproduktion sein. Verlässliches Handeln zeigt sich auch im Wahren von Form und Fristen, in umgehender Reaktion auf Äußerungen der Auskunftgebenden. Sie sollen wissen und spüren, dass die statistischen Ämter eben keine kommerziellen Datensammler mit Betriebsgeheimnissen sind, sondern nachvollziehbar an Gesetz und Recht gebundener Teil der Exekutive. Wir sind nicht Google.

9

Umgang mit knappen Personalressourcen

Wie sollen die statistischen Ämter mit den chronisch knappen Ressourcen umgehen, vor allem mit den Per-

¹⁹ Fusion Hamburg und Schleswig-Holstein 2004, Berlin und Brandenburg 2007, zum Teil Umwandlung in Landesbetriebe (Nordrhein-Westfalen, Saarland), aber auch gegenläufige Entwicklungen (Statistik wieder als obere Landesbehörde in Niedersachsen).

sonalressourcen? Die Fakten sprechen für sich, ich gebe ein Beispiel für das Statistische Bundesamt: Laut Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014, der am 26. Juni 2013 vom Kabinett verabschiedet wurde, wurden die Sondertatbestände aller Behörden des Geschäftsbereichs für den Haushalt 2014 abgelehnt. Für das Statistische Bundesamt gab es allerdings zwei Ausnahmen: Für die Statistiken zur Grundsicherung und zum neuen Betreuungsgeld ist im Regierungsentwurf Personal wie geplant enthalten. Aber nur, weil dies bereits im Voraus zwischen den beteiligten Ministerien (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Finanzen) so ausgehandelt war.

Das alltägliche Geschäft müssen die statistischen Ämter mit tendenziell sinkenden (realen) Mitteln bewältigen. Die Erwartungen sind da inzwischen nicht anders als in der Industrie, wo die Aktionäre Produktivitätszuwächse als selbstverständlich erachten. Das Motivieren, Fortbilden und der flexible Einsatz unserer Beschäftigten werden in den nächsten Jahren darüber entscheiden, ob die statistischen Ämter ihre Aufgaben noch wie gewohnt erledigen können – oder ob Verzögerungen wie zuletzt bei der Veröffentlichung der Zensusergebnisse im statistischen Verbund zur Regel werden.

10


Verbundstrategie

Angesichts dieser schwierigen Rahmenbedingungen sollten es sich die statistischen Ämter nicht zusätzlich schwer machen, indem Entscheidungen in die Länge gezogen oder gar nicht getroffen werden. Ich bin froh, dass wir in der Abstimmung innerhalb des Verbundes seit Einrichtung eines neuen Gremiums unterhalb der Amtsleitungsebene deutlich vorangekommen sind. Das Gremium mit dem etwas sperrigen Namen „Abteilungsleitungsgremium Fachstatistik“, kurz „ALG-FS“, ist eine Art „kleine Amtsleiterkonferenz“ und tagt seit Anfang 2011.

Unter meinem Vorsitz besprechen dort die stellvertretenden Amtsleitungen beziehungsweise die Abteilungsleitungen aus den Landesämtern jene Fragen, die in Referentenbesprechungen offen geblieben sind und

ansonsten bei den Amtsleitungen landen würden. Darüber hinaus bereiten wir einige statistikübergreifende Themen für die Amtsleiterkonferenz vor. Dazu braucht es Fachleute, die in ihren Ämtern etwas zu sagen haben und denen viel daran liegt, dass Statistiken zuerst einmal professionell gemacht werden.

Neben vielen Fortschritten in Einzelfragen, die sich das ALG-FS zurechnen darf, hat dieses Gremium auch geholfen, einen Konsens in strategischen Fragen zu erreichen, der meines Erachtens bahnbrechend ist. Im November 2013 hat die Amtsleiterkonferenz rund 30 Maßnahmen beschlossen, die eine – ebenfalls im Konsens beschlossene – Reihe von Zielen unterstützen sollen. Diese Maßnahmen reichen von der Evaluation des Zensus, die für 2015 höchste Priorität genießt, bis zur Umsetzung des Reformprojekts „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“.

Weil aber ein gemeinsames Bekenntnis besser funktioniert, wenn ein Minimum an Kontrolle dahinter steht, hat das Abteilungsleitungsgremium Fachstatistik die zentrale Beobachtung der Maßnahmen übernommen und es berichtet der Amtsleiterkonferenz über den Fortschritt der Maßnahmen. Das ist meiner Meinung nach ein richtiger Schritt: die Kräfte auf bestimmte Maßnahmen zu konzentrieren. Natürlich steht und fällt dieser Ansatz damit, dass sich alle Beteiligten auch daran halten. Je besser diese Strategie den Verbund durchdringt, desto besser wird unter anderem auch unsere Performance als deutsches statistisches System innerhalb der europäischen Statistik sein. 

LITERATURVERZEICHNIS

Grohmann, Heinz. *Zur gesellschaftlichen Funktion der amtlichen Statistik*. In: Statistik in bewegter Zeit. Festschrift für Egon Hölder. Stuttgart, 1992. Seite 21 f.

Hahlen, Johann. *Zur Rolle der amtlichen Statistik für eine evidenzbasierte Wirtschaftsforschung*. In: Empirische Wirtschaftsforschung heute. Festschrift für Ullrich Heilemann. Stuttgart, 2009. Seite 3 ff.



Dr. Norbert R th

ist promovierter Volkswirt und seit 1981 im Statistischen Bundesamt in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen tätig. Aktuell leitet er die Gruppe „Inlandsprodukt, Input-Output-Rechnung“. Seine Schwerpunkte liegen in der Konjunkturbeobachtung und Fragen der Kohärenz des Statistiksystems.



Albert Braakmann

ist Diplom- konom und hat in verschiedenen Bereichen der VGR gearbeitet, sowohl im Statistischen Bundesamt als auch bei Eurostat.

Aktuell leitet er die Gruppe „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Erwerbstätigkeit“ und ist dort mit der administrativen Nutzung makroökonomischer Indikatoren befasst sowie der Verteilung, der Wohlfahrtsmessung und der Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

BRUTTOINLANDSPRODUKT 2014

Dr. Norbert R th, Albert Braakmann und andere

▾ **Schlüsselwörter:** Volkswirtschaft – Inlandsprodukt – Einkommen – Staat – private Haushalte

ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Artikel gibt einen ersten Überblick über die Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft des gerade abgelaufenen Jahres 2014. Insgesamt war die deutsche Wirtschaft trotz des weltwirtschaftlich schwierigen Umfelds und der geopolitischen Krisen in einer soliden Verfassung. Bei der Zahl der Erwerbstätigen gab es 2014 einen neuen Höchststand. Zur wirtschaftlichen Belebung haben sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt beigetragen. Auf der Verwendungsseite war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die Staatshaushalte waren im Jahr 2014 weiter auf Konsolidierungskurs.

▾ **Keywords:** national economy – domestic product – income – general government – households

ABSTRACT

This article provides a first overview of the development of Germany's economy in 2014. Overall, the German economy turned out to be in solid shape despite a challenging global economic environment and various geopolitical crises. Employment reached another record high in 2014. Both industry and services as a whole contributed to the stimulation of the German economy. On the use side, final consumption expenditure was the main driving force for German economic growth. The process of consolidating government budgets continued in 2014.

1

Einleitung

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres 2014. Die Berechnungen beruhen auf den bis Anfang Januar 2015 verfügbaren Informationen, die zum Teil noch sehr unvollständig sind. Die Werte für den Dezember 2014 wurden komplett geschätzt, auch die Daten für den November beruhen nahezu vollständig auf Schätzungen. Auch für die davor liegenden Monate sind die Berechnungsgrundlagen in vielen Fällen noch lückenhaft. Die in diesem Aufsatz enthaltenen Angaben wurden bereits am 15. Januar 2015 als Pressemitteilung und in einer Pressekonferenz vorgestellt sowie in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Ergebnisse der Inlandsproduktberechnung 2014“, veröffentlicht (www.destatis.de/publikationen). Dieser frühe Termin erklärt sich unter anderem daraus, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung bereits zum Jahresanfang eines jeden Jahres dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorgelegt werden muss. Die aktuellen amtlichen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind als Ausgangsgröße für die Jahresprojektion der Bundesregierung erforderlich, deren Ergebnisse wiederum die Eckdaten für die Steuerschätzungen bilden. Wegen des erwähnten hohen Schätzanteils vor allem im vierten Quartal 2014 werden zu diesem frühen Zeitpunkt nur Jahresergebnisse veröffentlicht. Aus der Differenz zwischen den hier veröffentlichten Jahresdaten und der Summe der bislang für die ersten drei Quartale 2014 veröffentlichten Ergebnisse kann nicht in jedem Fall auf den Ansatz für das vierte Quartal geschlossen werden, da die Berechnungen einiger Größen für die ersten drei Quartale im Zuge der Jahresrechnung ebenfalls überarbeitet wurden. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder bereitgestellt werden, und zwar in länderscharfer Abgrenzung. Mit ersten Angaben für das Jahr 2014 ist hier voraussichtlich im April 2015 zu rechnen. Ausführliche Informationen zu regionalen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden sich im Internet unter www.vgrdl.de.

Alle in diesem Aufsatz präsentierten Ergebnisse basieren auf den neuen Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010), auf das die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Rahmen der Generalrevision 2014 im August/September 2014 umgestellt wurden. (Räth/Braakmann, 2014)

2

Entstehung des Inlandsprodukts

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes kam die deutsche Wirtschaft im Laufe des Jahres 2014 trotz des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds und der Verunsicherungen aufgrund der geopolitischen Krisen zu einem beachtlichen Wirtschaftswachstum. In jeweiligen Preisen gerechnet war das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 mit 2 903 Milliarden Euro um 3,3% höher als im Vorjahr. [↘ Tabelle 1](#)

Tabelle 1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in jeweiligen Preisen

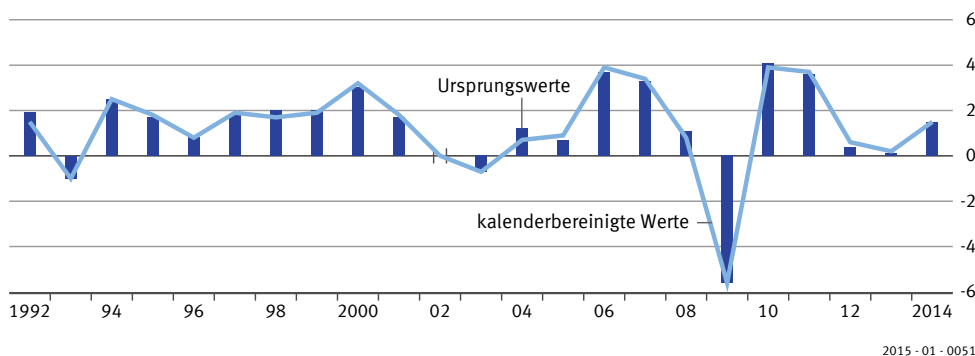
	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ¹	Bruttonationaleinkommen (Spalte 1 + 2)
	1	2	3
Mrd. EUR			
2012	2 749,9	72,3	2 822,2
2013	2 809,5	72,4	2 881,9
2014	2 903,2	71,6	2 974,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
	in %	in Mrd. EUR	in %
2013	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,1
2014	+ 3,3	- 0,8	+ 3,2

¹ Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleisteter Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,5% höher als im Vorjahr, kalenderbereinigt lag die Wachstumsrate ebenfalls bei 1,5%. In den vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt nur moderat gewachsen, im Jahr 2013 um 0,1% und im Jahr 2012 um 0,4%. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 sogar über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre

Grafik 1

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



in Hohede von 1,2% lag. Die konjunkturelle Lage hat sich im Jahr 2014 nach einem schwungvollen Jahresauftakt und einer folgenden Schwächephase im Sommer dann zum Jahresende wieder stabilisiert und wurde vor allem von einer starken Binnennachfrage getragen. [↘ Grafik 1](#)

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Jahr	preisbereinigt, verkettet	kalenderbereinigt
2000	+ 3,0	+ 3,2
2001	+ 1,7	+ 1,8
2002	+ 0,0	+ 0,0
2003	- 0,7	- 0,7
2004	+ 1,2	+ 0,7
2005	+ 0,7	+ 0,9
2006	+ 3,7	+ 3,9
2007	+ 3,3	+ 3,4
2008	+ 1,1	+ 0,8
2009	- 5,6	- 5,6
2010	+ 4,1	+ 3,9
2011	+ 3,6	+ 3,7
2012	+ 0,4	+ 0,6
2013	+ 0,1	+ 0,2
2014	+ 1,5	+ 1,5

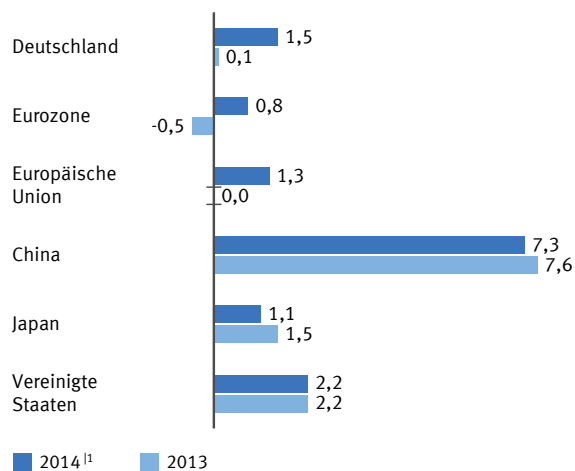
Im europäischen Vergleich liegt Deutschland im Jahr 2014 mit einem jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1,5% mit im Vorderfeld. Der Abstand auf den europäischen Durchschnitt hat sich aber verringert. Nachdem es in den Jahren 2012 und 2013 in zahlreichen Ländern noch teils kräftige Rückgänge gegeben hatte, wird 2014 für fast alle europäischen Länder mit einer Steigerung der Wirtschaftsleistung im Vergleich zum

Vorjahr gerechnet. Für die nun 19 Länder der Eurozone wird insgesamt ein Anstieg um 0,8% erwartet, für die Europäische Union (EU) insgesamt sogar von 1,3%. Dieses Bild zeigt sich jedenfalls bei den im Herbst 2014 von der Europäischen Kommission prognostizierten Werten. Bei großen außereuropäischen Ländern geht die Kommission davon aus, dass die Wirtschaft der Vereinigten Staaten mit +2,2% etwas stärker, die japanische Wirtschaft mit +1,1% aber etwas schwächer gewachsen sein dürfte. Für China wird ein weiterhin starkes, aber verlangsamtes Wachstum von +7,3% prognostiziert.

[↘ Grafik 2](#)

Grafik 2

Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Prognose Herbst 2014, außer für Deutschland. Für Deutschland erstes vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 2

Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität¹

	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose ²	Geleistete Arbeitsstunden ³	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		
	insgesamt	darunter: Arbeitnehmer			insgesamt, Kettenindex	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
	1 000			Mill.	Index (2010 = 100)		
2012	42 033	37 489	2 224	57 763	104,0	101,5	102,6
2013	42 281	37 824	2 182	57 608	104,1	101,0	103,0
2014	42 652	38 247	2 105	58 416	105,7	101,6	103,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2013	+ 0,6	+ 0,9	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	- 0,5	+ 0,4
2014	+ 0,9	+ 1,1	- 3,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,1

1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2010=100) je durchschnittlich Erwerbstätigen.

2 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

3 Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2014 von 42,7 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 371 000 Personen oder 0,9 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit fiel der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahr 2014 höher aus als im Jahr 2013, in dem die Zahl der Erwerbstätigen um 248 000 Personen oder 0,6 % gewachsen war. Gleichzeitig erreichte die Zahl der Erwerbstätigen 2014 im achten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Die Nettozuwanderung ausländischer Arbeitskräfte und eine insgesamt gestiegene Erwerbsneigung dürften diese Entwicklung weiterhin begünstigt haben. [↗ Tabelle 2](#)

Weit überdurchschnittliche Zuwächse gab es – wie schon in den Vorjahren – auch im Jahr 2014 bei der Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, während marginale Beschäftigungsformen, zu denen die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung (Minijobs), kurzfristige Beschäftigungen und Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) zählen, weiterhin ebenso rückläufig waren wie die Zahl der Beamten (einschließlich Berufssoldaten). Insgesamt wuchs die Zahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 2014 um 423 000 Personen (+ 1,1 %) auf 38,2 Millionen. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger sank dagegen im selben Zeitraum um 52 000 Personen (- 1,2 %) auf rund 4,4 Millionen.

Nach vorläufigen Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung betrug die Zahl der Erwerbslosen nach international vereinbarter Definition im Jahresdurchschnitt 2014 in Deutschland gut 2,1 Millionen Personen. Dies entspricht einem leichten Rückgang um 77 000 Personen (- 3,5 %) gegenüber dem Jahresdurchschnitt

2013. Die Erwerbslosenquote, definiert als der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, sank von 4,9 % im Jahr 2013 auf 4,7 % im Jahr 2014. Damit liegt die Erwerbslosigkeit in Deutschland weiter deutlich niedriger als in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten. Die Zahl der Erwerbslosen wird in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in harmonisierter Form mit der Arbeitskräfteerhebung erfasst, die in Deutschland derzeit in den Mikrozensus integriert ist.

Im Jahresdurchschnitt 2014 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen nach Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 2,9 Millionen. Das waren 52 000 weniger registrierte Arbeitslose (- 1,8 %) als im Durchschnitt des Vorjahres. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank von 6,9 % im Jahr 2013 auf 6,7 % im Jahr 2014.

Neben den Erwerbstätigen spielt der Kapitalstock beziehungsweise das Anlagevermögen als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle. Mit der Generalrevision 2014 zur Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 hat der Kapitalstock durch die Kapitalisierung von Forschung und Entwicklung sowie von militärischen Waffensystemen eine erhebliche Erweiterung erfahren. Das Anlagevermögen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt und dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind Wohnbauten und Nichtwohnbauten; Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Ausrüstungen sowie militärische Waffensysteme; geistiges Eigentum bestehend aus Forschung und Entwicklung sowie den bisher

Bruttoanlagevermögen, Kapitalproduktivit t und Kapitalintensität

	Bruttoanlagevermögen ¹		Kapitalproduktivit�t ²	Kapitalintensität ³
	Wiederbeschaffungspreise	preisbereinigt, verkettet		
	Mrd. EUR	2010 = 100		
2012	15 745	102,3	101,6	99,9
2013	16 177	103,4	100,7	100,3
2014	16 573	104,5	101,1	100,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
2013	+ 2,7	+ 1,0	- 0,9	+ 0,4
2014	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2

1 Bestand am Jahresende.
 2 Bruttoinlandsprodukt je Einheit Bruttoanlagevermögen, beide preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100.
 3 Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100) je Erwerbstätigen (umgerechnet auf Messzahlen 2010 = 100).

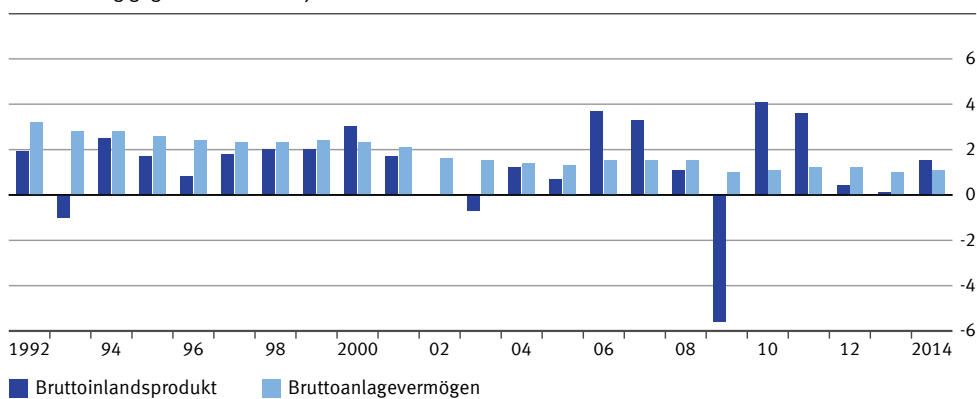
als immaterielle Anlagen bezeichneten Urheberrechten, Suchbohrungen sowie Software und Datenbanken; außerdem Nutztiere und Nutzpflanzungen. Das Anlagevermögen wird aus den Investitionen der Vergangenheit und den gesch tzten durchschnittlichen Nutzungsdauern der verschiedenen Anlageg tergruppen ermittelt. Als Indikator für die Entwicklung des Kapitalstocks dient der Kettenindex für das preisbereinigte Bruttoanlagevermögen. Abgeleitet aus dem Anlagevermögen werden die volkswirtschaftlichen Abschreibungen; sie sind ein Maß für die Nutzung beziehungsweise den Wertverzehr des Anlagevermögens in einer Periode.

Am Jahresende 2014 waren in der deutschen Volkswirtschaft Anlagegüter mit einem Neuwert von 16,6 Billionen Euro für Produktionszwecke vorhanden. Preisbereinigt waren es 4,5 % mehr Anlagegüter als 2010 und

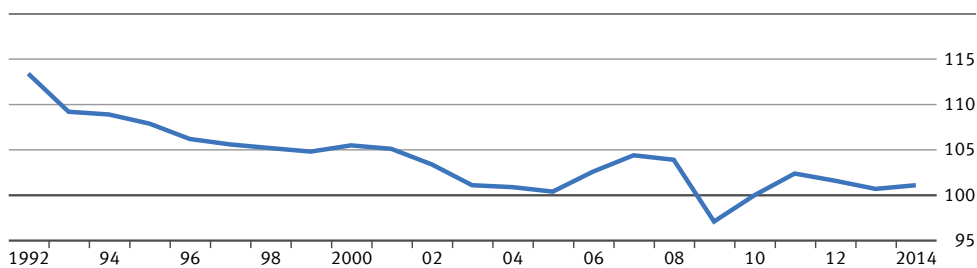
1,1 % mehr als 2013. Die Kapitalproduktivit t ist im Jahr 2014 um 0,4 % gestiegen, weil das Bruttoinlandsprodukt mit 1,5 % stärker als der Kapitalstock gewachsen ist. In den Jahren 2012 und 2013 war die Kapitalproduktivit t um 0,8 % und 0,9 % gesunken. Wie sich die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Verhältnis zueinander entwickelt haben, zeigt die Kapitalintensität. Dazu wird das Bruttoanlagevermögen am Jahresende in Relation zu den im Jahresdurchschnitt eingesetzten Erwerbstätigen gesetzt. Im Jahr 2014 waren je Erwerbstätigen (im Durchschnitt der Volkswirtschaft) Anlagegüter mit einem Neuwert, das heißt zu Wiederbeschaffungspreisen, von rund 388 600 Euro vorhanden. Gegenüber dem Vorjahr ist der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen im Jahr 2014 preisbereinigt um 0,2 % gestiegen, im Jahr zuvor betrug die Steigerung 0,4 %. [Grafik 3](#)

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die nach den auf internatio-

Grafik 3
 Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Bruttoanlagevermögen
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Entwicklung der Kapitalproduktivit t
 2010 = 100



2015 - 01 - 0053

naler Ebene harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Die Bruttowertschöpfung und der Produktionswert der Wirtschaftsbereiche werden somit ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt. Gütersteuern und Gütersubventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten oder gehandelten Gütern sind (zum Beispiel Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) werden zum Ausgleich der unterschiedlichen Bewertungskonzepte zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche hinzugefügt.

Die Ergebnisse nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen zeigen, dass zum wirtschaftlichen Wachstum im Jahr 2014 sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt mit einer Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um jeweils 1,4 % beigetragen haben. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei konnte nach einer

Abschwächung im Vorjahr ein außergewöhnlich hoher Zuwachs erzielt werden (+6,0%). Auch im Baugewerbe kam es – unter anderem begünstigt durch die extrem milde Witterung in den Wintermonaten – im Jahr 2014 zu einem kräftigen Anstieg der wirtschaftlichen Leistung um 2,7 %; im Vorjahr hatte es im Baugewerbe noch einen Rückgang gegeben. Rückläufige Baugenehmigungen (Rauminhalt – neue Gebäude) als vorauslaufender Indikator in der Bauwirtschaft (von Januar bis November 2014 ein Rückgang um 1,7 % und für die zeitnahen Monate Juli bis November 2014 um 5,2 %, jeweils im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum) deuten auf eine Abschwächung der Baukonjunktur hin. Das Produzierende Gewerbe, das auch ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmacht, konnte ebenfalls spürbar um 1,1 % zulegen. Das lag vor allem am stark exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe, wo es trotz einer leichten Schwächephase im Sommer im Jahresdurchschnitt wieder aufwärts ging (+2,0%). Im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden ging die reale Bruttowertschöpfung im Jahr 2014 dagegen preisbereinigt zurück (–2,9%). Auch in der Energie- und Wasserversorgung, einem weiteren Unterbereich des Produzierenden Gewerbes, kam es im Jahr 2014 zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung (–4,1%). [↘ Tabelle 3](#)

Tabelle 3
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	Bruttowertschöpfung	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche							
			zusammen	darunter:		zusammen	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Information und Kommunikation	Finanz- und Versicherungsdienstleister	Grundstücks- und Wohnungswesen	Unternehmensdienstleister	Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	Sonstige Dienstleister
				Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe								
in jeweiligen Preisen													
Mrd. EUR													
2012	2 470,2	21,6	757,9	558,7	112,0	1 690,7	390,0	117,2	102,4	277,5	260,5	441,8	101,4
2013	2 525,6	21,7	775,7	561,3	116,5	1 728,3	393,4	118,0	103,2	281,3	270,3	458,4	103,8
2014	2 611,9	20,2	800,6	581,2	124,3	1 791,1	406,1	122,1	104,3	289,6	284,5	476,6	107,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2013	+ 2,2	+ 0,4	+ 2,3	+ 0,5	+ 4,0	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,4
2014	+ 3,4	– 6,9	+ 3,2	+ 3,5	+ 6,7	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,5	+ 1,1	+ 2,9	+ 5,2	+ 4,0	+ 4,0
preisbereinigt													
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2013	+ 0,1	– 1,9	+ 0,1	+ 0,3	– 0,3	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,2	– 1,5	+ 0,5	+ 0,9	– 0,1	– 1,6
2014	+ 1,4	+ 6,0	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	– 0,5	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,4

Einen Anstieg der wirtschaftlichen Entwicklung verzeichnete im Jahr 2014 der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (+ 2,1%). Diese Zunahme der realen Wirtschaftsleistung resultierte aus einem überdurchschnittlichen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Kraftfahrzeughandel (+ 3,1%) und im Verkehr einschließlich Lagerei (+ 3,0%). Im letztgenannten Wirtschaftsbereich wirkte sich dabei auch die stabile wirtschaftliche Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes aus. Im Gastgewerbe hat sich die seit einigen Jahren zu beobachtende positive Entwicklung fortgesetzt: Die Bruttowertschöpfung fiel in diesem Bereich im Jahr 2014 mit einem preisbereinigten Anstieg um 2,8% deutlich höher aus als im Jahr 2013 (+ 1,1%). Innerhalb des Wirtschaftsbereichs Handel konnte der Einzelhandel (+ 1,3%) – auch aufgrund der gestiegenen Binnennachfrage – geringfügig stärker zulegen als der Bereich Großhandel einschließlich Handelsvermittlung (+ 1,2%).

Bei den weiteren Dienstleistungsbereichen hat sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 unterschiedlich entwickelt: Mit am stärksten ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung mit 3,9% im Bereich der IT- und Informationsdienstleister gestiegen. Bei dem zusammengefassten Bereich der Unternehmensdienstleister fiel die Zunahme der wirtschaftlichen Leistung mit 2,0% höher aus als im Jahr 2013 (+ 0,9%). In der Zeitarbeitsbranche, in der sich die gesteigerte Nachfrage vor allem aus der Industrie besonders auswirkte, stieg die reale Bruttowertschöpfung wieder deutlich um + 2,7% nach dem Rückgang von 5,3% im Jahr 2013. Zu einem erneuten Rückgang der Wirtschaftsleistung kam es im Jahr 2014 im Wirtschaftsbereich der Finanz- und Versicherungsdienstleister (– 0,5%). Im Bereich der sonstigen Dienstleister, zu denen beispielsweise die verschiedenen kulturellen Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen, das Spiel-, Wett- und Lotteriewesen, die sportlichen Einrichtungen und die Interessenvertretungen zählen, kam es im Jahr 2014 zu einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,4%. Ebenso konnte das Grundstücks- und Wohnungswesen, das auch den Teilbereich der Wohnungsvermietung umfasst, die Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr steigern (+ 1,0%). Im zusammengefassten Bereich der Öffentlichen Dienstleister, Erziehung, Gesundheit kam es im Jahr 2014 wieder zu einer Zunahme der realen Bruttowertschöpfung um preisbereinigt 1,1%, nachdem

im Jahr 2013 ein leichter Rückgang zu verzeichnen war (– 0,1%).

Bei den aktuellen Berechnungen wird in vielen Dienstleistungsbereichen wegen unzulänglicher Informationen zum Umsatz ersatzweise auf Erwerbstätigendaten und Ergebnisse der Arbeitsvolumenrechnung zurückgegriffen. Aus diesen Informationen werden dann unter Berücksichtigung der (zurückliegenden) Produktivitätsentwicklungen die Wertschöpfungsgrößen abgeleitet. Daneben werden für die Wirtschaftsbereiche des Verkehrs und der Telekommunikation die vierteljährlichen Ergebnisse der Konjunkturstatistik in den Dienstleistungen verwendet. Neben der Entwicklung des Arbeitsvolumens werden für einzelne Unterbereiche der öffentlichen und privaten Dienstleistungen zusätzlich auch spezifische aktuelle Informationen, beispielsweise im Gesundheitswesen die Ausgabenentwicklung der Krankenkassen, laufend berücksichtigt. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stieg nach den eher wachstumsschwachen Jahren 2012 (+ 0,5%) und 2013 (+ 0,1%) im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,4%. Damit fiel der Anstieg der Bruttowertschöpfung um 0,1% niedriger aus als der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts. Demzufolge führten die Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen) zu einer unterschiedlichen Entwicklung von Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen nahm im Berichtsjahr 2014 die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche um 3,4% zu. Das nominale Bruttoinlandsprodukt lag um 3,3% über dem Ergebnis des Vorjahres. In den nominalen Ergebnissen spiegelt sich neben der bereits beschriebenen preisbereinigten Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegung in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider. Gewisse Rückschlüsse auf die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich aus der Differenz der Veränderungsraten der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen zu den Veränderungsraten der preisbereinigten Werte ziehen; allerdings sind dabei die Effekte der getrennten Deflationierung von Produktionswert und Vorleistungen zu beachten (sogenannte doppelte Deflationierung). Anhand der nominalen Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche lässt sich auch die Struktur der Wirtschaft und deren Wandel im Zeitablauf darstellen. Im Jahr 2014 hat sich die Wirtschaftsstruktur nach

den Verwerfungen infolge der Wirtschaftskrise 2009 wieder weiter normalisiert. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Jahr 2013 geringfügig gesunken (um 0,2 Prozentpunkte), liegt aber nach wie vor noch bei über einem Viertel (25,9%) der Gesamtwirtschaft. Der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der nominalen gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung stieg von 68,4% im Jahr 2013 auf 68,6% im Jahr 2014.

3

Verwendung des Inlandsprodukts

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1%, die des Staates um 1,0%. Die Bruttoinvestitionen, die sich aus den Bruttoanlageinvestitionen – das sind Ausrüstungsinvestitionen, Bau-

investitionen und Sonstige Anlagen – sowie den Vorratsveränderungen zusammensetzen, waren preisbereinigt um 1,7% höher als im Vorjahr. Maßgeblich für diesen Zuwachs waren die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten: In Ausrüstungen investierten Staat und Unternehmen zusammen 3,7% mehr als ein Jahr zuvor und die Bauinvestitionen lagen preisbereinigt um 3,4% höher als im Vorjahr. Gebremst wurde das Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 allerdings durch einen Vorratsabbau. Der deutsche Außenhandel gewann im Jahresdurchschnitt 2014 trotz eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds etwas an Dynamik: Deutschland exportierte preisbereinigt 3,7% mehr Waren und Dienstleistungen als im Jahr 2013. Die Importe legten aber fast genauso stark zu (+3,3%). Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – leistete dadurch einen vergleichsweise geringen Beitrag von +0,4 Prozentpunkten zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Im Folgenden werden die Ergebnisse im Einzelnen beschrieben. [↘ Tabelle 4 und Grafik 4](#)

Tabelle 4

Verwendung des Inlandsprodukts

Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung											Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Nachrichtlich	
	insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen				Vorratsveränderungen und Nettzugang an Wertsachen	Exporte	Importe			
		zusammen	private Konsumausgaben	Konsumausgaben des Staates	zusammen	Bruttoanlageinvestitionen								
						zusammen	Ausrüstungen ¹	Bauten	sonstige Anlagen ²			von Waren und Dienstleistungen		
in jeweiligen Preisen														
Mrd. EUR														
2012	2 749,9	2 588,2	2 060,8	1 539,5	521,3	527,4	551,2	181,7	273,9	95,6	- 23,9	161,7	1 262,9	1 101,1
2013	2 809,5	2 646,2	2 112,7	1 571,5	541,2	533,5	555,8	177,9	279,2	98,8	- 22,3	163,3	1 280,1	1 116,9
2014	2 903,2	2 714,0	2 165,4	1 603,9	561,5	548,6	579,4	184,4	292,9	102,1	- 30,8	189,2	1 325,6	1 136,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2013	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1	+ 3,8	+ 1,2	+ 0,8	- 2,1	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4
2014	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,1	+ 3,7	+ 2,8	+ 4,2	+ 3,7	+ 4,9	+ 3,3	- 8,5	+ 25,9	+ 3,6	+ 1,7
preisbereinigt														
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2013	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	- 0,6	- 2,4	- 0,1	+ 1,3	+ 0,2	- 0,5	+ 1,6	+ 3,1
2014	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,7	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,4	+ 1,2	- 0,3	+ 0,4	+ 3,7	+ 3,3

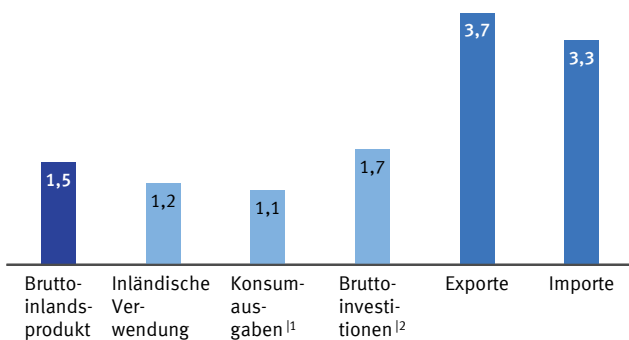
1 Einschließlich militärischer Waffensysteme.

2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

3 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Grafik 4

Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2014
preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Private und staatliche Konsumausgaben.
2 Bruttoanlageinvestitionen, Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen.
2015 - 01 - 0054

Die privaten Konsumausgaben lagen im Jahr 2014 in jeweiligen Preisen 2,1 % über dem Wert des Vorjahres. Damit stiegen sie fast genauso stark wie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (+ 2,2 %, siehe hierzu auch Kapitel 5 und Tabelle 12). Preisbereinigt nahmen die privaten Konsumausgaben im Vorjahresvergleich um 1,1 % zu – der implizite Preisanstieg lag somit bei 1,0 %.

Die Tabelle 5 zu den Ausgabenkategorien der privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen zeigt, dass die privaten Haushalte im Jahr 2014 für fast alle Verwen-

dungszwecke mehr Geld als im Vorjahr ausgegeben haben. Eine Ausnahme bildet der Bereich Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe. Hier sind die Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben. Zwar stiegen die Ausgaben für das Wohnen, dem standen aber Preisrückgänge gegenüber bei Heizöl (–7,9%) und Flüssiggas (–7,9%) sowie ein nur leichter Preisanstieg für Erdgas (+0,1%). Für Strom mussten die privaten Haushalte hingegen bei einem Preisanstieg um 1,9% ebenfalls mehr bezahlen, der Preisanstieg fiel allerdings nicht mehr so stark aus wie im Vorjahr.

▸ **Tabelle 5**

Die Konsumausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren stiegen mit 2,8 % schwächer als im Vorjahr (2013: + 3,4%). Dies liegt im Wesentlichen an einer niedrigeren Preissteigerung für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke. Die Konsumausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung stiegen mit 1,7 % schwächer als der Durchschnitt. Ursache hierfür ist unter anderem der Preisrückgang bei den Kraftstoffen.

Die Konsumausgaben des Staates waren 2014 in jeweiligen Preisen 3,7 % höher als im Vorjahr; preisbereinigt ergab sich eine Zunahme um 1,0%. Dabei lagen die Konsumausgaben der Gebietskörperschaften in jeweiligen Preisen um 2,7 % und die der Sozialversicherung um 5,2 % über den Vorjahreswerten. Die Konsumausgaben des Staates errechnen sich als Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen und für die Produktion

Tabelle 5

Private Konsumausgaben
in jeweiligen Preisen

	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner
		zusammen	darunter: Käufe nach Verwendungszwecken ¹						
			Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungszwecke ²		
		Mrd. EUR						EUR	
2012	1 539,5	1 497,4	196,7	357,1	247,7	141,5	517,0	42,1	18 793
2013	1 571,5	1 527,7	203,4	367,4	247,4	143,5	524,5	43,8	19 141
2014	1 603,9	1 558,5	209,1	367,3	251,6	147,2	540,7	45,5	19 464
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2013	+ 2,1	+ 2,0	+ 3,4	+ 2,9	– 0,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 4,1	+ 1,9
2014	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8	– 0,0	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,7

1 Käufe der privaten Haushalte im Inland.
2 Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, Gesundheitspflege, Bildungswesen, Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

Tabelle 6

Konsumausgaben des Staates

	Insgesamt (Spalte 2 + 5 – 7 + 8)	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung ¹		Verkäufe von Waren und Dienst- leistungen ²	Soziale Sach- leistungen	Nachrichtlich: Konsumaus- gaben des Staates für zivile Zwecke
		zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	zusammen	darunter: Arbeit- nehmer- entgelt			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Mrd. EUR									
2012	521,3	116,7	107,8	8,9	264,6	209,6	75,8	215,8	492,2
2013	541,2	120,9	111,9	9,0	271,6	214,4	78,2	226,9	511,4
2014	561,5	125,5	116,4	9,2	279,3	220,4	82,8	239,5	531,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2013	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,8	+ 1,2	+ 2,6	+ 2,3	+ 3,1	+ 5,1	+ 3,9
2014	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 6,0	+ 5,6	+ 4,0

1 Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen.
2 Einschließlich Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

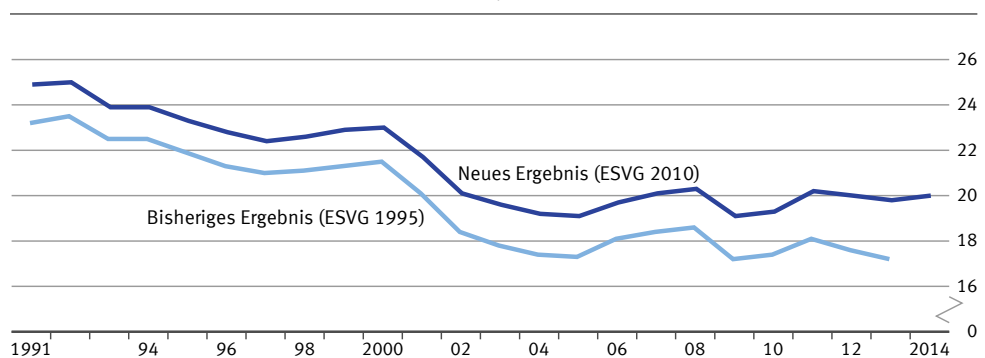
staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates abzüglich der Einnahmen aus den Verkäufen dieser Leistungen sowie abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Für das Arbeitnehmerentgelt in der staatlichen Nichtmarktproduktion waren vom Staat 2,8% mehr aufzuwenden als noch im Vorjahr. Der Verbrauch an Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion des Staates stieg um 3,8% im Jahr 2014. Für soziale Sachleistungen gab der Staat 5,6% mehr aus als im Vorjahr. Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion waren im Berichtsjahr um 6,6% höher als ein Jahr zuvor. Wesentliche Gründe für diese Entwicklungen sind im Kapitel 5 zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates dargestellt. [↘ Tabelle 6](#)

Die Bruttoanlageinvestitionen erhalten durch die Einbeziehung von Forschung und Entwicklung im Rahmen der Generalrevision 2014 gesamtwirtschaftlich ein deutlich höheres Gewicht. (Adler und andere, 2014) Die sogenannte Investitionsquote (gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt) hat sich wegen der erweiterten Investitionsabgrenzung um

rund 2 Prozentpunkte in der gesamten Zeitreihe seit 1991 erhöht und liegt aktuell im Jahr 2014 bei 20,0%. Allerdings bleibt das Bild einer langfristig fallenden Investitionsquote auch nach der Methodenänderung bestehen. Die Investitionsquote lag im Jahr 1991 bei 24,9%, sie ist im Zeitraum von 1991 bis 2002 fast kontinuierlich gesunken und bewegt sich seitdem etwa bei 20%. In der aktuellen politischen Debatte steht die Frage, ob es in Deutschland eine „Investitionslücke“ gibt, weit vorne auf der Agenda. Allerdings zeigt sich für das Jahr 2014 nach den ersten vorläufigen Berechnungen eine deutlich aufgehellte Investitionskonjunktur. Gesamtwirtschaftlich stiegen die Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen um 4,2% und preisbereinigt um 3,1% gegenüber dem Vorjahr. Demgegenüber war in den beiden vorangegangenen Jahren preisbereinigt sogar ein Rückgang der

Grafik 5

Investitionsquote vor und nach Revision
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in %



2015 - 01 - 0055

Tabelle 7

Bruttoanlageinvestitionen

	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen ¹		
	insgesamt	nicht staatliche Sektoren	Staat	zusammen ²	nicht staatliche Sektoren	Staat ²	zusammen	nicht staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen												
Mrd. EUR												
2012	551,2	489,2	62,1	181,7	168,5	13,2	273,9	240,7	33,1	95,6	79,9	15,7
2013	555,8	493,0	62,9	177,9	165,6	12,3	279,2	244,8	34,4	98,8	82,6	16,2
2014	579,4	514,1	65,3	184,4	172,1	12,3	292,9	256,7	36,2	102,1	85,3	16,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2013	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	- 2,1	- 1,7	- 7,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,4
2014	+ 4,2	+ 4,3	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,9	+ 0,6	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,4	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,9
preisbereinigt												
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2013	- 0,6	- 0,6	- 0,3	- 2,4	- 1,9	- 7,7	- 0,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 2,0
2014	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,9	+ 1,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 4,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,5

1 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

2 Einschließlich militärischer Waffensysteme.

Bruttoanlageinvestitionen zu verzeichnen, im Jahr 2013 um -0,6% und im Jahr 2012 um -0,7%. [↪ Grafik 5 und Tabelle 7](#)

Die Ausrüstungsinvestitionen werden seit der Generalrevision 2014 aggregiert mit den (rein staatlichen) Investitionen in militärische Waffensysteme veröffentlicht. Die Berechnung der Ausrüstungsinvestitionen nach der G terstrommethode basiert unter anderem auf detaillierten Informationen der Produktions- sowie der Außenhandelsstatistik. Zum Ende des Berichtsjahres 2014 liegen allerdings lediglich die Daten der ersten beiden Quartale nahezu vollständig vor, während für das dritte und vor allem für das vierte Berichtsquartal ergänzende Schätzungen erforderlich sind. Die hier dargestellten Resultate sind mithin noch vorläufig. Sie zeigen gleichwohl, dass sich die Ausrüstungsinvestitionen nach zwei Jahren mit Rückgängen von jeweils mehr als 2% in jeweiligen Preisen (2012: -2,2%, 2013: -2,1%) im Jahr 2014 mit einer Zunahme um 3,7% wieder konsolidieren konnten. Die preisbereinigten Ergebnisse vermitteln ein sehr ähnliches Bild.

Die Bauinvestitionen sind nach ersten Berechnungen im Jahr 2014 preisbereinigt kräftig um 3,4% gestiegen, nachdem sie im Berichtsjahr 2013 nahezu stagnierten (-0,1%). Maßgeblich hierfür waren vor allem die guten Witterungsverhältnisse im ersten Quartal, die zudem wegen der ungünstigen Witterung im Jahr davor zu einer

zweistelligen Wachstumsrate zu Beginn des Jahres führten. Dies traf vor allem auf den Tiefbau und hier insbesondere auf den öffentlichen Tiefbau zu: Die Investitionen im Straßenbau legten im Jahr 2014 real um 7,8% und im sonstigen öffentlichen Tiefbau um 5,6% zu, sodass der öffentliche Tiefbau insgesamt ein Wachstum von 6,8% verzeichnen konnte. Der gewerbliche Tiefbau konnte im Jahr 2014 hingegen nur unterdurchschnittlich um 2,5% zulegen. Nur die Investitionen im öffentlichen Hochbau hatten einen Rückgang um 2,1% zu verzeichnen, während sie im gewerblichen Hochbau um 2,8% zunahmen. Die Wohnungsbauinvestitionen steigen bereits seit fünf Jahren stärker als die Bauinvestitionen insgesamt an. Im Jahr 2014 lag ihre reale Veränderungsrate mit +3,7% besonders hoch, nachdem sie im Vorjahr nur leicht um 0,6% angestiegen waren. Für die Bauinvestitionen insgesamt lagen die Preissteigerungen im Berichtsjahr 2014 durchschnittlich bei 1,5%. Im Vorjahr war ein Anstieg der Baupreise um 2,0% verzeichnet worden.

Die Investitionen in sonstige Anlagen haben sich mit der Generalrevision 2014 durch die Hinzunahme von Forschung und Entwicklung mehr als verdreifacht. Sie bestehen nun zu etwa zwei Dritteln aus Investitionen in Forschung und Entwicklung und zu rund einem Viertel aus Investitionen in erworbene und selbstgestellte Software sowie in Datenbanken. Das verbleibende Zehntel

setzt sich zusammen aus Investitionen in Urheberrechte, Suchbohrungen sowie Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzungen. Die neu abgegrenzten sonstigen Anlageinvestitionen nahmen in den letzten zehn Jahren insgesamt stetig zu; nur im Krisenjahr 2009 sanken die privaten Investitionen geringfügig. In den Jahren 2013 und 2014 stiegen die Investitionen in sonstige Anlagen um jeweils +3,3% in jeweiligen Preisen, wobei sich die privaten und staatlichen Anlagen ähnlich entwickelten. Preisbereinigt waren die gesamtwirtschaftlichen Veränderungsraten 2013 und 2014 mit +1,3% und +1,2% deutlich gedämpfter. Zu beachten ist, dass die Daten zu den sonstigen Anlagen vor allem für das jüngste Berichtsjahr überwiegend auf dem Wege indikatorbasierter Schätzungen ermittelt werden.

Der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt wird ermittelt, indem die Importe von Waren und Dienstleistungen von den Exporten von Waren und Dienstleistungen abgezogen werden, jeweils in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Er erreichte in jeweiligen Preisen gerechnet im Jahr 2014 mit rund 189 Milliarden Euro abermals einen Höchststand. Im Vergleich zum Jahr 2013 ist der nominale Außenbeitrag deutlich um knapp 26 Milliarden Euro gestiegen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Exportüberschuss 6,5% im Jahr 2014, nach 5,8% im Jahr 2013. Der nominale Exportüberschuss 2014 resultierte

aus einem deutlichen Überschuss im Warenhandel (+ 229 Milliarden Euro) und einem (traditionellen) Defizit im Dienstleistungsverkehr (- 39 Milliarden Euro). Im Vergleich zum Vorjahr lag der Warenhandelsüberschuss im Jahr 2014 um etwa 20 Milliarden Euro höher, das Defizit im Dienstleistungsverkehr verringerte sich um rund 6 Milliarden Euro. [↪ Tabelle 8](#)

Preisbereinigt stiegen die Exporte im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 3,7%, die Importe erhöhten sich mit +3,3% etwas weniger stark. Der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags – also des Saldos der grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungstransaktionen – zum Bruttoinlandsprodukt war daher positiv und belief sich auf 0,4 Prozentpunkte. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen war die preisbereinigte Entwicklung durch einen Anstieg im Warenhandel gekennzeichnet, der bei den Importen (+4,4%) stärker ausfiel als bei den Exporten (+4,0%). Die Dienstleistungsexporte und -importe entwickelten sich preisbereinigt gegenläufig: Während die Dienstleistungsexporte um 2,5% stiegen, sanken die Dienstleistungsimporte um 0,5%. Da die Exportpreise insgesamt (nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) mit -0,2% weniger stark zurückgingen als die Importpreise mit -1,5%, verbesserten sich die Terms of Trade 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,4%. Hier dürfte sich

Tabelle 8
Exporte und Importe

	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
in jeweiligen Preisen							
Mrd. EUR							
2012	1 262,9	1 073,9	188,9	1 101,1	877,0	224,2	161,7
2013	1 280,1	1 081,4	198,7	1 116,9	872,5	244,3	163,3
2014	1 325,6	1 118,8	206,8	1 136,4	890,2	246,2	189,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
in %							
2013	+ 1,4	+ 0,7	+ 5,2	+ 1,4	- 0,5	+ 9,0	+ 1,5
2014	+ 3,6	+ 3,5	+ 4,1	+ 1,7	+ 2,0	+ 0,8	+ 25,9
preisbereinigt							
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
in %							
2013	+ 1,6	+ 1,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,0	+ 7,5	- 0,5
2014	+ 3,7	+ 4,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 4,4	- 0,5	+ 0,4

1 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

insbesondere der Rückgang der Ölpreise niedergeschlagen haben.

Eine regionale Betrachtung der Warenausfuhr und -einfuhr wird durch die nominalen Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) ermöglicht. Da die Ergebnisse noch nicht für das gesamte Jahr 2014 vorliegen, kann die Entwicklung gegen Ende des Jahres hier noch nicht berücksichtigt werden. In den ersten zehn Monaten 2014 stiegen die deutschen Warenausfuhr in die Länder der Europäischen Union im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,1 %, wobei die Warenausfuhr in die Länder der Eurozone mit + 2,6 % deutlich weniger stark zunahm als in die EU-Länder der Nicht-Eurozone (+9,6%). Die Ausfuhr in Drittländer stiegen lediglich um 1,7%. Die Wareneinfuhr (Ursprungslandprinzip) aus den Ländern der Europäischen Union lagen in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 um 4,1 % über dem Vorjahresniveau. Die Wareneinfuhr aus der Eurozone nahmen um 2,8 % zu, während die Wareneinfuhr aus den EU-Ländern der Nicht-Eurozone mit + 6,5 % deutlich stärker anstiegen. Die Wareneinfuhr aus Drittstaaten gingen hingegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht zurück (–0,6 %).

Der Handelsbilanzüberschuss in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 in Höhe von 181 Milliarden Euro wurde nach den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik überwiegend im Warenverkehr mit den EU-Staaten erwirtschaftet (103 Milliarden Euro, davon 53 Milliarden Euro im Warenverkehr mit Ländern der Eurozone). Handelsbilanzüberschuss konnten dabei beispielsweise mit Frankreich (+ 29 Milliarden Euro), dem Vereinigten

Königreich (+ 35 Milliarden Euro) und den Vereinigten Staaten (+ 39 Milliarden Euro) erzielt werden. Au enhandelsdefizite waren in diesem Zeitraum dagegen im Warenverkehr mit den Niederlanden (– 13 Milliarden Euro), Norwegen (– 9 Milliarden Euro) und der Russischen F ederation (– 7 Milliarden Euro) zu verzeichnen.

4

Gesamtwirtschaftliche Einkommen, Vermögensbildung und Verteilung des Volkseinkommens

Im abgelaufenen Jahr 2014 hat sich das Bruttonationaleinkommen – die umfassendste gesamtwirtschaftliche Einkommensgr o e – um nominal 3,2 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Da die per saldo empfangenen Primäreinkommen aus der übrigen Welt mit +71,6 Milliarden Euro geringfügig unter dem Vorjahresniveau lagen (+72,4 Milliarden Euro), fiel die Zunahme des Bruttonationaleinkommens etwas niedriger aus als die des Bruttoinlandsproduktes (+ 3,3 %). [↘ Tabelle 9](#)

Die aus dem Ausland empfangenen Primäreinkommen haben sich im Vorjahresvergleich ebenso reduziert (– 1,5 %) wie die an die übrige Welt geleisteten Primäreinkommen (– 1,7 %), sodass sich der positive Saldo der grenzüberschreitenden Primäreinkommen nur wenig geändert hat. Dominiert werden die grenzüberschreitenden Primäreinkommen von den Verm ogeneinkommen. Dazu zählen Zinsen, die ausgeschütteten grenz ber-

Tabelle 9
Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögens-transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Nettoinvestitionen	Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. EUR													
2012	2 749,9	+ 72,3	2 822,2	490,8	2 331,5	– 35,6	2 295,9	2 060,8	235,1	+ 1,1	36,6	199,6	161,7
2013	2 809,5	+ 72,4	2 881,9	502,1	2 379,8	– 41,6	2 338,2	2 112,7	225,5	+ 2,1	31,4	196,1	163,3
2014	2 903,2	+ 71,6	2 974,8	512,4	2 462,4	– 38,4	2 424,0	2 165,4	258,6	+ 2,8	36,2	225,2	189,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2013	+ 2,2	X	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	X	+ 1,8	+ 2,5	– 4,1	X	– 14,2	X	X
2014	+ 3,3	X	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,5	X	+ 3,7	+ 2,5	+ 14,7	X	+ 15,3	X	X

schreitenden Gewinne aus Unternehmensbeteiligungen und von ausländischen Tochterunternehmen sowie entstandene Gewinne, die unmittelbar im Ausland wieder investiert werden (reinvestierte Gewinne). Die aus dem Ausland erhaltenen Zinszahlungen sind um 3,4 % gefallen, die an das Ausland gezahlten Zinsen haben sich um 4,7 % reduziert. Dagegen sind die aus der übrigen Welt erhaltenen Ausschüttungen einschließlich dort verbliebener reinvestierter Gewinne deutscher Unternehmen auf dem Vorjahresniveau geblieben. Die an die übrige Welt geleisteten Ausschüttungen einschließlich der im Inland verbliebenen reinvestierten Gewinne ausländischer Eigner lagen im Jahr 2014 um 1,6 % über dem Vorjahrswert. Bei der Analyse dieser aus der Zahlungsbilanzstatistik stammenden Daten ist zu beachten, dass zu einem so frühen Zeitpunkt noch eine Reihe von Ausgangsstatistiken fehlen und somit später spürbare Korrekturen erfolgen können.

Grenzüberschreitende Primäreinkommen

	2014	Veränderung gegenüber 2013
	Mrd. EUR	%
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	202,9	- 1,5
Arbeitnehmerentgelt	12,0	+ 4,3
Vermögenseinkommen	185,5	- 1,8
Subventionen	5,4	- 1,2
Primäreinkommen an die übrige Welt	131,3	- 1,7
Arbeitnehmerentgelt	9,7	+ 3,0
Vermögenseinkommen	117,2	- 2,2
Produktions- und Importabgaben	4,3	+ 0,5

Sowohl das an Einpendler gezahlte (+ 3,0 %) als auch das von in Deutschland wohnenden Auspendlern empfangene Arbeitnehmerentgelt aus dem Ausland (+ 4,3 %) erhöhten sich im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr. Die an die EU gezahlten Produktions- und Importabgaben, dies sind abzuführende Zolleinnahmen¹, veränderten sich im Vergleich zum Vorjahr kaum (+ 0,5 %). Die von der EU an Deutschland gezahlten Subventionen fielen etwas geringer aus (- 1,2 %).

1 Seit der Umstellung auf das ESVG 2010 im September 2014 zählen die an die EU abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel zur Kategorie laufende Transfers und nicht mehr – wie zuvor – zu den Produktionsabgaben.

Die beim Übergang vom Bruttokonzept zur Nettodarstellung abzuziehenden gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen sind 2014 um 2,1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Damit ergibt sich ein Anstieg beim Nettotionaleinkommen von 3,5 %. Der traditionell negative Saldo von empfangenen abzüglich an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers lag im abgelaufenen Jahr bei - 38,4 Milliarden Euro. Größte Einzelposition davon sind mit gut 23 Milliarden Euro die an die Europäische Union gezahlten BNE-Eigenmittel. Hinzu kommen unter anderem die an die EU geleisteten Mehrwertsteuer-Eigenmittel, geleistete Rentenzahlungen an im Ausland lebende Deutsche und ehemals in Deutschland beschäftigte Ausländer, Transfers im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sowie Heimatüberweisungen von in Deutschland lebenden Ausländern. Das verfügbare Einkommen der gesamten Volkswirtschaft erreichte im Jahr 2014 einen Wert von 2 424 Milliarden Euro und lag damit 3,7 % über dem Vorjahresniveau.

Mit einem Anstieg um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr lag die Zunahme der Konsumausgaben der Inländer 2014 deutlich unter dem Anstieg des verfügbaren Einkommens in der Volkswirtschaft. Im Einzelnen legten die Konsumausgaben des Staates um 3,7 % und die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck um 2,1 % zu. Da die gesamtwirtschaftlichen Konsumausgaben im Vergleich zum verfügbaren Einkommen weniger stiegen, kam es beim gesamtwirtschaftlichen Sparen zu einem deutlichen Plus (14,7 %). Die Nettoinvestitionen, das heißt die Bruttoinvestitionen abzüglich gesamtwirtschaftlicher Abschreibungen, sind im abgelaufenen Jahr mit 36,2 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2013 etwas höher ausgefallen. Damit lag das gesamtwirtschaftliche Sparen (258,6 Milliarden Euro) im Jahr 2014 siebenmal so hoch wie die Nettoinvestitionen.

Aus der Differenz von hohem gesamtwirtschaftlichem Sparen bei vergleichsweise geringen Nettoinvestitionen ergibt sich ein weiter deutlich gestiegener Finanzierungsüberschuss gegenüber dem Ausland. Mit 225,2 Milliarden Euro lag er um fast 30 Milliarden Euro über dem Vorjahreswert. Dieser hohe außenwirtschaftliche Überschuss ist vor allem auf den nochmals gestiegenen Überschuss im Waren- und Dienstleistungsverkehr gegenüber dem Ausland (Außenbeitrag) auf jetzt 189,2 Milliarden Euro zurückzuführen. Hinzu kommen die per saldo empfangenen Primäreinkommen (71,6 Milliarden

Tabelle 10

Verteilung des Volkseinkommens

	Nettonational- einkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen ¹	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
1	2	3	4	5	6	
Mrd. EUR					%	
2012	2 331,5	276,1	2 055,3	1 389,7	665,7	67,6
2013	2 379,8	279,8	2 099,9	1 428,3	671,6	68,0
2014	2 462,4	286,6	2 175,8	1 481,7	694,2	68,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
2013	+ 2,1	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,8	+ 0,9	X
2014	+ 3,5	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,4	X

1 Vom Staat empfangene Abgaben beziehungsweise vom Staat gezahlte Subventionen.

Euro) abzüglich der per saldo geleisteten laufenden Transfers (38,4 Milliarden Euro) und den per saldo empfangenen Vermögenstransfers (2,8 Milliarden Euro) aus der übrigen Welt.

Mit + 3,5 % stieg das Volkseinkommen, das der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten entspricht, im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr. Um vom Nettonationaleinkommen zum Volkseinkommen zu gelangen, muss der Saldo aus den vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben minus den vom Staat gezahlten Subventionen in Höhe von 286,6 Milliarden Euro vom Nettonationaleinkommen abgezogen werden. [↘ Tabelle 10](#)

Das Arbeitnehmerentgelt nach dem Inl anderkonzept ist im Jahr 2014 um 3,7 % auf 1 481,7 Milliarden Euro gestiegen. Es ist damit um fast einen Prozentpunkt stärker gewachsen als im Jahr 2013, für das eine Veränderungsrate von 2,8% errechnet wurde. Im Zeitraum von

2010 bis 2014 lag die durchschnittliche Veränderungsrate des Arbeitnehmerentgelts bei + 3,5 %, im Vergleich hierzu liegt die Veränderungsrate 2014 etwas höher. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, betrug 68,1 %, das waren 0,1 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2013. [↘ Tabelle 11](#)

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind im Berichtsjahr mit + 3,4 % auf 694,2 Milliarden Euro deutlich stärker gestiegen als im Jahr zuvor, für das ein Plus von 0,9 % verbucht wurde. Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass Unternehmens- und Vermögenseinkommen auch den privaten Haushalten zufließen. Es sollte zudem beachtet werden, dass diese Einkommen aufgrund unzureichender Datenquellen nicht originär, sondern als Saldo aus dem in der Entstehungsrechnung als Restgröße ermittelten Nettobetriebs berschuss und den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen errechnet werden. Aus diesem Grund weisen die Unter-

Tabelle 11

Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

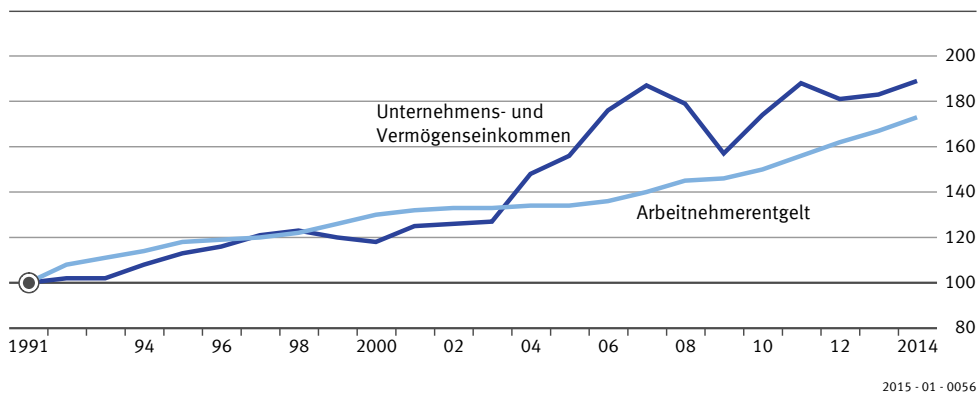
	Arbeitnehmer- entgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ¹	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer ²	
Mrd. EUR							
2012	1 389,7	258,0	1 131,7	375,3	197,1	178,2	756,4
2013	1 428,3	262,8	1 165,5	388,3	201,4	186,9	777,2
2014	1 481,7	270,9	1 210,8	405,5	208,9	196,6	805,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2013	+ 2,8	+ 1,9	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,2	+ 4,9	+ 2,8
2014	+ 3,7	+ 3,1	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,7	+ 5,2	+ 3,6

1 Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersvorsorge der Beamten und ähnliches.
2 Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

Grafik 6

Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland

1991 = 100



nehmens- und Vermögenseinkommen gewisse Unschärfen auf. [↪ Grafik 6](#)

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern und den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen und ist ein Maß für die Kosten des Faktors Arbeit. Die Bruttolöhne und -gehälter waren 2014 mit 1 210,8 Milliarden Euro um 3,9% höher als im Jahr 2013. Dieser Zuwachs resultiert zum einen aus einem Anstieg der jährlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 2,7% und zum anderen aus einer im Vergleich zum Vorjahr um 1,1% höheren Arbeitnehmerzahl. Der Anstieg der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter war im ersten Halbjahr 2014 – auch aufgrund vergleichsweise hoher Tarifabschlüsse zu Beginn des Jahres – etwas stärker als im zweiten Halbjahr. Nach ersten Berechnungen haben sich die Effektivverdienste im Jahr 2014 etwas schwächer entwickelt als die Tariflöhne.

Betrachtet man für die im Inland beschäftigten Arbeitnehmer die Entwicklung der Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer differenziert nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen, zeigt sich, dass es überdurchschnittliche Lohnerhöhungen im Bereich Information und Kommunikation (+3,7%), bei den sonstigen Dienstleistern (+3,6%) sowie bei den Unternehmensdienstleistern (+3,1%) gab. Einen Rückgang verzeichneten demgegenüber die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei – sie waren 2014 um 0,3% niedriger als im Jahr zuvor. Das ist auch auf eine starke Zunahme des Anteils der geringfügig Beschäftigten, also Personen mit weit unterdurchschnittlichem Einkommen, in der Landwirtschaft

zurückzuführen. In den übrigen (zusammengefassten) Wirtschaftsbereichen lag die Veränderungsrate der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter zwischen +2,6% und +2,9%. Zu berücksichtigen ist, dass die diesen Ergebnissen zugrunde liegenden Berechnungen am aktuellen Rand hohe Schätzanteile aufweisen. Darüber hinaus können auch strukturelle Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer beeinflussen.

Der Arbeitsmarkt hat sich auch im Jahr 2014 weiter positiv entwickelt. Die Zahl der im Inland beschäftigten Arbeitnehmer ist gegenüber dem Vorjahr um 1,1% auf rund 38,2 Millionen Personen gestiegen, wobei die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen überproportionalen Zuwachs verzeichneten. Bei bereichsweiser Betrachtung verbuchten im Berichtsjahr der Bereich Information und Kommunikation (+2,0%), die Unternehmensdienstleister (+2,4%) sowie – allerdings auf niedrigem Niveau – der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+4,8%) einen überdurchschnittlichen Beschäftigungszuwachs. Bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern ist die Zahl der Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr mit –0,3% zum fünften Mal in Folge zurückgegangen. In den übrigen (zusammengefassten) Wirtschaftsbereichen lag die Veränderungsrate zwischen +0,4% und +1,7%.

Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen war im Jahr 2014 um 0,6% höher als im vorangegangenen Jahr. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet, ist die Arbeitsproduktivität nur um 0,1% gestiegen, weil die von den Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden gegenüber dem Vor-

jahr stärker angestiegen sind (+1,4%) als die Zahl der Erwerbstätigen (+0,9%). Die Lohnstückkosten werden in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung als Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer beziehungsweise je Arbeitnehmerstunde) zur Arbeitsproduktivität gerechnet. Da die Lohnkosten sowohl je Arbeitnehmer als auch je Arbeitnehmerstunde mit +2,6% beziehungsweise +1,8% erheblich stärker zugenommen haben als die Arbeitsproduktivität, sind auch die Lohnstückkosten gestiegen: Im Jahr 2014 waren sie nach dem Personenkonzept gerechnet um 1,9% und nach dem Stundenkonzept um 1,8% höher als im Vorjahr. In den Jahren 2012 und 2013 waren die Lohnstückkosten jeweils um durchschnittlich 2,8% (Personenkonzept) beziehungsweise 2,6% (Stundenkonzept) gestiegen.

Wie aus Tabelle 11 hervorgeht, waren die Sozialbeiträge der Arbeitgeber im Berichtsjahr um 3,1% höher als im Jahr 2013. Während die unterstellten Sozialbeiträge, die insbesondere die (rechnerischen) Beiträge für die Altersversorgung der Beamten umfassen, um 1,1% zulegten, waren die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber um 3,4% höher als im Vorjahr. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sind um 3,7% gewachsen. Bei im Vergleich zum vorangegangenen Jahr unveränderten Beitragssätzen spiegelt sich in der Veränderung des Beitragsaufkommens insbesondere die positive Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung wider, darüber hinaus aber auch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in den einzelnen Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer der Arbeitnehmer ab – das Lohnsteueraufkommen war 2014 um 5,2% höher als im Jahr zuvor –, ergeben sich die Nettolöhne und -gehälter. Sie waren mit 805,2 Milliarden Euro um 3,6% höher als im Jahr 2013. Die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind um rund 2,4% gewachsen und liegen damit merklich über der Zunahme der Verbraucherpreise (+0,9%).

5

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) hat sich im abgelaufenen Jahr 2014 um 2,2% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Da der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte Preisindex der privaten Konsumausgaben für das Jahr 2014 eine Preiserhöhung von 1,0% anzeigt, sind die realen Einkommen aber nur um 1,2% gestiegen. [Tabelle 12](#)

Wie im Kapitel zuvor erläutert, nahm die Summe der Nettolöhne und -gehälter 2014 um 3,6% im Vorjahresvergleich zu. Mit einem Anteil von knapp 47% waren die Nettolöhne und -gehälter auch im Jahr 2014 die größte Komponente des verfügbaren Einkommens. Seit dem Jahr 2006, in dem die Nettolöhne und -gehälter weniger als 43% zum verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte beitrugen, hat sich deren Bedeutung vor allem aufgrund der zurzeit guten Beschäftigungslage wieder deutlich erhöht. Anfang der 1990er-Jahre machten die Nettolöhne und -gehälter jedoch noch mehr als 48% des verfügbaren Einkommens privater Haushalte aus.

Im vergangenen Jahr sind die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen, das heißt der Betriebsüberschuss und die Selbstständigeneinkommen sowie die per saldo empfangenen Vermögenseinkommen, vor Abzug der direkten Steuern leicht um 0,9% gefallen (2013: +0,6%). Bei den Vermögenseinkommen handelt es sich um empfangene abzüglich geleisteter Zinsen, Ausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen sowie den privaten Haushalten fortlaufend zugerechnete Vermögenserträge aus kapitalbildenden Alterssicherungssystemen und Versicherungen. Auch Entnahmen der Eigentümer von Personengesellschaften aus ihren Unternehmen werden den Vermögenseinkommen zugerechnet. Da für Entnahmen und auch für die Gewinneinkommen von Selbstständigen und Einzelunternehmern keine originären Ausgangsstatistiken vorliegen, können diese nur mittels Restrechnungen ermittelt werden. Dies hat zur Folge, dass es in den folgenden Überarbeitungen gerade bei Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit zu deutlichen Revisionen kommen

Tabelle 12

Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹

1	Nettolöhne und -gehälter	2	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen und Saldo der Vermögenseinkommen	3	Monetäre Sozialleistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	7	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8	Private Konsumausgaben	9	Sparen (Spalte 6 + 7 – 8)	10	Nachrichtlich: Sparquote (Spalte 9 in % von Spalte 6 + 7)	
						4	5										
						Abgaben auf Sozialleistungen ²	Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers ³										
Mrd. EUR															%		
2012	756,4	580,2	480,5	83,9	81,3	1 651,9	47,1	1 539,5	159,5	9,4							
2013	777,2	583,4	492,1	86,4	85,0	1 681,3	47,2	1 571,5	157,0	9,1							
2014	805,2	578,1	504,9	87,8	81,8	1 718,6	48,2	1 603,9	162,9	9,2							
Veränderung gegenüber dem Vorjahr																	
	in %					in Mrd. EUR		in %									
2013	+ 2,8	+ 0,6	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,1	- 1,6	X							
2014	+ 3,6	- 0,9	+ 2,6	+ 1,5	- 3,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 3,8	X							

1 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen.

3 Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich empfangene Schadenversicherungsleistungen, Transfers an die übrige Welt.

kann. Zum Selbstständigeneinkommen zählen auch Einkommen aus der Vermietung von Wohnungen. Unterstellte Mieten für eigengenutztes Wohneigentum sind Teil des Betriebsüberschusses privater Haushalte. Generell gilt, dass Abschreibungen auf Betriebs- und Immobilienvermögen einkommensmindernd abgezogen sind.

Die von den privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen erhöhten sich im Jahr 2014 im Vorjahresvergleich um 2,6% auf 504,9 Milliarden Euro. Mit einem Anteil von 60% sind die Geldleistungen aus den gesetzlichen Sozialversicherungen der größte Posten der monetären Sozialleistungen. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich diese Geldleistungen um 2,4%. Fast 85% der gesamten Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen entfallen auf die Auszahlungen der Rentenversicherung. Die Rentenzahlungen stiegen im Jahr 2014 um 2,7%. Mit einem Anteil von gut 7% stehen die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung, zu denen sowohl Zahlungen an Arbeitslose (ALG I) als auch Kurzarbeiter- und Konkursausfallgeld gehören, an zweiter Stelle. Gegenüber dem Vorjahr sind diese Zahlungen nahezu unverändert. Die quantitativ weniger gewichtigen Geldleistungen der Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Auszahlungen der gesetzlichen Unfallversicherung stiegen zusammen um 1,6%.

Die anderen monetären Sozialleistungen, die zusammen rund 40% der monetären Sozialleistungen ausmachen, erhöhten sich im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 2,9%. Zu den anderen Sozialleistungen gehören Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, zu denen die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung, Leistungen der Versorgungswerke für ehemals selbstständig Tätige und seit 2009 auch die Geldleistungen privater Krankenkassen zählen, sowie öffentliche Pensionen und Beihilfen. Hinzu kommen staatliche Sozialleistungen wie monetäre Zahlungen der Sozialhilfe, das Kindergeld, das Wohngeld sowie die Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II).

Da die Abgaben auf Sozialleistungen mit +1,5% weniger zulegten als die monetären Sozialleistungen, fiel deren Erhöhung nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben mit +2,8% etwas höher aus als vor Abzug dieser Abgaben. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Sozialbeiträge der Rentner zur Kranken- und Pflegeversicherung, die Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie die Lohnsteuer auf Pensionen. Die Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen umfassen die Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und die Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung.

Um zum verfügbaren Einkommen zu gelangen, sind zudem die per saldo geleisteten sonstigen laufenden Transfers der privaten Haushalte einkommensmindernd abzuziehen. Im Jahr 2014 lagen diese per saldo geleisteten Transfers mit 81,8 Milliarden Euro um 3,2 Milliarden Euro unter dem Wert des Vorjahres. Darin enthalten sind die von privaten Haushalten geleistete veranlagte Einkommensteuer sowie die Kapitalertrag- und die Zinsabschlagsteuer. Die Lohnsteuer der Arbeitnehmer wird bereits bei der Berechnung der Nettolöhne und -gehälter abgesetzt beziehungsweise die Lohnsteuer auf Pensionen den Abgaben auf Sozialleistungen zugerechnet. In den Saldo fließen auch die  bertragungen privater Haushalte an und aus der übrigen Welt sowie die geleisteten Nettoprämien für Schadensversicherungen abzüglich der empfangenen Schadensversicherungsleistungen ein.

Tabelle 12 zeigt ferner die Aufteilung des verfügbaren Einkommens auf Konsum und Sparen. Mit +2,1 % sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck im Berichtsjahr etwa in gleicher Größenordnung gestiegen wie das verfügbare Einkommen (+2,2 %). Die betrieblichen Versorgungsansprüche legten ebenfalls um 2,1 % zu. In der Folge blieb die Sparquote mit 9,2 % etwa auf dem Vorjahresniveau (9,1 %). Die Sparquote ist der Quotient aus Sparen und verfügbarem Einkommen, wobei zu beachten ist, dass gemäß dem ESVG 2010 die betrieblichen Versorgungsansprüche Bestandteil des Sparens privater Haushalte sind, jedoch nicht zum verfügbaren Einkommen privater Haushalte zählen. Lediglich bei der Ermittlung der Sparquote werden die betrieblichen Versorgungsansprüche auch zu dem im Nenner stehenden verfügbaren Einkommen hinzugezählt. Wie andere Einkommensgr oen auch wird die Sparquote nach Abzug von Abschreibungen ausgewiesen. Im Sektor privater Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck fallen Abschreibungen insbesondere für Wohnimmobilien an. Bezieht man die Abschreibungen in das Einkommen und Sparen mit ein, erhöhen sich beide Größen um die Abschreibungen. Die Sparquote vor Abschreibungen – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Bruttosparquote bezeichnet – lag im Jahr 2014 bei 16,4 % (2013: 16,3 %).

6

Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach ersten Berechnungen wies der Finanzierungssaldo des Staates im Berichtsjahr 2014 einen  berschuss in Höhe von 11,9 Milliarden Euro auf, nachdem im Jahr 2013 bereits ein  berschuss von 4,2 Milliarden Euro erzielt werden konnte. Dabei stiegen die staatlichen Einnahmen mit +3,4 % kräftiger als die staatlichen Ausgaben (+2,8 %). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat insgesamt eine Überschussquote von 0,4 % im Berichtsjahr 2014. [↘ Tabelle 13](#)

Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen erzielte der Bund mit 7,3 Milliarden Euro zum zweiten Mal seit der deutschen Vereinigung einen  berschuss. Zuletzt hatte der Bund im Jahr 2000 einen  berschuss erzielt, allerdings waren damals noch die einmaligen Erlöse für UMTS-Lizenzen in Höhe von 50 Milliarden Euro dafür ausschlaggebend gewesen. Die Länder verzeichneten im Berichtsjahr ein geringes Defizit von 0,5 Milliarden Euro, im Vorjahr war das Defizit mit 2,8 Milliarden Euro noch wesentlich höher gewesen. Die Gemeinden konnten das Jahr 2014 erneut mit einem  berschuss in Höhe von 1,7 Milliarden Euro abschließen, der allerdings deutlich geringer ausfiel als noch ein Jahr zuvor (2013: +5,3 Milliarden Euro). Der Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherungen war mit 3,4 Milliarden Euro im Jahr 2014 etwa halb so hoch wie im Vorjahr (2013: +6,1 Milliarden Euro).

Im Jahr 2014 erzielte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 1 292,0 Milliarden Euro. Das waren 3,4 % mehr als im Vorjahr. Die Steuern, die gut die Hälfte der Einnahmen ausmachen, nahmen um 3,0 % zu. Grundlage hierfür waren vor allem die positive Entwicklung der Binnenkonjunktur sowie die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt. Das Aufkommen an Einkommensteuern erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 3,3 %, wobei sich die Unternehmensteuern unterschiedlich entwickelten: Körperschaftsteuer – 1,4 %, veranlagte Einkommensteuer +4,2 % und Gewerbesteuer +1,3 %. Zudem nahmen die Einnahmen aus der Lohnsteuer (+5,2 %) zu. Gründe hierfür waren die robuste Entwicklung des Arbeitsmarktes, die immer noch deutlichen Lohnzuwächse sowie gewisse Progressionseffekte. Dagegen

Tabelle 13

Einnahmen und Ausgaben des Staates

	2012	2013	2014	Veränderung 2014 gegenüber 2013
	Mrd. EUR			%
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschließlich Produktion für die Eigenverwendung)	92,0	95,8	101,0	+ 5,4
+ sonstige Subventionen	0,4	0,3	0,3	- 8,7
+ Vermögenseinkommen	21,9	21,3	23,7	+ 11,4
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	619,8	637,9	657,2	+ 3,0
+ Nettosozialbeiträge	454,3	465,4	481,5	+ 3,5
+ sonstige laufende Transfers	18,4	18,4	18,2	- 1,3
+ Vermögenstransfers	11,0	10,4	10,1	- 2,7
= Einnahmen	1 217,8	1 249,4	1 292,0	+ 3,4
Vorleistungen	126,5	131,5	136,6	+ 3,9
+ Arbeitnehmerentgelt	212,7	217,6	223,7	+ 2,8
+ sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	- 7,1
+ Vermögenseinkommen	63,2	56,3	49,8	- 11,6
+ Subventionen	24,4	24,7	26,3	+ 6,5
+ soziale Sachleistungen	215,8	226,9	239,5	+ 5,6
+ monetäre Sozialleistungen	429,7	439,9	452,2	+ 2,8
+ sonstige laufende Transfers	54,5	62,0	65,1	+ 4,9
+ Vermögenstransfers	27,7	24,8	22,8	- 8,0
+ Bruttoinvestitionen	62,1	62,8	65,3	+ 4,1
+ Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	X
= Ausgaben	1 215,2	1 245,3	1 280,0	+ 2,8
	Mrd. EUR			
Finanzierungssaldo	+ 2,6	+ 4,2	+ 11,9	+ 7,8

gingen die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer kräftig zurück (- 4,4 %), insbesondere wegen des anhaltend niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten und der vergleichsweise geringen Ausschüttungen seitens der Kapitalgesellschaften im Jahr 2014. Die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben erhöhten sich im Jahr 2014 um 2,8%. Dabei verzeichneten die Gütersteuern, vor allem gestützt vom privaten Konsum, einen Anstieg um rund 2,7%. Die Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion und die Nettosozialbeiträge nahmen mit + 5,4% beziehungsweise + 3,5% kräftig zu. Letzteres lag wie schon in den Vorjahren an einer weiterhin freundlichen Entwicklung am Arbeitsmarkt, an der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und an höheren Tarifabschlüssen. Am deutlichsten erhöhten sich jedoch die Einnahmen des Staates aufgrund der empfangenen Vermögenseinkommen (+ 11,4%). Ursache hierfür waren die empfangenen Ausschüttungen (+ 56,4%). So zahlte die Deutsche Bundesbank an den Bund 4,0 Milliarden

Euro mehr als noch im Vorjahr. Dagegen waren die sonstigen laufenden Transfers (- 1,3%) und die Vermögenstransfers (- 2,7%) rückläufig.

Die Ausgaben des Staates im Jahr 2014 beliefen sich auf 1 280,0 Milliarden Euro und erhöhten sich um 2,8% gegenüber dem Vorjahr. Die sozialen Sachleistungen stiegen kräftig (um 5,6%), unter anderem, weil die Ausgaben für Medikamente stark anstiegen – insbesondere, da Ende 2013 befristete erhöhte Herstellerrabatte für patentgeschützte Arzneimittel ausliefen. Daneben stiegen die Ausgaben für Krankenhausleistungen ebenfalls deutlich an und die Honorare der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte wurden im Jahr 2014 spürbar erhöht. Auch bei den anderen großen Ausgabekategorien stiegen die Ausgaben im Jahr 2014, beispielsweise die Vorleistungen um + 3,9%. Das Arbeitnehmerentgelt verzeichnete einen Zuwachs von + 2,8%. Dies lag unter anderem daran, dass der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst eine Entgelterhöhung von mindestens

90 Euro je Monat ergab, wovon insbesondere die bei den Gemeinden stark vertretenen unteren Entgeltgruppen überproportional profitierten.

Die monetären Sozialleistungen erhöhten sich mit 2,8% vergleichsweise moderat, nahmen allerdings stärker als noch in den Vorjahren zu. Ursache hierfür war die Entwicklung der Renten (+2,8%), deren Anteil an den monetären Sozialleistungen bei mehr als der Hälfte liegt. Hier macht sich das zum 1. Juli 2014 eingeführte Rentenpaket 2014, bestehend aus der Rente ab 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren, der sogenannten Mütterrente und den erhöhten Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente, nach und nach bemerkbar. Daneben kam es zu einer generellen Rentenanpassung zum Stichtag 1. Juli 2014. Die öffentlichen Pensionen nahmen um 5,1% zu, was sowohl auf eine gestiegene Zahl an Pensionären als auch auf eine Anhebung der Pensionen zurückzuführen ist. Die im Jahresdurchschnitt 2014 leicht gesunkenen Arbeitslosenzahlen dämpften den Anstieg von ALG-I-Ausgaben (+0,8%) und von ALG-II-Zahlungen (+1,3%). Die Ausgaben für das Kindergeld gingen zurück (-1,2%). Die Bruttoinvestitionen (+4,1%) stiegen kräftig an, weil die relativ günstige Entwicklung der öffentlichen Haushalte genutzt wurde, um unter anderem in die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur zu investieren. Zudem dürften auch weiterhin Ausgaben getätigt worden sein, die im Zusammenhang mit der Beseitigung von Flutschäden aus dem Jahr 2013 stehen. Die Subventionen (+6,5%) und die sonstigen laufenden Transfers (+4,9%) wuchsen kräftig. Dagegen gingen die Vermögenstransfers (-8,0%) stark zurück. Neben einem Basiseffekt bei den Ländern ist dies teilweise auf den Abbau der Eigenheimzulage zurückzuführen, die seit dem 1. Januar 2006 nicht mehr neu gewährt wird und nach und nach ausläuft. Deutlich rückläufig waren außerdem die Ausgaben des Staates für zu zahlende Zinsen (-11,6%), was im Zusammenhang mit den gesunkenen Zinsen für deutsche Staatsanleihen zu sehen ist.

7

Nationales Veröffentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in einem regelmäßigen, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden Turnus – abhängig unter anderem von den Lieferverpflichtungen an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) – in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und veröffentlicht: beispielsweise in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Datenbank GENESIS-Online (www-genesis.destatis.de) sowie in ausgewählten Tabellen auf der Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de). Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen bekannt gegeben und kommentiert und das Jahresergebnis zusätzlich in einer Pressekonferenz vorgestellt.

So wurde auch in diesem Jahr das erste, vorläufige Jahresergebnis für das Jahr 2014 bereits am 15. Januar 2015 im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. Die Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden jeweils – auf europäischer Ebene weitestgehend harmonisiert – etwa 45 Tage, die ausführlichen Ergebnisse etwa 55 Tage nach Ende des Berichtsquartals publiziert, also jeweils Mitte Mai (1. Quartal), Mitte August (2. Quartal), Mitte November (3. Quartal) und Mitte Februar (4. Quartal). Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung vorangegangener Quartale. Darüber hinaus werden im August üblicherweise die vier zurückliegenden Jahre einschließlich der dazugehörigen Quartale revidiert (sogenannte laufende Revisionen).

8


Fazit

Wie in jedem Jahr hat das Statistische Bundesamt zu diesem frühen Zeitpunkt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres gegeben. Die deutsche Wirtschaft war im Jahr 2014 trotz des

weltwirtschaftlich schwierigen Umfelds und der geopolitischen Krisen in einer soliden Verfassung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war nach ersten Berechnungen um 1,5% höher als im Vorjahr, kalenderbereinigt lag die Wachstumsrate ebenfalls bei 1,5%. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2014 von rund 42,7 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 371 000 Personen oder 0,9% mehr als ein Jahr zuvor. Damit gab es bereits das achte Jahr in Folge einen neuen Höchststand bei der Zahl der Erwerbstätigen. Zugleich nahm die Zahl der durchschnittlich je Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden um 0,5% zu, sodass sich das Arbeitsvolumen insgesamt um 1,4% erhöhte. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, ist im Jahr 2014 damit geringfügig um 0,1% gestiegen, je Erwerbstätigen gerechnet hat sie im vergangenen Jahr stärker zugenommen, und zwar um 0,6%. Die Zahl der Erwerbslosen (internationale Abgrenzung) ging 2014 nach Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung um 77 000 Personen oder 3,5% auf rund 2,1 Millionen Personen zurück.

Die Ergebnisse der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts zeigen, dass zur wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2014 sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt beigetragen haben, und zwar jeweils mit einer preisbereinigten Wachstumsrate von 1,4%. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes kam es – nach einem zum Teil witterungsbedingten sehr guten ersten Quartal 2014 – im Baugewerbe zu einem Anstieg der wirtschaftlichen Leistung um 2,7%. Im stark exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe stieg die Bruttowertschöpfung trotz einer leichten Schwächephase in den Sommermonaten um 2,0%. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1%, die des Staates um 1,0%. Ebenfalls stiegen die Investitionen: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,7% mehr in Ausrüstungen als ein Jahr zuvor. Auch die preisbereinigten Bauinvestitionen nahmen zu, und zwar um 3,4%. Der deutsche Außenhandel gewann im Jahresdurchschnitt 2014 trotz eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds wieder etwas an Dynamik: Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistun-

gen waren um 3,7% höher als im Vorjahr. Die Importe legten allerdings fast genauso stark zu (+3,3%).

In jeweiligen Preisen gerechnet war das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 mit 2 903 Milliarden Euro um 3,3% höher als im Vorjahr. Das Bruttonationaleinkommen erhöhte sich mit 3,2% in ähnlicher Größenordnung auf 2 975 Milliarden Euro. Das Volkseinkommen ist im Jahr 2014 um 3,6% auf 2 176 Milliarden Euro gestiegen. Das Arbeitnehmerentgelt der Inländer erhöhte sich gegenüber 2013 um 3,7%. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen im selben Zeitraum nach vorläufigen Berechnungen um 3,4%. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, war demzufolge im Vorjahresvergleich nahezu unverändert und lag bei 68,1%. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2014 um 2,2% zu und belief sich auf 1 719 Milliarden Euro. Die nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen mit +2,1% fast genauso stark wie das Einkommen. Die Sparquote der privaten Haushalte lag im Jahr 2014 bei 9,2% und damit ähnlich niedrig wie im Vorjahr. Die Staatshaushalte waren im Jahr 2014 weiter auf Konsolidierungskurs. Der Staatssektor beendete das Jahr nach noch vorläufigen Berechnungen mit einem leichten Finanzierungsüberschuss, was einer Überschussquote von 0,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts entspricht. 

LITERATURVERZEICHNIS

Adler, Walther/G uhler, Nadine/Oltmanns, Erich/Schmidt, Daniel/Schmidt, Pascal/Schulz, Ingeborg. *Forschung und Entwicklung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*. In: *Wirtschaft und Statistik* 12/2014, Seite 703 ff.

R ath, Norbert/Braakmann, Albert. *Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014*. In: *Wirtschaft und Statistik* 9/2014, Seite 502 ff.

IST ÖKOLOGISCHER KONSUM TEURER?

Ein warenkorbbasierter Vergleich

Dr. Christian Haubach, Benjamin Held

➤ **Schlüsselwörter:** Inflation – Nachhaltiger Konsum – Warenkorb – Bio-Produkte – Verbraucherpreisindex

ZUSAMMENFASSUNG

Ein nachhaltigeres Konsumverhalten ist für immer mehr Menschen in Deutschland wichtig und vor dem Hintergrund weiter steigender globaler Umweltbelastungen auch dringend notwendig. Die unterstellten Mehrkosten eines nachhaltigeren Konsums stellen jedoch für viele Verbraucher eine Handlungsbarriere dar. Im Forschungsvorhaben „Warenkorbbasierter Preis- und Umweltwirkungsvergleich von ökologischem und konventionellem Konsum“ wird deswegen auf der methodischen Grundlage des Laspeyres-Preisindex anhand von Daten des Verbraucherpreisindex und der Kaufkraftparitäten überprüft, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe diese sogenannte Mehrpreishypothese bei nachhaltigeren im Vergleich zu konventionellen Produkten zutrifft. Hier werden die Methoden und Ergebnisse des Bereichs „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ vorgestellt.

➤ **Keywords:** Inflation – sustainable consumption – basket of goods – organic products – consumer price index

ABSTRACT

More sustainable consumption behaviour is important to more and more people in Germany and, considering the continuing increase in global environmental burdens, it is urgently needed. However, the assumed extra costs of more sustainable consumption is an obstacle for many consumers to change their consumption behaviour. Therefore, the research project on “Comparison of prices and environmental impact between ecological and conventional consumption, based on the basket of goods” is carried out on the methodological basis of the Laspeyres price index and using data of the consumer price index and of purchasing power parities. It studies whether and, if so, at what level the extra price hypothesis applies to more sustainable products when compared with conventional products. This article presents the methods and results for “food, beverages and tobacco products”.



Dr. rer. pol. Christian Haubach

studierte Volkswirtschaftslehre und Umweltwissenschaften an der Universität Heidelberg und promovierte über das Umweltmanagement in globalen Wertschöpfungsketten. Er arbeitet derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Industrial Ecology (INEC) der Hochschule Pforzheim.



Benjamin Held

ist studierter Diplom-Volkswirt und seit 2012 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Pforzheim am Institut für Industrial Ecology (INEC) tätig. Sein aktueller Arbeitsschwerpunkt liegt in der Bearbeitung des Forschungsprojekts „WaPrUmKo – Warenkorbbasierter Preis- und Umweltwirkungsvergleich von ökologischem und konventionellem Konsum“.

1

Einleitung

Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung beeinflussen zunehmend das Konsumverhalten privater Haushalte. Die Vermeidung negativer sozialer und ökologischer Auswirkungen der Güterproduktion, die sich generationenübergreifend, lokal wie auch global abzeichnen, gewinnt an Bedeutung. Konsumenten erwarten heutzutage nicht nur einen Gebrauchsnutzen von den zu ihrer Lebenshaltung notwendigen Gütern. Der Nutzengewinn des Konsums soll auch auf möglichst umweltschonende und sozialverträgliche Weise sowie mit leistbarem Kostenaufwand erreicht werden. Ein Beispiel dieses Trends zum nachhaltigen Konsum ist das seit Jahren anhaltende stetige Wachstum des Markts für biologisch erzeugte Lebensmittel. (Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V., 2014) Die Grundidee eines nachhaltigen Konsums lässt sich auf alle Konsumbereiche ausdehnen und sollte zur Vermeidung von produktionsbedingten sozialen und ökologischen Problemen flächendeckend umgesetzt werden.

Die Realisierung eines nachhaltigeren Konsumverhaltens ist zwar prinzipiell möglich, jedoch werden von den privaten Haushalten Mehrkosten unterstellt, die als Handlungsbarriere angesehen werden. (TNS Infratest, 2011)

Preisvergleiche zwischen konventionellen und nachhaltigeren Produkten können hier zu einer objektiveren Betrachtung beitragen und wurden zumindest im Lebensmittelbereich bereits durchgeführt. (Hamm, 2007; Plaßmann/Hamm, 2009) Diese Untersuchungen konzentrierten sich jedoch auf den Vergleich von Einzelpreisen. Die Auswahl der Preisrepräsentanten erfolgte dabei nach der Relevanz der Güter am Markt und bezog sich im Wesentlichen auf das subjektive Preisempfinden und die Zahlungsbereitschaft der Konsumenten bei Bio-Lebensmitteln. Einzelpreisvergleichen liegen somit keine statistischen Warenkörbe im Sinne eines Preisindexkonzepts zugrunde. Sie sind deshalb zur umfassenden Bewertung der Lebenshaltungskosten ungeeignet. Allerdings wurde bereits festgestellt, dass einerseits eine Mehrpreisbereitschaft gegenüber ökologisch nachhaltigen Produktalternativen bei einer Mehrheit der Konsumenten vorhanden ist, andererseits liegt die Preiserwartung bei Bio-Produkten generell über dem tatsächlichen Preis. (Hamm/Plaßmann, 2010)

Zur Überprüfung der Mehrpreishypothese des nachhaltigen gegenüber dem konventionellen Konsum und zur Relativierung der übersteigerten Preiserwartung werden systematische, objektive und methodisch fundierte Preisvergleiche benötigt. Beim warenkorbbasierten Preisvergleich eines Preisindex können sich Preisunterschiede durch die Bildung von gewichteten Mittelwerten kompensieren. Dadurch kann sich der subjektive Eindruck hoher Einzelpreise relativieren. Es werden dabei – wie bei der Ermittlung von Preisveränderungen im Verbraucherpreisindex – auch die Struktur der Geschäftstypen, Produkte unterschiedlicher Hersteller, verschiedene Berichtsgemeinden sowie Güterarten und Verbrauchsgewohnheiten als Mittelwert berücksichtigt. (Bechtold/Linz, 2005) Somit übt ein hoher Einzelpreis eines Gutes, das mit sehr geringem Gewicht in den Index eingeht, auf den gesamten Indexwert einen vergleichsweise geringen Einfluss aus.

Im Folgenden soll das Modell eines Preisvergleichs vorgestellt werden, bei dem die Ideen des nachhaltigen Konsums mit einem Preisindexkonzept verbunden werden.¹ Dazu sollen mithilfe eines warenkorbbasierten Preisvergleichs zwischen konventionellen Gütern und ihren ökologisch nachhaltigen Alternativen die Kosten einer nachhaltigeren Lebenshaltung für die Konsumenten transparenter werden. Dieses Vorhaben ist mit einigen preisstatistischen Herausforderungen verbunden.

2

Grundsätzliche Vorgehensweise des Preisvergleichs

2.1 Orientierung am Preisindexkonzept

Der Preisvergleich von konventionellen Gütern der Lebenshaltung und deren nachhaltigen Alternativen orientiert sich am Konzept des Laspeyres-Preisindex für

¹ Die Ausführungen sind Gegenstand des Forschungsvorhabens „WaPrUmKo – Warenkorbbasierter Preis- und Umweltwirkungsvergleich von ökologischem und konventionellem Konsum“. Dieses vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Vorhaben (FKZ 03FH011PX2) wird unter Beteiligung der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST), der bioVista GmbH und des Statistischen Bundesamtes am Institut für Industrial Ecology (INEC) der Hochschule Pforzheim durchgeführt.

zeitliche Preisvergleiche, bei dem sich die Mengenstruktur zwischen Berichts- und Basisjahr nicht ändert. Im übertragenen Sinne stellen die Preise der nachhaltigen Alternativen die Berichtsperiode und die Preise der konventionellen Güter die Basisperiode dar. Dabei werden allerdings die Preise von Gütern mit unterschiedlichen Qualitätsmerkmalen zu einem festen Zeitpunkt miteinander verglichen. Darin unterscheidet sich dieser Preisvergleich vom Laspeyres-Konzept, bei dem der zeitliche Preisvergleich von möglichst absolut identischen Gütern zwischen zwei Zeitpunkten im Vordergrund steht. Idealtypisch sollten sich bei dem durchzuführenden Preisvergleich die zu vergleichenden Güter nur in der Qualität des Nachhaltigkeitskriteriums unterscheiden. Dementsprechend kann argumentiert werden, dass Preisunterschiede durch Qualitätsunterschiede gedeckt sind und nicht auf ein allgemein unterschiedliches Preisniveau zurückzuführen sind. Somit ist der Preisvergleich unabhängig von Preisniveauunterschieden.


2.2 Nachhaltigkeitskriterien beim Konsum

Zur Umsetzung eines nachhaltigen Konsums sind hinreichende Produktinformationen nötig. Diese dienen den Konsumenten als Unterscheidungsmerkmal der Umweltbeziehungsweise Nachhaltigkeitsqualität. Insbesondere Umweltbeziehungsweise Nachhaltigkeitszeichen, sogenannte Label, unterstützen die Verbraucherinnen und Verbraucher bei ihrer Entscheidung für einen nachhaltigen Kauf. Umweltzeichen, wie etwa der Blaue Engel oder das EU-Bio-Siegel, sind umweltbezogene Wort- und/oder Bildzeichen, die auf einem Produkt, seiner Verpackung oder in der Produktwerbung zu sehen sind. Sie grenzen umweltschonende/sozialverträgliche Produkte oder Dienstleistungen gegenüber Konkurrenzangeboten ab, die in ihrer Funktion vergleichbar, aber nicht umweltfreundlich/sozialverträglich sind.¹² Die Vergabekriterien der Label müssen nachvollziehbar und nachprüfbar sein. Im Rahmen des Preisvergleichs soll allerdings nicht überprüft werden, ob die mit Öko-Label versehenen Güter tatsächlich nachhaltiger sind als konventionelle Güter. Vielmehr soll die Auswahl der Preisrepräsentanten auf Basis der Informationen getroffen werden, die auch den Konsumenten zur Verfügung stehen.

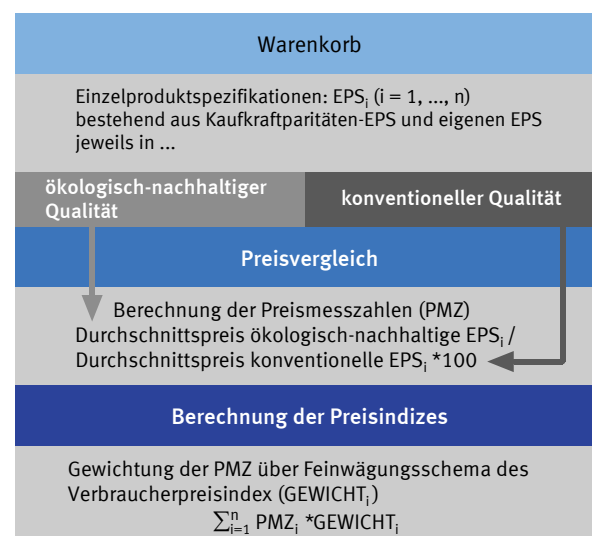
² www.umweltzeichen.de, www.label-online.de

Eine weitere Quelle von benötigten Handlungsempfehlungen und Nachhaltigkeitskriterien für Konsumenten sind Leitfäden und Ratgeber zur Umsetzung eines nachhaltigen Konsumverhaltens. Exemplarisch sei hier die vom Rat für nachhaltige Entwicklung herausgegebene Informationsbroschüre „Der nachhaltige Warenkorb“ genannt. (Rat für nachhaltige Entwicklung, 2013) Die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen und aufgelisteten Umweltzeichen/Label bilden die Entscheidungsgrundlage, um mögliche Güteralternativen bei der Durchführung des warenkorbbasierten Preisvergleichs zu bestimmen. Darüber hinaus können beispielsweise die Produktempfehlungen der vom Öko-Institut betreuten Initiative EcoTopTen in die Auswahl der Preisrepräsentanten einfließen.¹³

2.3 Methode des Preisvergleichs und Bestimmung des statistischen Warenkorbs

Eine schematische Übersicht stellt die grundsätzliche Methode des Preisvergleichs dar.  Grafik 1 Die Gewichtunggrundlage bei der Durchführung des Preisvergleichs bildet das Feinwägungsschema des Verbrau-

Grafik 1
Schematische Übersicht der grundsätzlichen Methodik des Preisvergleichs



2015 - 01 - 0038

³ www.ecotopten.de

cherpreisindex (VPI). Allerdings wurde die Auswahl der Preisrepräsentanten auf Basis der zur Berechnung von Kaufkraftparitäten (KKP) bestimmten Einzelproduktspezifikationen (product specifications) getroffen. Dieses Verfahren erfordert zwar die Zuordnung der Einzelproduktspezifikationen der Kaufkraftparitäten zu den Indexpositionen des VPI-Feinwägungsschemas, allerdings können dadurch die Vorteile beider Methoden für den eigenen Preisvergleich genutzt werden. So sind die Einzelproduktspezifikationen der Kaufkraftparitäten aufgrund ihrer deutlich spezifischeren Vorgaben besser für den Preisvergleich zwischen möglichst gleichwertigen, sich allein bezüglich der Nachhaltigkeitsqualität unterscheidenden Gütern geeignet als die gröberen Vorgaben des Verbraucherpreisindex. Die Verwendung des VPI-Feinwägungsschemas ermöglicht hingegen eine genauere und tiefergehende Abbildung der in Deutschland vorherrschenden Konsumstruktur. Zudem ermöglicht die Zuordnung der Einzelproduktspezifikationen der Kaufkraftparitäten auf das Feinwägungsschema des Verbraucherpreisindex eine Preisbereinigung mittels des Verbraucherpreisindex. Ein weiterer Vorteil dieses Verfahrens ist, dass die Preisdaten der KKP-Erhebungen teilweise als Basispreise genutzt werden können, wodurch sich der Erhebungsaufwand stärker auf die nachhaltigen Güteralternativen zu den etwa 2 000 KKP-Einzelproduktspezifikationen konzentrieren kann. Eine zusätzliche Einschränkung des Erhebungsaufwands ergibt sich bei Positionen, für die Konsum-beziehungsweise Verhaltensalternativen fehlen. Dies gilt beispielsweise für die meisten Medikamente, die in die KKP-Berechnung eingehen. In diesen Fällen wird der jeweilige konventionelle Preisrepräsentant auch als nachhaltige Alternative angesehen und verbleibt als neutrales Element in der Indexberechnung. In einigen Konsumbereichen, zum Beispiel im Verkehrsbereich, wurde von den KKP-Einzelproduktspezifikationen abgewichen. Stattdessen wurden eigene, den speziellen Anforderungen des ökologisch-nachhaltigen Preisvergleichs entsprechende Einzelproduktspezifikationen entwickelt.

Im gewählten Ansatz des Preisvergleichs auf Basis des VPI-Feinwägungsschemas werden konventionelle Güter im statistischen Warenkorb durch ökologisch nachhaltige Alternativen ersetzt. Somit wird zunächst ausschließlich eine Änderung der Nachhaltigkeitsqualität der Preisrepräsentanten betrachtet und keine Verhaltensänderung der Konsumenten hin zu einem nachhaltigeren Konsumstil. Der mit dem Wägungsschema des

Verbraucherpreisindex assoziierte Durchschnittshaushalt wird somit durch die Wahl nachhaltiger beziehungsweise ökologischer Konsumalternativen zu einem öko-effizienteren Durchschnittshaushalt. Allerdings können sich bereits aus der Wahl der Konsumalternativen kleinere Anpassungen des Wägungsschemas und damit des statistischen Warenkorbs ergeben. Der ökologisch nachhaltige Warenkorb eines umfassend nachhaltigen Konsumstils ist mit noch wesentlich stärkeren Änderungen des Wägungsschemas verbunden. Solche Verhaltensänderungen werden in einer späteren Phase des Projekts betrachtet.

3

Der Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren

Der Bereich „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ (COICOP 01-02)⁴ ist für einen nennenswerten Teil der durch private Haushalte ausgelösten Umweltwirkungen verantwortlich. Nach den Berechnungen des European Topic Centre on Sustainable Consumption and Production (ETC/SCP) lag deren Anteil an den gesamten direkten und indirekten durch den privaten Konsum verursachten Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2007 in der Europäischen Union (EU-27) bei knapp 17%. Beim Rohstoffeinsatz („material use“) betrug der Anteil sogar gut 34%. (European Environment Agency, 2012) Der Ausgabenanteil der privaten Haushalte für „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ lag in Deutschland laut dem Wägungsschema des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2010 bei 14%. Eigene Auswertungen zeigen, dass ein negativer Zusammenhang zwischen Einkommen und Ausgabenanteil besteht: Von 20,4 % im ersten („ärmsten“) Dezil (Nettoäquivalenzeinkommen) fällt der Ausgabenanteil stetig auf nur noch 10,4 %, also etwa die Hälfte, im zehnten („reichsten“) Dezil ab. (Held, 2014) Verschiedene Untersuchungen legen nahe, dass die ökologischen Vorteile des Biolandbaus in geringeren CO₂-Emissionen, einer niedrigeren Gewässer- und Luftverschmutzung, einer besseren Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und einer erhöhten Biodiversität liegen. (Schader und andere, 2013)

4 COICOP: Classification of Individual Consumption by Purpose – (internationale) Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualverbrauchs.

3.1 Differenzierungsmerkmale der ökologisch(er)en Produkte

Das in Deutschland am weitesten verbreitete und bekannteste Siegel im Lebensmittelbereich ist das deutsche Bio-Siegel. (Dr. Grieger, 2013) Es beruht auf den Kriterien der EG-Öko-Verordnung⁵ und wird von den Verbrauchern als sehr vertrauenswürdig eingeschätzt.⁶ Im Juli 2010 wurde zusätzlich das EU-Bio-Logo eingeführt. Dieses ist gleichwertig mit dem deutschen Bio-Siegel und muss seit Juli 2012 verbindlich auf Produkten aufgedruckt sein, welche die EG-Öko-Verordnung erfüllen. Aufgrund der großen Verbreitung, des hohen Bekanntheitsgrads sowie der positiven Bewertungen beim Nachhaltigen Warenkorb und label-online.de wird das deutsche Bio-Siegel (und damit auch das EU-Bio-Logo) als Mindestkriterium für die ökologischen Produkte festgelegt. Darüber hinaus gibt es im Lebensmittelbereich weitere Siegel, zum Beispiel die Siegel „Bioland“, „Naturland“ oder „demeter“. Deren ökologische Kriterien gehen teilweise noch über die des deutschen Bio-Siegels hinaus und enthalten teilweise auch soziale Kriterien. Produkte, die solche Siegel tragen, werden ebenfalls erfasst, soweit sie mindestens die Kriterien des deutschen Bio-Siegels erfüllen.⁷ Fair-Trade-Produkte (zum Beispiel mit den Siegeln FairTrade, Gepa Fair+, Rapunzel Hand in Hand) werden ebenfalls berücksichtigt, soweit sie (mindestens) auch das EU-Bio-Logo tragen. Im Bereich „Wildfische“ ist per Definition kein Bio-Siegel möglich. Hier wird stattdessen das Siegel „Marine Stewardship Council“ (MSC) als Kriterium verwendet.⁸ Im Bereich Mineralwasser wird das Siegel „bio Mineralwasser“ als Kriterium angesetzt.⁹

5 Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 (Amtsblatt der EU Nr. L 189, Seite 1).

6 www.label-online.de, Rat für Nachhaltige Entwicklung (2013).

7 Eine differenzierte Preiserhebung nach Siegeln war auf Grundlage der verwendeten Datenquellen (siehe Abschnitt 3.4 Datenquellen der Preisbeobachtungen) nicht möglich.

8 Bewertung label-online.de: „Besonders empfehlenswert“; Nachhaltiger Warenkorb: Ökologisch „voll“; Sozial „leer“.

9 Dieses ist noch nicht weit verbreitet, wurde jedoch von label-online.de als „Besonders empfehlenswert“ bewertet.

3.2 Zusammensetzung des Warenkorbs

Entscheidend für die Aussagekraft des Preisvergleichs ist die Zusammensetzung des Warenkorbs. Die ausgewählten Produkte dienen dabei als Stellvertreterprodukte für Güterarten. Die Grundlage des Warenkorbs bildet die KKP-Erhebungsliste 2012-01 „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“. Von dieser Liste werden vom Statistischen Bundesamt 221 Produktspezifikationen für Deutschland für Zwecke des internationalen Preisvergleichs mit Kaufkraftparitäten als repräsentativ eingestuft. Als „repräsentativ“ gilt eine Produktspezifikation, wenn sie einen bedeutenden Anteil an den Gesamtausgaben innerhalb ihrer „Basic Heading“, der nächst höheren Gliederungsebene, ausmacht.¹⁰ Allerdings wurden einige Anpassungen an dieser Liste vorgenommen:

- (1) Es wurden im Markensegment „markenlos“ („brandless“) 36 Positionen neu hinzugefügt. Diese Ergänzung wurde vorgenommen, um den Discounterbereich, der gerade bei Bio-Produkten an Bedeutung gewinnt, noch besser abbilden zu können. Außerdem wurde neben der Position „COCA COLA, Flasche“ zusätzlich die Position „COCA COLA, Dose“ als repräsentativ eingestuft. Diese Ergänzung wurde vorgenommen, da hauptsächlich Bio-Produkte dieser Gebindegröße (330 ml) gefunden wurden.
 - (2) Es wurden elf Produktspezifikationen ausgeschlossen. Ein Grund dafür ist, dass die jeweilige Produktspezifikation von einer anderen nur durch die Verpackungsgröße abwich. Diese wurden zur Verringerung des Erhebungsaufwands ausgeschlossen (5 Fälle). Ein weiterer Grund ist, dass eine sehr ähnliche Produktspezifikation bereits enthalten ist (4 Fälle). Zwei Produktspezifikationen wurden ausgeschlossen, da diese spezifisch Bio-Produkte betreffen.
 - (3) Die Methodik im Bereich „Wein“ weicht aufgrund der Diversität der Produktgruppe von der der KKP-Erhebungen ab. Es wurden jeweils möglichst vergleichbare Einzelprodukte, und nicht Produktspezifikationen, miteinander verglichen. Aus
- 10 Für nähere Informationen zur Berechnung der Kaufkraftparitäten siehe Burg (2011).

diesen direkten Preisvergleichen wurden die zwei Produktspezifikationen „Rotwein“ und „Weißwein“ gebildet. Dieses Vorgehen reduziert die Anzahl der Produktspezifikationen von acht auf zwei.

Insgesamt enthält der Warenkorb schließlich 241 Produktspezifikationen. In diesen werden Kriterien aufgestellt, die die Produkte erfüllen müssen. Spezifiziert werden besondere Eigenschaften (zum Beispiel bei Reis, dass er parboiled und weiß sein soll), die Spanne der zugelassenen Verpackungsgröße und die Referenzmenge. Teilweise werden Ausschlusskriterien, zum Beispiel Kochbeutel bei Reis, benannt. Diese Kriterien sollen sicherstellen, dass ausschließlich möglichst ähnliche Produkte miteinander verglichen werden. Die ökologische Produktspezifikation unterscheidet sich nur insofern von der konventionellen, als dass als zusätzliches Mindestkriterium das Bio-Siegel hinzukommt.

3.3 Einteilung in Markensegmente

Die Markenunterscheidung ist von großer Bedeutung für den Preisvergleich. Denn unterschiedliche Markenwerte können einen großen Preisunterschied hervorrufen. Beim Vergleich der konventionellen und ökologischen Produkte soll sich aber möglichst nur die ökologische Qualität zwischen den Produkten unterscheiden; der Markenwert sollte also möglichst identisch sein.

Bei den KKP-Erhebungen wird zwischen fünf Markensegmenten unterschieden. (Eurostat/OECD, 2012) Diese fünf Markensegmente teilen sich in zwei Gruppen auf: die „markenspezifischen Definitionen“ (brand specific definitions) und die „generischen Definitionen“ (generic

definitions). Bei den markenspezifischen Definitionen wird zwischen den Markensegmenten „einzelne Marke“ (single brand) und „mehrere Marken“ (multiple brands) unterschieden. In der Gruppe „generische Definitionen“ sind keine spezifischen Marken vorgegeben. Darunter fallen die Markensegmente „bekannte Marke“ (well-known brands), „markenlos“ (brandless) und „Marke nicht relevant“ (brand not relevant). [↪ Übersicht 1](#)

Für den ökologischen Preisvergleich mussten einige Anpassungen vorgenommen werden. Anders als bei den KKP-Erhebungen wird bei den eigenen Preiserhebungen zwischen den Markensegmenten „Herstellermarke“, „Mehrwert-Handelsmarke“, „Preiseinstiegs-Handelsmarke“ und „Marke nicht relevant“ unterschieden.¹¹ Herstellermarken sind unabhängig vom Vertriebskanal, können also bei mehreren Einzelhändlern verkauft werden. Dies unterscheidet sie von den Handelsmarken. Diese Neueinteilung der Marken ist erforderlich, da für Produktspezifikationen mit markenspezifischen KKP-Definitionen (einzelne Marke, mehrere Marken) meist kein entsprechendes ökologisches Produkt der dort vorgegebenen Marken existiert. Um trotzdem einen Preisvergleich für diese Produktspezifikationen vornehmen zu können, wird den markenspezifischen KKP-Definitionen das eigene Markensegment „Herstellermarke“ zugeordnet. Dem KKP-Markensegment „bekannte Marke“ werden sowohl das Markensegment „Herstellermarke“ des Forschungsvorhabens

11 Die Markensegmente „Mehrwert-Handelsmarke“ und „Preiseinstiegs-Handelsmarke“ werden entsprechend der Definition der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) verwendet (GfK, 2013). Dort wird bei den Handelsmarken nur zwischen diesen beiden Segmenten unterschieden (und nicht noch weiter in zum Beispiel „Premium-Handelsmarken“, wie teilweise in anderen Quellen).

Übersicht 1

Markensegmente (Kaufkraftparitäten, eigene Berechnungen)

KKP-Markensegment	Markenspezifische Definitionen		Generische Definitionen		
	einzelne Marke	mehrere Marken	bekannte Marke	ohne Marke	
				markenlos	Marke nicht relevant
bezieht sich auf	spezifische Marke oder Geschäftsketten, die normal eine weite Verbreitung über Länder hinweg hat/haben		internationale oder nationale Marken oder Geschäftsketten	Güter ohne eine Marke oder mit Marke, die für Verbraucher keine Bedeutung hat	Dienstleistungen und bestimmte Güter, zum Beispiel frische Lebensmittel
Markenwert	ja		ja	nein	nicht zutreffend
WaPrUmKo-Markensegment	Herstellermarke		Mehrwert-Handelsmarke	Preiseinstiegs-Handelsmarke	Marke nicht relevant

KKP – Kaufkraftparitäten.

WaPrUmKo – Forschungsvorhaben „Warenkorbbasierter Preis- und Umweltwirkungsvergleich von ökologischem und konventionellem Konsum“.

„Warenkorbbasierter Preis- und Umweltwirkungsvergleich von ökologischem und konventionellem Konsum“ (WaPrUmKo) als auch „Mehrwert-Handelsmarke“ zugeordnet. Dies entspricht der Methode der KKP-Erhebungen, die ausdrücklich auch solche Mehrwert-Handelsmarken in das KKP-Markensegment „bekannte Marke“ aufnehmen. (Eurostat, 2012) Dem KKP-Markensegment „markenlos“ wird das WaPrUmKo-Markensegment „Preiseinstiegs-Handelsmarke“ zugeordnet. Dies entspricht ebenfalls der Methodik der KKP-Erhebungen. (Eurostat, 2012) Das KKP-Markensegment „Marke nicht relevant“ wird ohne Anpassungen übernommen.

In sieben Fällen konnte im Bereich „markenlos“ für eine konventionelle Produktspezifikation kein entsprechendes ökologisches Produkt im selben Markensegment gefunden werden. Da unterstellt wird, dass der Bedarf nach diesen Gütern trotzdem vorhanden ist, wurde bei den betroffenen ökologischen Produktspezifikationen das nächsthöhere Markensegment, also „Mehrwert-Handelsmarken“, zugelassen.

3.4 Datenquellen der Preisbeobachtungen

Nachdem das ökologische Kriterium, der Warenkorb und die dazu gehörigen Produktspezifikationen festgelegt sind, können die jeweiligen Preisrepräsentanten erhoben werden. Diese werden auf drei unterschiedlichen Wegen gewonnen.

Quelle (1): Die Preiserhebungen zur Ermittlung der Kaufkraftparitäten

Der Anschluss an die KKP-Methodik bietet den großen Vorteil, dass die vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Preisbeobachtungen verwendet werden können. Diese wurden turnusgemäß im ersten Halbjahr 2012 erhoben und konnten vor Ort beim Statistischen Bundesamt ausgewertet und schließlich aggregiert und anonymisiert in Form von Durchschnittspreisen für den Preisvergleich eingesetzt werden.¹² Diese Durchschnittspreise werden für alle konventionellen Produktspezifikationen der Markensegmente „Hersteller-

marke“, „Mehrwert-Handelsmarke“ und „Marke nicht relevant“ verwendet.

Quelle (2): Die Datenbank des Projektpartners bioVista

Der Projektpartner bioVista betreibt seit 2003 ein Handelspanel, das auf den Scannerkassendaten von Bioläden, Bio-Supermärkten und Reformhäusern aus ganz Deutschland aufbaut und etwa 400 Einzelhändler umfasst. Die in der bioVista-Datenbank enthaltenen Produkte wurden mit den Produktspezifikationen abgeglichen und die passenden Produkte der jeweiligen Produktspezifikation zugeordnet. In einer Datenbankabfrage wurden dann von den zugeordneten Produkten der Absatz (der der Anzahl der Preisbeobachtungen entspricht), der Umsatz, der Durchschnittspreis und der Variationskoeffizient des Durchschnittspreises für das Jahr 2012 ausgewertet.¹³ Mit dem Variationskoeffizienten wurde die Datenqualität kontrolliert. Dazu wurden Produkte mit einem Variationskoeffizienten von über 20% überprüft und gegebenenfalls ausgeschlossen. Als Obergrenze wurde ein Variationskoeffizient von 40% gesetzt.¹⁴ Gründe für moderat hohe Variationskoeffizienten können beispielsweise Sonderangebote oder starke Preisveränderungen über das Jahr hinweg sein. Bei Variationskoeffizienten von mehr als 40% ist hingegen von fehlerhaften Eingaben auszugehen. Diese so validierten Durchschnittspreise werden für alle ökologischen Produktspezifikationen der Markensegmente „Herstellermarke“, „Mehrwert-Handelsmarke“ und „Marke nicht relevant“ verwendet. Es kann zwar davon ausgegangen werden, dass die zur Berechnung des Preisvergleichs aus der bioVista-Datenbank entnommenen Lebensmittel mindestens das EU-Bio-Logo tragen. Eine differenziertere Auswertung nach Siegeln ist allerdings nicht möglich, da in der bioVista-Datenbank der Siegeltyp nicht erfasst wird.

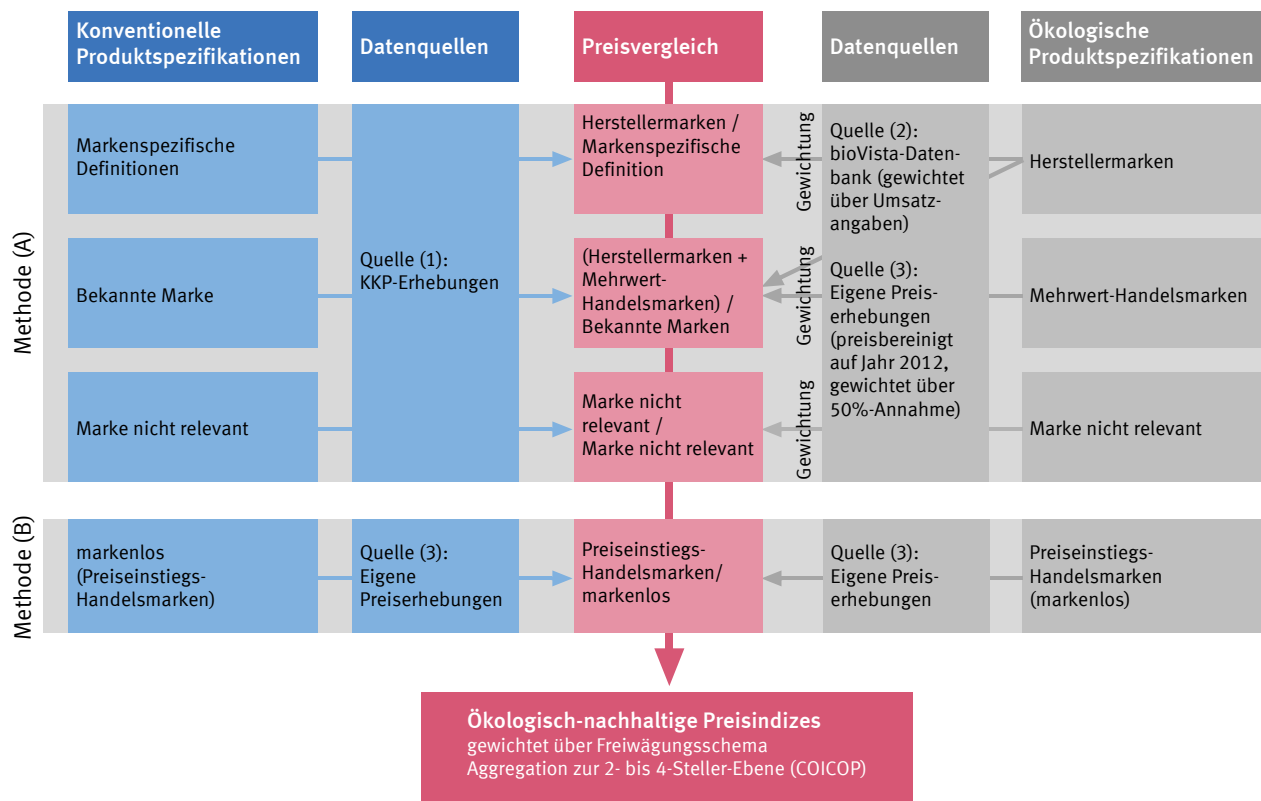
12 Ein Dank für die Unterstützung gilt im Statistischen Bundesamt speziell Herrn Daniel Seeger, Herrn Florian Burg und Herrn Olaf Bayer.

13 Dabei lag beispielsweise der maximale Absatz eines Produkts bei 245 255 Einheiten.

14 Diese Methode ist angelehnt an die Methode der Kaufkraftparitäten (Eurostat/OECD, 2012, hier: Seite 119).

Grafik 2

Übersicht der Methoden zur Berechnung des ökologischen Preisvergleichs im Bereich "Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren"



2015 - 01 - 0039

Quelle (3): Eigene Preiserhebungen (vor Ort/im Internet)

Neben der Berücksichtigung dieser beiden Sekundärquellen wurden eigene Preiserhebungen durchgeführt, für die sowohl vor Ort als auch im Internet Preise beobachtet wurden. Die wichtigsten Einzelhandelsketten sollten so abgedeckt werden. Die Preisbeobachtungen werden für alle ökologischen Produktspezifikationen („Herstellermarke“, „Mehrwert-Handelsmarke“, „Marke nicht relevant“, „markenlos“) verwendet. Im Marken-segment „markenlos“ beziehungsweise „Preiseinstiegs-Handelsmarken“ wurden außerdem auch für die konventionellen Produktspezifikationen Preise erhoben, weil in diesem Bereich 36 Produktspezifikationen neu geschaffen wurden, für die entsprechend keine Preisbeobachtungen aus den KKP-Erhebungen vorlagen. Dies war möglich, da die Produkt- und Händlervielfalt in diesem Bereich überschaubar ist und die beobachteten Preisabweichungen sehr gering sind. Aus Konsistenzgründen

wurden auch für die restlichen 23 Produktspezifikationen des Bereichs „Preiseinstiegs-Handelsmarke“ die Preise selbst erhoben.

3.5 Berechnung der Durchschnittspreise der Produktspezifikationen

Die verschiedenen Datenquellen erforderten die Entwicklung von zwei unterschiedlichen Methoden zur Berechnung der Durchschnittspreise. [↪ Grafik 2](#)

Methode (A): Die Markensegmente „markenspezifische Definitionen“, „bekannte Marke“, „Marke nicht relevant“

Für die Markensegmente „markenspezifische Definitionen“, „bekannte Marke“ und „Marke nicht relevant“ werden auf Seite der konventionellen Produktspezifi-

kationen die Durchschnittspreise der KKP-Erhebungen unverändert verwendet.

Für die ökologischen Produktspezifikationen und die entsprechenden Markensegmente werden die validierten Durchschnittspreise der zugeordneten Produkte aus der bioVista-Datenbank herangezogen. In die Berechnung des Durchschnittspreises der Produktspezifikationen gehen diese mit ihrem jeweiligen Umsatz gewichtet ein. Die Märkte der Alnatura Produktions- und Handels GmbH sind nicht Teil des Handelspanels von bioVista. Da Alnatura jedoch einen relativ großen Marktanteil im Bereich des Biowarenfachhandels besitzt, wurden die Preise für Alnatura-Produkte selbst erhoben. Allerdings liegen für die eigenen Preiserhebungen keine Umsatzangaben vor. Es wird deswegen die Annahme gesetzt, dass der Umsatz der Alnatura-Produkte dem des meistverkauften Produkts der jeweiligen Produktspezifikation der bioVista-Datenbank entspricht. Die Produkte aus der bioVista-Datenbank und die Alnatura-Produkte bilden zusammen das Handelssegment „Bio- und Reformwarenfachhandel“. Dieses geht mit 50 % in den ökologischen Durchschnittspreis ein. Das zweite Handelssegment bilden die „Lebensmitteleinzelhändler (ohne Discounter)“. Diese gehen ebenfalls mit 50 % mit ein. Die unterstellten Annahmen wurden externen Fachleuten vorgestellt und von diesen als realistisch bewertet. Zur Validierung der Daten wird, entsprechend der bei den bioVista-Preisbeobachtungen angewendeten Methodik, der Variationskoeffizient berechnet und ab einem Wert von 20 % eine Überprüfung durchgeführt und als Obergrenze ein Variationskoeffizient von 40 % gesetzt.

Methode (B): Das Markensegment „markenlos“

Wie bereits erwähnt, wurden in diesem Markensegment sowohl die Preise der ökologischen Produktspezifikationen als auch ihrer konventionellen Pendanten selbst erhoben. Im Gegensatz zu den bioVista-Daten liegen hier keine Umsatzzahlen vor, die zur Gewichtung der einzelnen Preisbeobachtungen im Zuge der Berechnung des Durchschnittspreises hätten verwendet werden können. Deswegen gehen alle Preisbeobachtungen gleichgewichtet in den Preisvergleich mit ein. Die Validierung der Daten wird entsprechend der Methode (A) über den Variationskoeffizienten vorgenommen.

3.6 Berechnung der Preismesszahlen

Nach den genannten Methoden und Datenquellen wurden für jede Produktspezifikation ein konventioneller und ein ökologischer Durchschnittspreis berechnet. Aus diesen werden die sogenannten Preismesszahlen berechnet, indem der Durchschnittspreis der ökologischen Produktspezifikation auf den Durchschnittspreis der jeweiligen konventionellen Produktspezifikation basiert wird. Die Preismesszahlen werden nach folgender Formel berechnet:

$$PMZ_i = DP\text{-}öko_i / DP\text{-}konv_i * 100, \text{ wobei}$$

i = jeweilige Produktspezifikation ($i = 1, 2, \dots, 241$)

PMZ_i = Preismesszahl

$DP\text{-}öko$ = ökologisch-nachhaltiger Durchschnittspreis

$DP\text{-}konv$ = konventioneller Durchschnittspreis

3.7 Gewichtung zu Preisindizes

Durch die bislang durchgeführten Berechnungen liegen 241 Preismesszahlen im Lebensmittelbereich vor, die jeweils das Preisverhältnis ökologischer Produktspezifikationen zu ihren konventionellen Pendanten angeben. Die Produktspezifikationen stehen stellvertretend für bestimmte Güterarten. Um Preisindizes auf verschiedenen Konsumebenen berechnen zu können, werden Gewichte benötigt, die angeben, welchen Ausgabenanteil die Güterarten an den gesamten Konsumausgaben ausmachen. Für diese wird auf das VPI-Feinwägungsschema auf COICOP-10-Steller-Ebene zurückgegriffen. Im Bereich „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (COICOP 01) wird zwischen 149 Güterarten unterschieden, im Bereich „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (COICOP 02) zwischen 13 Güterarten. Um das Feinwägungsschema einsetzen zu können, werden die Produktspezifikationen den Güterarten des Feinwägungsschemas zugeordnet. Dabei tritt sowohl der Fall auf, dass mehrere Produktspezifikationen einer Güterart zugeordnet sind, als auch der Fall, dass einer Güterart keine Produktspezifikation zugeordnet werden kann. Im ersten Fall (72 Fälle) wird das Gewicht der Güterart durch die Anzahl der zugeordneten Produktspezifikationen geteilt und jeder Produktspezifikation das daraus entstehende Gewicht zugeordnet. Im zweiten Fall wird das Gewicht der nicht besetzten Güterarten (46

Fälle) entsprechend der Gewichtsanteile der abgedeckten Güterarten auf diese hinzugerechnet. Dazu werden Abdeckungsgrade auf 4-Steller-Ebene berechnet und mit diesen die Gewichte der abgedeckten Güterarten auf 100% skaliert. Dies gewährleistet, dass alle Ausgabenanteile enthalten sind, unterstellt aber, dass die Preisunterschiede der nicht abgedeckten Güterarten den durchschnittlichen Preisunterschieden der abgedeckten Güterarten der jeweiligen 4-Steller-Ebene entsprechen. Durch die so aus dem Feinwägungsschema zugeordneten und berechneten Gewichte ist es möglich, ökologische Preisindizes auf Ebene der 2- bis 4-Steller der COICOP zu berechnen.

3.8 Methodische Einschränkungen

Bevor die Ergebnisse präsentiert werden, sind zu deren Einordnung einige einschränkende Anmerkungen notwendig. So weicht der dargestellte Preisvergleich in einigen Punkten von der Praxis bei den Preiserhebungen der Kaufkraftparitäten ab. Beispielsweise sind Sonderangebote in den bioVista-Daten enthalten, während diese bei den KKP-Erhebungen ausgeschlossen sind. Darüber hinaus wurden die Erhebungen zu verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt, sodass der hier dargestellte Preisvergleich auf einer Kombination von Daten aus den Jahren 2012 und 2014 beruht. Soweit Preise aus beiden Jahren innerhalb einer Produktspezifikation miteinander verglichen wurden, wurde deren Niveau über den Verbraucherpreisindex auf das Jahr 2012 preisbereinigt. Eine Bereinigung der konventionellen Preisbeobachtungen mittels Verbraucherpreisindex auf das Jahr 2014 wäre hier zwar die zu präferierende Variante, war jedoch aufgrund unterschiedlicher Erhebungszeitpunkte der ökologischen Produkte nicht möglich. Die Unterschiede bei der Markendifferenzierung zwischen den KKP- und den eigenen Erhebungen kann außerdem unterschiedliche Anteile der Hersteller-Marken und Mehrwert-Handelsmarken innerhalb des Markensegments „bekannte Marke“ zur Folge haben und insofern zu unterschiedlichen durchschnittlichen Markenwerten führen. Die fehlende Spezifizierung der bioVista-Daten bezüglich der Nachhaltigkeitssiegel führte zudem dazu, dass eine Differenzierung des Preisvergleichs nach verschiedenen Siegeln bei dieser Erhebung nicht möglich war. Teilweise wurden zudem Anpassungen der Produktspezifikationen vorgenommen, um mögliche Alter-

nativen in den Preisvergleich einbinden zu können. So wurden beispielsweise in einigen Fällen die zulässigen Verpackungsgrößen erweitert. Für die Produktspezifikationen des Markensegments „markenlos“ muss außerdem darauf hingewiesen werden, dass aufgrund des Forschungscharakters und der in begrenztem Umfang zur Verfügung stehenden Ressourcen die Anzahl der Preisbeobachtungen mit durchschnittlich drei bis vier als eher gering bezeichnet werden muss. Aufgrund der in diesem Bereich bei den Preiseinstiegs-Marken zu attestierenden deutschlandweit sehr homogenen Preisgestaltung, die meist von den Preisführern Aldi und Lidl vorgegeben wird, wird der daraus möglicherweise entstehende Fehler jedoch als eher gering eingeschätzt. Unterstützt wird diese Vermutung durch den sehr geringen durchschnittlichen Variationskoeffizient im Bereich „markenlos“: Dieser liegt sowohl bei den ökologischen als auch bei den konventionellen Produktspezifikationen bei 3%.

3.9 Ergebnisse

Nach der Vorstellung der Methodik sowie der Benennung einiger einschränkender Faktoren werden nun die Ergebnisse des Preisvergleichs zwischen konventionellen und ökologischen Produkten präsentiert. Diese sind in Tabelle 1 auf COICOP-Ebene der 4-Steller dargestellt. Die Gütergruppen dieser Ebene werden auch als Klassen bezeichnet. Sie werden jeweils auf die Markensegmente aufgeteilt (Spalten 2 bis 9) und über alle Markensegmente aggregiert (Spalten 10 und 11). Für jedes Segment sind die Anzahl der verglichenen Preismesszahlen und der Preisindex, also der über das Feinwägungsschema gewichtete Durchschnitt der Preismesszahlen der enthaltenen Produktspezifikationen, aufgeführt. Der aus dem Feinwägungsschema 2010 entnommene Anteil der jeweiligen 4-Steller an den in Deutschland getätigten Konsumausgaben ist in Spalte 1 ausgewiesen. Zunächst wird auf die Preisunterschiede über alle Markensegmente eingegangen, bevor die Unterschiede zwischen diesen beleuchtet werden. [↘ Tabelle 1](#)

In der Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ ergibt die gewichtete Mittelung der Preismesszahlen der 224 für diese Abteilung definierten Produktspezifikationen einen Preisindex von 183. Wenn demnach statt der konventionellen Produkte die ökolo-

Ist ökologischer Konsum teurer?

Tabelle 1

Ergebnisse des Preisvergleichs im Bereich „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“

	Gewicht	Markensegment								Insgesamt	
		spezifische Marke		bekannte Marke		markenlos		nicht relevant			
	%	Anzahl	Preis-index	Anzahl	Preis-index	Anzahl	Preis-index	Anzahl	Preis-index	Anzahl	Preis-index
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
CC01-02 Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	140,3	26	138	98	153	59	248	58	179	241	170
CC01 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,7	16	145	91	158	59	248	58	179	224	183
CC0111 Brot und Getreideerzeugnisse	17,4	3	126	16	141	7	282	6	158	32	162
CC0112 Fleisch und Fleischwaren	20,8	–	–	5	156	4	218	20	194	29	187
CC0113 Fisch und Fischwaren	3,7	–	–	7	163	3	480	4	135	14	226
CC0114 Molkereiprodukte und Eier	14,3	2	103	19	128	15	175	2	183	38	146
CC0115 Speisefette und Speiseöle	2,6	–	–	4	143	4	206	0	–	8	175
CC0116 Obst	8,8	–	–	4	143	2	278	9	161	15	160
CC0117 Gemüse	11,3	2	127	6	138	10	242	16	191	34	190
CC0118 Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren	7,5	5	211	10	255	4	267	0	–	19	245
CC0119 Nahrungsmittel, a.n.g.	4,3	2	136	8	146	5	258	1	228	16	185
CC0121 Kaffee, Tee und Kakao	3,9	–	–	5	125	2	165	0	–	7	140
CC0122 Mineralwasser, Limonaden und Säfte	8,3	2	224	7	227	3	278	0	–	12	236
CC02 Alkoholisches Getränke und Tabakwaren	37,6	10	125	7	138	–	–	–	–	17	134
CC0211 Spirituosen	2,0	7	202	1	201	–	–	–	–	8	201
CC0212 Wein	5,9	–	–	3	151	–	–	–	–	3	151
CC0213 Bier	8,7	1	141	1	177	–	–	–	–	2	159
CC0220 Tabakwaren	21,0	2	111	2	112	–	–	–	–	4	111

COICOP-Codes und -Bezeichnungen.

gischeren Alternativen gekauft würden, läge der Preiszuschlag dafür bei 83%. Der größte Preisunterschied mit einem Preisindex von 245 liegt bei der Klasse „Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren“ (COICOP 0118) vor, der kleinste Preisunterschied (40%) bei der Klasse „Kaffee, Tee und Kakao“ (COICOP 0121). In der Abteilung „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ liegt der durchschnittliche Preisindex bei 134 und damit etwa 50 Punkte unter dem Preisindex der Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“. Der größte Unterschied ist in der Klasse „Spirituosen“ mit einem Preisindex von 201 festzustellen, der kleinste mit 111 in der Klasse „Tabakwaren“. Für beide Abteilungen zusammen, also den Bereich „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“, ergibt sich ein Preisindex von 170.

Betrachtet man die Preisvergleiche differenziert nach den Markensegmenten, zeigt sich ein interessanter Trend: Der Preisunterschied zwischen ökologischen

und konventionellen Produkten steigt mit fallendem Markenwert an. So steigt der Preisindex des Bereichs „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ von 138 im Markensegment „spezifische Marke“ (Spalte 3) auf 153 im Markensegment „bekannte Marke“ (Spalte 5) und schließlich auf 248 im Markensegment „markenlos“ (Spalte 7). Für das Markensegment „spezifische Marke“ muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Zahl der Produktbeschreibungen in diesem Segment mit insgesamt 26 relativ gering ist. Dies begrenzt die Aussagekraft der Ergebnisse für dieses Segment. Die Ergebnisse der Segmente „bekannte Marke“ und „markenlos“ beruhen auf deutlich mehr Produktspezifikationen und können deswegen als robuster angesehen werden. Ein Teil des Unterschieds zwischen diesen beiden Segmenten erklärt sich dadurch, dass für sieben Produktspezifikationen des Markensegments „markenlos“ keine ökologischen „markenlosen“ Produkte gefunden werden konnten und diesen deswegen ökologische Pro-

dukte des nächsthöheren Markensegments „Mehrwert-Handelsmarke“ zugeordnet wurden. Außerdem beruht der über den Markenwert fallende Preisunterschied auf der zu beobachtenden Tendenz, dass der Aufpreis für die Bio-Qualität nicht prozentual auf den Preis des konventionellen Produktes zugeschlagen wird, sondern dass dieser bis zu einem gewissen Grad einem festen Aufpreis, der natürlich je nach Produkt variiert, gleicht. Da der konventionelle „Grundpreis“ über die Markensegmente steigt, macht der Bio-Aufschlag mit steigendem Markensegment einen immer geringeren prozentualen Anteil aus.

Am gesamten privaten Konsum hat der Bereich „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ (COICOP 01-02) einen Anteil von etwa 14 %. Ein Umstieg von zunächst rein konventionellen Produkten auf ökologische Produkte im Bereich „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ führt auf den gesamten privaten Konsum bezogen zu Mehrkosten in Höhe von 10%. Der allein für diesen Bereich ökologische, sonst aber noch konventionelle, Preisindex liegt also bei 110. Betrachtet man den Preisindex nach Einkommensklassen, so liegt er im „ärmsten“ Nettoäquivalenzeinkommensdezil aufgrund des deutlich höheren Ausgabenanteils von 20,4 % bei 114, im „reichsten“ Nettoäquivalenzeinkommensdezil hingegen aufgrund des geringeren Ausgabenanteils von 10,4 % bei nur 107. (Held, 2014)

Die bislang präsentierten Preisunterschiede beruhen jedoch auf der Annahme, dass keine Verhaltensänderungen vorgenommen werden. Neben einer Änderung der Konsumstruktur stellt beispielsweise auch das Wechseln des Markensegments eine solche Änderung dar. Welche Auswirkungen dies haben kann, zeigt die Tabelle 2. Dort sind die Ergebnisse eines Preisvergleichs abgetragen, bei dem die Preise der konventionellen Produkte der Markensegmente „spezifische Marke“ und „bekannte Marke“ statt mit ihren ökologischen Pendanten des gleichen Markensegments nun jeweils mit denen des Markensegments „markenlos“ verglichen werden. Für 44 Produktspezifikationen konnte dieser Vergleich durchgeführt werden. Im Ergebnis liegt der Preisindex der Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ für diese Produktbeschreibungen bei 105. Das heißt: Wurden zuvor ausschließlich konventionelle Produkte der Markensegmente „spezifische Marke“ und „bekannte Marke“ gekauft und werden diese durch ökologische Produkte des Markensegments

Tabelle 2

Preisvergleich zwischen „spezifische/bekannte Marke“ und „markenlos“

	Anzahl	Preisindex
CC01 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	44	105
CC0111 Brot und Getreideerzeugnisse	6	88
CC0112 Fleisch und Fleischwaren	1	86
CC0113 Fisch und Fischwaren	2	179
CC0114 Molkereiprodukte und Eier	13	106
CC0115 Speisefette und Speiseöle	4	115
CC0116 Obst	1	172
CC0117 Gemüse	4	95
CC0118 Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren	4	108
CC0119 Nahrungsmittel, a. n. g.	5	113
CC0121 Kaffee, Tee und Kakao	1	74

„markenlos“ ersetzt, so verursacht dies Mehrausgaben in Höhe von 5%. [↪ Tabelle 2](#)

4


Fazit

Der strukturierte Preisvergleich im Bereich „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ zwischen konventionellen Produkten und ihren ökologisch nachhaltigen Alternativen zeigt ein heterogenes Bild. Bei einem unveränderten Konsumverhalten sind die Alternativen des nachhaltigen Konsums mit wesentlich höheren Kosten verbunden. Der Verzicht auf die Markenfixierung ist jedoch mit deutlich geringeren Preisaufschlägen verbunden. Bei einem Umstieg von konventionellen Markenprodukten auf markenlose Produktalternativen beziehungsweise Preiseinstiegs-Handelsmarken liegt der Preisaufschlag des nachhaltigeren Warenkorbs beispielsweise mit 5% sogar unter der Mehrpreisbereitschaft der Konsumenten, die bei Ökoprodukten im Durchschnitt aller Gütergruppen und Konsumenten zwischen 10% und 20% liegt. (Bodenstein/Spiller, 2001; Hamzaoui-Essoussi/Zahaf, 2012; McGoldrick/Freestone, 2008) Werden allerdings jeweils gleichwertige Markensegmente miteinander verglichen, so liegt der berechnete Preisaufschlag mit durchschnittlich 70% deutlich über der Schwelle von 45%. Diese Schwelle wird von der Mehrheit der Konsumenten als maximaler Preisaufschlag angesehen, der gerade noch akzeptiert

Ist ökologischer Konsum teurer?

wird. (Plassmann/Hamm, 2009) Höhere Preisauflschläge werden nur noch von einer sehr kleinen Gruppe von Konsumenten akzeptiert. Bei einer starren Konsumstruktur, also beim Ausschluss von Verhaltensänderungen, muss die Mehrpreishypothese für den Bereich „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ also angenommen werden. Die höheren Kosten stellen ohne Änderungen im Konsummuster eine Barriere für einen flächendeckenden Umstieg auf eine nachhaltigere Konsumweise dar, da sie außerhalb der Zahlungsbereitschaft der meisten Konsumenten liegen.

Ob die Mehrpreishypothese auch bei der Berücksichtigung von Verhaltensänderungen gilt, müssen künftige Untersuchungen zeigen. Welchen Einfluss solche Verhaltensänderungen haben, zeigt sich beispielsweise bei der Abschwächung der Markenfixierung. Diese vergleichsweise geringfügige Verhaltensänderung ist nicht mit einer tatsächlichen Änderung der Konsumstruktur oder einem absoluten Konsumverzicht verbunden und hat trotzdem, wie gezeigt, starke Auswirkungen bezüglich der Mehrkosten für ökologisch-nachhaltigere Produkte. Letztlich ist jedoch zur Beurteilung der Frage, ob nachhaltiger Konsum teurer ist als konventioneller, vor allem die Betrachtung unterschiedlicher Konsummuster nötig. Denn die Lebenshaltungskosten sind sehr stark vom gelebten Konsumstil abhängig. Hier würde eine Änderung oder Reduzierung von kosten- und umweltverbrauchsintensiven Verhaltensweisen, zum Beispiel weniger Fleisch konsumieren, mitunter große Spielräume für Preisauflschläge von nachhaltigen Produktalternativen ergeben.

Inwieweit tatsächlich negative Umweltauswirkungen durch die dargestellte Änderung der Konsumauswahl vermieden werden, soll hier nicht quantifiziert werden und muss in einer umfassenden Betrachtung in der weiteren Forschungsarbeit behandelt werden. Um den kompletten Warenkorb des Durchschnittskonsumenten darstellen zu können, sollten zudem weitere Konsumbereiche betrachtet werden. Für die Konsumbereiche „Wohnen und Haushalt“, „Tourismus und Reisen“, „Finanzdienstleistungen“, „Verkehr und Mobilität“ und „Textilien und Bekleidung“ müssten dann entsprechende Qualitätskriterien ausgewählt und Preisrepräsentanten erhoben werden. 

LITERATURVERZEICHNIS

Bechtold, Sabine/Linz, Stefan. *Schritte zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit des Verbraucherpreisindex*. In: *Wirtschaft und Statistik* 8/2005, Seite 853 ff.

Bodenstein, Gerhard/Spiller, Achim. *Preispolitik des deutschen Lebensmitteleinzelhandels und Preisbereitschaft der Konsumenten bei ökologischen Lebensmitteln*. In: Schradler, Ulf/Hansen, Ursula (Herausgeber). *Nachhaltiger Konsum. Forschung und Praxis im Dialog*. Frankfurt am Main 2001, Seite 189 ff.

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (Herausgeber). *Zahlen, Daten, Fakten: Die Bio-Branche 2014*. Berlin 2014.

Burg, Florian. *Zur Berechnung von Kaufkraftparitäten*. In: *Wirtschaft und Statistik* 8/2011, Seite 793 ff.

Dr. Grieger & Cie. Marktforschung. *Gütesiegel in Deutschland: Repräsentative Bevölkerungsbefragung zu Bekanntheit, Relevanz und Vertrauen bei Gütesiegeln, unter Spezialbetrachtung von Servicesiegeln*. Hamburg 2013, Seite 13.

European Environment Agency (Herausgeber). *Consumption and the environment – 2012 Update*. Kopenhagen 2012, Seite 15.

Eurostat. *European Comparison Programme: Consumer price survey E12-1 "Food, drinks and tobacco", Specific Survey Guidelines, final version*. Luxemburg 2012, Seite 21 ff.

Eurostat/OECD (Herausgeber). *Eurostat-OECD methodological manual on purchasing power parities*. 2012 edition. Luxemburg 2012, Seite 105.

Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). *Discount goes luxury – Trading up dank „Mehrwert“*. *Consumer Index* 09/2013.

Hamm, Ulrich/Aschemann, Jessica/Riefer, Angelika. *Sind die hohen Preise für Öko-Lebensmittel wirklich das zentrale Problem für den Absatz?* In: *Berichte über Landwirtschaft*, Band 85(2), Stuttgart 2007, Seite 252 ff.

Hamm, Ulrich/Platzmann, Sabine. *Einkaufsentscheidungen für Öko-Lebensmittel: Die Bedeutung des Preises wird überschätzt*. In: *Biopress*, 2010 (64), Seite 32 ff.

Hamzaoui-Essoussi, Leila/Zahaf, Mehdi. *Canadian Organic Food Consumers' Profile and Their Willingness to Pay Premium Prices*. In: *Journal of International Food & Agribusiness Marketing*, 24(1): Seite 1 ff.

Held, Benjamin. *Sind ärmere Haushalte stärker von Inflation betroffen? Eine äquivalenzeinkommensspezifische Analyse*. In: *Wirtschaft und Statistik* 11/2014, Seite 680 ff.

McGoldrick, Peter J./Freestone, Oliver M. *Ethical product premiums: antecedents and extent of consumers' willingness to pay*. In: *International Review of Retail, Distribution and Consumer Research*, 18(2), 2008, Seite 185 ff.

LITERATURVERZEICHNIS

Plaßmann, Sabine/Hamm, Ulrich. *Kaufbarriere Preis? – Analyse von Zahlungsbereitschaft und Kaufverhalten bei Öko-Lebensmitteln*. Witzhausen 2009.

Rat für Nachhaltige Entwicklung (Herausgeber). *Der Nachhaltige Warenkorb: Einfach besser einkaufen. Ein Ratgeber*. 4. Auflage, Berlin 2013.

Schader, Christian/Petrasek, Richard/Lindenthal, Thomas/Weissshaidinger, Rainer/Müller, Werner/Müller, Adrian/Niggli, Urs/Stolze, Matthias. *Volkswirtschaftlicher Nutzen der Bio-Landwirtschaft für Österreich. Beitrag der biologischen Landwirtschaft zur Reduktion der externen Kosten der Landwirtschaft Österreichs*. FiBL Schweiz. Wien 2013, Seite 15 ff.

TNS Infratest (Herausgeber). *Health & Nutrition Insights – Ernährungsgewohnheiten in sieben europäischen Ländern: Konsum von Bioprodukten*. 2011 [Zugriff am 20. Januar 2015]. Verfügbar unter: www.tns-infratest.com



Thomas Weber

ist studierter Wirtschaftsmathematiker und arbeitet seit 2013 im Referat „Arbeitskostenerhebung und Verdienststrukturerhebung“ des Statistischen Bundesamtes.

Sein Schwerpunkt liegt in der Betreuung der betrieblichen Altersversorgung im Rahmen der Arbeitskostenerhebung.



Martin Beck

ist Diplom-Ökonom und leitet seit 2007 im Statistischen Bundesamt die auch für die Verdienststatistiken zuständige Gruppe. Er befasst sich derzeit unter anderem damit, die Verdienststrukturerhebung als Datengrundlage für Analysen rund um die Themen Gender Pay Gap und Mindestlohn weiterzuentwickeln.

ENTGELTUMWANDLUNG IN DEUTSCHLAND

Eine Analyse auf Basis der
Verdienststrukturerhebung 2010

Thomas Weber, Martin Beck

↘ **Schlüsselwörter:** Verdienststrukturerhebung – Entgeltumwandlung – Regressionsanalyse – logistische Regression – verallgemeinertes lineares Modell

ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Artikel gibt einen umfassenden Überblick über die Verbreitung der Entgeltumwandlung in Deutschland. Nach einer Beschreibung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und einer deskriptiven Analyse der auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010 gewonnenen Ergebnisse werden im abschließenden Teil die für die individuelle Entgeltumwandlung maßgeblichen Einflussfaktoren mithilfe von mathematischen Regressionsmodellen untersucht. Es zeigt sich, dass die Wahl des Arbeitgebers und die Höhe des Verdienstes die entscheidenden Faktoren für die Teilnahme an der Entgeltumwandlung sind. Nachgewiesen werden kann ein positiver Effekt auf die Teilnahmebereitschaft und Höhe des umgewandelten Entgelts, wenn sich der Arbeitgeber über einen Zuschuss zum Umwandlungsbetrag an der Entgeltumwandlung beteiligt.

↘ **Keywords:** *structure of earnings survey – deferred compensation – regression analysis – logistic regression – generalised linear model*

ABSTRACT

This article gives a comprehensive overview of participation in deferred compensation schemes in Germany. After a description of the legal framework and a descriptive analysis of the results obtained on the basis of the 2010 structure of earnings survey the article examines factors which significantly influence individual participation in deferred compensation plans, using mathematical regression models. It turns out that both the choice of the employer and the earnings of employees are the decisive factors for participation in deferred compensation plans. However, it is shown that employers' contributions to the amounts converted in the context of deferred compensation plans have a positive effect on employees' willingness to participate and the level of converted earnings.

Einleitung¹

Im Rahmen der Rentenreform wurde 2001 das Altersvermögensgesetz (AVmG) verabschiedet, dessen Ziel es war, den Aufbau einer privaten, kapitalgedeckten Altersversorgung, insbesondere für Gering- und Niedrigverdiener zu ermöglichen. Durch den gesetzlichen Anspruch auf Entgeltumwandlung sollte die betriebliche Altersversorgung gestärkt werden, die laut Gesetzgeber „... besonders geeignet ist, die verschiedenen Lebensrisiken ergänzend abzusichern und damit für ein lebensstandardsicherndes Einkommen im Alter zu sorgen. Sie entspricht vielfach dem Leistungsspektrum der Rentenversicherung und ist häufig sicherer und effektiver als eine private Vorsorge“¹².

Dieser Artikel gibt einen umfassenden Überblick über die Verbreitung der Entgeltumwandlung in Deutschland. Neben der Beschreibung der gesetzlichen Rahmenbedingungen werden die auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010 gewonnenen Ergebnisse dargestellt. Im abschließenden Teil werden die für die Entgeltumwandlung maßgeblichen Einflussfaktoren mithilfe von Regressionsmodellen untersucht.

1

Grundlagen der betrieblichen Altersversorgung

1.1 Betriebliche Altersversorgung im politischen Kontext

Die Altersversorgung in Deutschland hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte, einhergehend mit einem stetigen Absenken des gesetzlichen Rentenniveaus, zu einem

- 1 Dieser Beitrag ist in der Verbandszeitschrift „Betriebliche Altersversorgung“ der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. in der Ausgabe 7/2014, Seite 600 ff., erstmals erschienen. Die ursprüngliche Fassung wurde für die Veröffentlichung in WISTA redaktionell leicht überarbeitet. Wir danken der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.
- 2 Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG) vom 12. Januar 2001, Bundestagsdrucksache 14/5068, Stellungnahme des Bundesrates, I Nr. 10, Seite 10.

Drei-Schichten-System der Altersversorgung entwickelt. Schicht 1 umfasst die gesetzliche, knappschaftliche und berufsständische Rentenversicherung, die für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin den größten Teil der Altersversorgung ausmacht. Allerdings mussten aufgrund der steigenden Lebenserwartung und damit längerer Rentenbezugszeiten die relativen Höhen der Renten zum letzten Einkommen sukzessive abgesenkt werden. Konnten Neurentner/-innen im Jahr 1990 nach 45 Versicherungsjahren noch mit durchschnittlich 55 % ihres letzten Bruttoeinkommens rechnen, sind es für Neurentner/-innen im Jahr 2013 nur noch 48,8 %. (Deutsche Rentenversicherung, 2014, Seite 27) Weiterhin betrug die Rentensteigerung (Rentenwert) für Rentner/-innen im früheren Bundesgebiet in den letzten zehn Jahren durchschnittlich nur 0,9 %. (Deutsche Rentenversicherung, 2014, Seite 17)

Die zweite Schicht enthält mit Riesterreute, Rürup-Rente und betrieblicher Altersversorgung (bAV) alle staatlich geförderten, privatrechtlichen Verträge. Unter betrieblicher Altersversorgung versteht man dabei alle Leistungen, die ein Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer zur Absicherung von Ruhestand, Invalidität oder als Hinterbliebenenschutz zusagt. Dabei ist es unerheblich, ob während der Aktivphase des Arbeitnehmers ein tatsächlicher Geldabfluss (in eine Direktversicherung, Pensionskasse, Pensionsfonds, teilweise Unterstützungskasse) stattfindet oder das „Ansparen“ nur bilanziell beim Arbeitgeber erfolgt (Direktzusage, teilweise Unterstützungskasse).

Die dritte Schicht bezeichnet alle privat abgeschlossenen Verträge zur Altersversorgung ohne staatliche Förderung und umfasst neben klassischen Lebensversicherungen auch Wertpapierdepots, Geldkonten, Immobilienbesitz und Ähnliches.

Politisch wird die betriebliche Altersversorgung als wichtiger Bestandteil der Alterssicherung in Deutschland angesehen. Sowohl Regierung als auch Opposition bekräftigen deutlich, wie wichtig die betriebliche Altersversorgung als zweites Standbein der Alterssicherung sei. Kritiker sehen, insbesondere in der Entgeltumwandlung, eine Schwächung der gesetzlichen Rente zugunsten eines kostenintensiven und aufwendigen kapitalgedeckten Systems, von dem letztendlich hauptsächlich die Finanzbranche profitiert.

1.2 Entgeltumwandlung

Als Entgeltumwandlung wird der Verzicht auf einen Teil des Bruttoarbeitslohns zugunsten einer Altersversorgung bezeichnet. Oftmals können Arbeitnehmer Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen einschließen oder zugunsten einer höheren Altersrente auf diese verzichten. Ein Anspruch auf Entgeltumwandlung besteht nach § 1a Betriebsrentengesetz³ für jeden Arbeitnehmer in Höhe von bis zu 4% der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Wahl des Durchführungswegs, der ausführenden Gesellschaft und des Tarifs steht jedoch dem Arbeitgeber frei. Bietet der Arbeitgeber keine Durchführung über eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds an, kann der Arbeitnehmer den Abschluss einer Direktversicherung verlangen. Wie bei der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung haftet der Arbeitgeber für die erworbenen Ansprüche.

1.3 Staatliche Förderung

Entgeltumwandlung ermöglicht jedem Arbeitnehmer den Aufbau einer zusätzlichen betrieblichen Altersversorgung unabhängig davon, ob im Unternehmen bereits eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung besteht. In den Durchführungswegen Direktversicherung, Pensionskasse und Pensionsfonds ist das umgewandelte Bruttoentgelt bis zu einer Höhe von 4% der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung steuerfrei, vorausgesetzt, der Betrag von 4% wurde nicht bereits durch eine arbeitgeberfinanzierte Altersversorgung ausgeschöpft. Für Zusagen nach 2005 können jährlich weitere 1 800 Euro steuerfrei umgewandelt werden.

Unbegrenzte steuerfreie Umwandlung von Bruttoentgelt ist in den Durchführungswegen Direktzusage und Unterstützungskasse möglich. Daher wird Entgeltumwandlung für Führungskräfte und leitende Angestellte (hier oft als “Deferred Compensation” bezeichnet) meistens in diesen Durchführungswegen angeboten. Von den Sozialabgaben (Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung) ist der umgewandelte Beitrag, unabhängig vom Durchführungsweg, bis zu einer Höhe

³ Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz – BetrAVG) vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I Seite 3610), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Juni 2014 (BGBl. I Seite 787).

von 4% der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung befreit.

Die Versorgungsleistungen sind in der Rentenphase voll zu versteuern, mit einem für die meisten Arbeitnehmer niedrigeren Steuersatz im Vergleich zur Ansparphase. Weiterhin ist in der Regel der volle (!) Kranken- und Pflegeversicherungssatz auf die Leistungen zu entrichten. Zu beachten ist, dass es weiterhin zu einer (geringfügigen) Verminderung der gesetzlichen Rente kommt, da von den Beiträgen der Entgeltumwandlung kein Anteil in die Rentenversicherung fließt.

1.4 Förderung durch den Arbeitgeber

Enorm an Attraktivität gewinnt die Entgeltumwandlung, wenn sich der Arbeitgeber mit eigenen Beiträgen am Aufbau der Altersversorgung beteiligt. Auch der Arbeitgeber spart in der Ansparphase die Sozialabgaben auf den Umwandlungsbetrag des Arbeitnehmers, solange dessen Verdienst nicht die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt. Dies ist bei etwa 83% aller Verträge der Fall.⁴ Dennoch behalten vor allem kleine und mittelgroße Arbeitgeber die gesparten Beiträge oftmals stillschweigend ein. Je größer das Unternehmen, desto besser fällt in der Regel die Förderung seitens des Arbeitgebers aus, die von der Zuzahlung der gesparten Arbeitgeberbeiträge bis zur Verdopplung des Arbeitnehmerbeitrags reicht. Weiterhin erhalten größere Unternehmen oder tarifliche Versorgungswerke mit vielen Versicherten (beispielsweise die IG Metall) in der Regel über Gruppenverträge bessere Konditionen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vergleichbare Rentenversicherungen privat abschließen.

⁴ Nach Analyse der Daten der Verdienststrukturerhebung.

2

Verdienststrukturerhebung 2010 als statistische Basis zur Entgeltumwandlung

Zum Berichtsjahr 2010 wurde erstmals die Höhe des Umwandlungsbetrags in der Erhebung der Struktur der Arbeitsverdienste nach § 4 des Verdienststatistikgesetzes⁵ erfasst. Das Hauptaugenmerk der Verdienststrukturerhebung liegt auf den Zusammenhängen zwischen den Verdiensten und den individuellen Merkmalen der Beschäftigten (insbesondere Alter, Geschlecht, berufliche Qualifikation, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit). Das Verdienststatistikgesetz definiert als Erhebungsbereich der Verdienststrukturerhebung Beschäftigte von Betrieben aus den Wirtschaftsabschnitten B bis N und P bis S der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Für den öffentlichen Dienst existiert mit der jährlichen Personalstandstatistik eine umfangreiche Datenquelle, deren Merkmale sich gut zur Ableitung der Merkmale der Verdienststrukturerhebung eignen. Daher wurde entschieden, in den Gruppen 85.1 bis 85.4 des Abschnitts P „Erziehung und Unterricht“ auf eine Erhebung zu verzichten, den Abschnitt O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ ohne gesetzliche Verpflichtung zusätzlich abzudecken und in beiden Fällen Daten auf Basis der Personalstandstatistik zu generieren.

2.1 Die Stichprobe der Erhebung

Die Stichprobe von angestrebten 32 000 Betrieben und 1,6 Millionen Beschäftigten wurde über ein zweistufiges Auswahlverfahren realisiert, das in der ersten Stufe aus einer Betriebsauswahl und in der zweiten Stufe aus einer Beschäftigtenauswahl bestand. In die Auswahlgrundlage der ersten Stufe wurden alle Betriebe in den oben genannten Wirtschaftszweigen mit zehn und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einbezogen. Die Auswahlgrundlage wurde nach Bundesland, Wirtschaftszweig und Anzahl der Beschäftigten des Be-

triebs geschichtet. Durchschnittlich wurden 9,0% aller Betriebe befragt, wobei Betriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten zu 100% erfasst wurden. Die Auswahlgrundlage der zweiten Stufe umfasste alle Beschäftigten eines in der ersten Stufe ausgewählten Betriebs. Für jede Beschäftigtengrößenklasse der Betriebe wurde ein fester Auswahlsatz vorgegeben. In den Größenklassen bis 250 Beschäftigte waren sämtliche Mitarbeiter/-innen zu erfassen. Betriebe in den größeren Größenklassen mussten nur einen zufällig ausgewählten Teil ihrer Beschäftigten melden. Am Ende des zweistufigen Auswahlverfahrens lag eine Stichprobe von rund 1,6 Millionen Beschäftigten vor.

2.2 Hochrechnung

Die Stichprobenangaben wurden frei hochgerechnet. Für die Stichprobe der Erhebung ergibt sich der allgemeine Hochrechnungsfaktor aus dem Produkt der Faktoren der ersten und der zweiten Stufe. Der Faktor der ersten Stufe wurde ermittelt, indem je Schicht der Schichtumfang (Zahl der Betriebe in der Auswahlgrundlage) dividiert wurde durch den Stichprobenumfang (Zahl der Betriebe in der Stichprobe). Der zweite Faktor wurde berechnet, indem je Schicht die Zahl aller Beschäftigten durch die Zahl der ausgewählten Beschäftigten dividiert wurde.

Für die Grundgesamtheit, die Beschäftigten in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten, ergibt sich aus der Hochrechnung eine geschätzte Zahl von 24,2 Millionen Beschäftigten und 20,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Bundesagentur für Arbeit wies für den 30. Juni 2010 rund 22,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten der Abschnitte B bis T der WZ 2008 aus. (Bundesagentur für Arbeit, 2010) Für eine ausführliche Erläuterung des Unterschieds verweisen wir auf eine Auswertung des Statistischen Bundesamtes. (Günther, 2013)

2.3 Fragebogen und Feldarbeit

Die Merkmale der Verdienststrukturerhebung wurden durch eine schriftliche Befragung der ausgewählten Betriebe erhoben. Auskunftspflichtig waren dabei die Inhaber der in die Erhebung einbezogenen Betriebe sowie die mit deren Leitung Beauftragten. Die Erhe-

⁵ Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (Verdienststatistikgesetz – VerdStatG) vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I Seite 3291), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I Seite 1348).

bungsunterlagen bestanden aus einem Betriebsbogen, in dem Merkmale des Betriebs, und einem Arbeitnehmerbogen, in dem Angaben zu den Beschäftigten erfasst wurden. Hierzu zählte erstmals der „Jahresbeitrag zur Entgeltumwandlung“.

2.4 Ausgewerteter Datenbestand

Nicht alle erhobenen Datensätze der Verdienststrukturerhebung eignen sich für eine Analyse der Entgeltumwandlung. Einerseits liegen für jene Datensätze, die aus den Daten der Personalstandstatistik (Beschäftigte des Wirtschaftsabschnitts O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ und der Gruppen 85.1 bis 85.4 des Wirtschaftsabschnitts P „Erziehung und Unterricht“) abgeleitet wurden, keine Angaben über Entgeltumwandlung vor. Andererseits haben nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit zur Entgeltumwandlung. Arbeitsrechtlich steht die Entgeltumwandlung nur rentenversicherungspflichtigen Beschäftigten offen. Beamte und die meisten geringfügig Beschäftigten sind daher von der Entgeltumwandlung ausgeschlossen. Weiterhin ist bei Tarifbindung Entgeltumwandlung nur möglich, wenn der Tarifvertrag dies erlaubt. Nach vielen entsprechenden Tarifabschlüssen in den letzten Jahren ist aktuell jedoch kein gegenteiliger Tarifvertrag bekannt.

Da die Analyse neue Erkenntnisse über die Beweggründe und den Umfang der Entgeltumwandlung bringen soll, wurde entschieden, sie auf jene Beschäftigten einzuschränken, die rechtlich die Möglichkeit dazu haben. Daher wurden Beamte und nicht rentenversicherungspflichtige geringfügig Beschäftigte aus der Analyse ausgeschlossen. Ebenso wurden Auszubildende und Beschäftigte in Altersteilzeit nicht berücksichtigt; die Untersuchung konzentriert sich auf Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 64 Jahren. Für die Analyse verbleiben damit 1,33 Millionen Arbeitnehmer, von denen 291 500 im Jahr 2010 Entgelt umgewandelt haben.

3

Inanspruchnahme der Entgeltumwandlung

Der gesetzliche Anspruch auf Entgeltumwandlung besteht seit dem 1. Januar 2002. Nach Intention des Gesetzgebers sollte vor allem Mittel- und Niedrigverdienern der Aufbau einer zusätzlichen, kapitalgedeckten Altersversorgung ermöglicht werden. Dieses Vorhaben konnte allerdings nicht erreicht werden. [↘ Tabelle 1](#)

Speziell Beschäftigte mit niedrigem Bruttostundenverdienst (unter 10,36 Euro, dies entspricht zwei Drittel des Medianverdienstes und damit der Niedriglohnschwelle) beteiligen sich nur zu 6,2% an der Entgeltumwandlung. Während die Beteiligung bei mittleren Stundenverdiensten (zwei Drittel bis zum 1,5-Fachen des Medianverdienstes) mit 22,4% ziemlich exakt dem Durchschnitt (22,2%) entspricht, liegt sie bei Beschäftigten mit hohen

Tabelle 1.1

Beschäftigte mit Entgeltumwandlung im Jahr 2010

	Anteil der Beschäftigten mit Entgeltumwandlung an allen Beschäftigten
	%
Insgesamt	22,2
Bruttostundenverdienst im Oktober 2010	
niedrig (weniger als 10,36 Euro) ¹	6,2
mittel (von 10,36 Euro bis 23,31 Euro)	22,4
hoch (mehr als 23,31 Euro)	36,4
Frauen	20,2
Männer	23,6
Früheres Bundesgebiet und Berlin	23,1
Neue Länder ohne Berlin-Ost	16,7
Alter von ... bis ... Jahren	
15 – 24	10,6
25 – 34	18,1
35 – 44	24,4
45 – 54	25,5
55 – 64	22,0
ohne anerkannte Berufsausbildung	13,2
mit Berufsausbildung	22,6
mit Hochschulabschluss	29,7

Bezogen auf Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten der Wirtschaftsabschnitte B bis N, Q, R und S (WZ 2008), im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Auszubildende, Altersteilzeit, Beamtinnen/Beamte und nicht rentenversicherungspflichtige geringfügig Beschäftigte.

¹ Entspricht zwei Drittel des Medians des Bruttostundenverdienstes und damit der Niedriglohnschwelle.

Tabelle 1.2

Beschäftigte mit Entgeltumwandlung im Jahr 2010

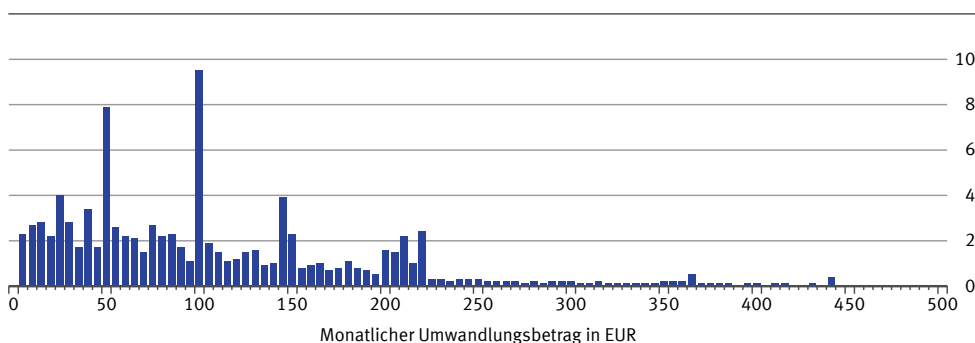
	Anteil der Beschäftigten mit Entgeltumwandlung an allen Beschäftigten	
	%	
Insgesamt	22,2	
nach ausgeübtem Beruf ¹		
Führungskräfte	37,2	
Akademische Berufe	26,1	
Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	28,4	
Bürokräfte und verwandte Berufe	25,5	
Dienstleistungsberufe und Verkäufer	14,6	
Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	14,8	
Handwerks- und verwandte Berufe	20,9	
Bediener von Anlagen und Maschinen und Montageberufe	18,9	
Hilfsarbeitskräfte	9,0	
Arbeitgeber mit . . . bis . . . Beschäftigten		
10 – 49	18,8	
50 – 249	19,5	
250 – 499	23,5	
500 – 999	26,4	
1 000 und mehr	26,6	
Arbeitgeber ist . . .		
tarifgebunden	26,2	
nicht tarifgebunden	18,6	

Bezogen auf Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten der Wirtschaftsabschnitte B bis N, Q, R und S (WZ 2008), im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Auszubildende, Altersteilzeit, Beamtinnen/Beamte und nicht rentenversicherungspflichtige geringfügig Beschäftigte.

1 Internationale Standardklassifikation der Berufe ISCO-08.

Stundenverdiensten überproportional hoch (36,4%). Allgemein steigen die Beteiligungsquoten, je höher Alter, Bildung und Anspruch der Tätigkeit sind. Männer (23,6%) nehmen etwas öfter an der Entgeltumwandlung teil als Frauen (20,2%). Einen wichtigen Einfluss auf die Teilnahmequoten haben die Größe des Betriebes und eventuelle Tarifbindungen. Weiterhin liegt die Beteiligungsquote im früheren Bundesgebiet und Berlin deutlich höher als in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost.

Grafik 1
Verteilung der Umwandlungsbeträge 2010 in %



2015 - 01 - 0040

4

Beschäftigte mit Entgeltumwandlung

4.1 Beitragshöhe und Anteil am Bruttojahresverdienst

Die umgewandelten Beiträge der Entgeltumwandlung sind bis zu einem Betrag von 4% der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung steuer- und sozialabgabenfrei (siehe Kapitel 1). Die monatlichen Umwandlungsbeträge verteilen sich dabei nicht gleichmäßig über den Bereich bis 4% der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung (2010: 220 Euro), sondern weisen deutliche Spitzen bei glatten Beträgen wie 50 Euro, 100 Euro, 150 Euro, 200 Euro und 220 Euro auf. Nur wenige Arbeitnehmer/-innen nehmen dabei den Maximalbetrag von 4% der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung (zuzüglich 1 800 Euro für Zusagen nach 2005) in Anspruch. Die Häufigkeit von glatten Umwandlungsbeträgen lässt darauf schließen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einmal getroffene Umwandlungsvereinbarungen nur selten verändern. Insbesondere passen sie ihre Umwandlungsbeträge nicht an den steigenden Verdienst und Vorsorgebedarf an.

➤ Grafik 1

Der durchschnittliche Umwandlungsbetrag beläuft sich auf 1 350 Euro jährlich, dies entspricht 2,9% des Bruttojahresverdienstes. Arbeitnehmer/-innen mit höheren Stundenlöhnen wandeln mehr Bruttoentgelt um, zum Anteil am Bruttojahresverdienst besteht

Tabelle 2.1
Beschäftigte mit Entgeltumwandlung im Jahr 2010

	Anteil der Entgeltumwandlung am Bruttojahresverdienst von Beschäftigten mit Entgeltumwandlung	Entgeltumwandlung je Beschäftigten mit Entgeltumwandlung
	%	EUR
Insgesamt	2,9	1 350
Bruttostundenverdienst im Oktober 2010		
niedrig (weniger als 10,36 Euro) ¹	4,1	700
mittel (von 10,36 Euro bis 23,31 Euro)	3,3	1 126
hoch (mehr als 23,31 Euro)	2,6	1 902
Frauen	3,4	1 171
Männer	2,8	1 457
Früheres Bundesgebiet und Berlin	2,9	1 389
Neue Länder ohne Berlin-Ost	2,8	1 004
Alter von ... bis ... Jahren		
15 – 24	3,1	855
25 – 34	3,0	1 150
35 – 44	2,8	1 344
45 – 54	2,9	1 447
55 – 64	3,1	1 479
ohne anerkannte Berufsausbildung	2,9	1 003
mit Berufsausbildung	3,1	1 268
mit Hochschulabschluss	2,6	1 914

Bezogen auf Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten der Wirtschaftsabschnitte B bis N, Q, R und S (WZ 2008), im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Auszubildende, Altersteilzeit, Beamtinnen/Beamte und nicht rentenversicherungspflichtige geringfügig Beschäftigte.

¹ Entspricht zwei Drittel des Medians des Bruttostundenverdienstes und damit der Niedriglohnschwelle.

jedoch ein leicht negativer Zusammenhang. Frauen wandeln dabei jährlich knapp 300 Euro weniger Entgelt um als Männer, müssen dafür aber 0,6% ihres Bruttojahresverdienstes mehr aufwenden. Der durchschnittliche Anteil am Bruttojahresverdienst ist für alle Altersgruppen nahezu identisch, während die Höhe des Umwandlungsbetrags mit zunehmendem Alter steigt. Im Einklang mit dem höheren Verdienst werden in den alten Bundesländern höhere Beiträge für die Entgeltumwandlung aufgewendet. Ebenso nimmt der Umwandlungsbetrag mit der Betriebsgröße zu, der Anteil am Bruttoverdienst bleibt dabei relativ konstant. Einzig in Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten wird ein größerer Anteil des Bruttoentgelts aufgewendet. Vermutlich wird damit das oftmalige Fehlen einer arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung kompensiert. Zwischen tarifgebundenen und nicht

Tabelle 2.2
Beschäftigte mit Entgeltumwandlung im Jahr 2010

	Anteil der Entgeltumwandlung am Bruttojahresverdienst von Beschäftigten mit Entgeltumwandlung	Entgeltumwandlung je Beschäftigten mit Entgeltumwandlung
	%	EUR
Insgesamt	2,9	1 350
nach ausgeübtem Beruf ¹		
Führungskräfte	2,3	2 335
Akademische Berufe	2,8	1 793
Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	2,9	1 501
Bürokräfte und verwandte Berufe	3,5	1 205
Dienstleistungsberufe und Verkäufer	3,2	927
Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	3,6	1 119
Handwerks- und verwandte Berufe	3,0	1 117
Bediener von Anlagen und Maschinen und Montageberufe	2,8	1 049
Hilfsarbeitskräfte	3,0	748
Arbeitgeber mit ... bis ... Beschäftigten		
10 – 49	3,4	1 297
50 – 249	2,9	1 255
250 – 499	2,9	1 356
500 – 999	2,9	1 379
1 000 und mehr	2,8	1 457
Arbeitgeber ist ...		
tarifgebunden	2,8	1 344
nicht tarifgebunden	3,1	1 358

Bezogen auf Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten der Wirtschaftsabschnitte B bis N, Q, R und S (WZ 2008), im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Auszubildende, Altersteilzeit, Beamtinnen/Beamte und nicht rentenversicherungspflichtige geringfügig Beschäftigte.

¹ Internationale Standardklassifikation der Berufe ISCO-08.

tarifgebundenen Arbeitgebern zeigen sich bezüglich Beitragshöhe und Anteil vom Bruttoentgelt nur geringe Unterschiede. [↪ Tabelle 2](#)

4.2 Gesetzliche Förderung

Je nach Bruttojahresverdienst ergeben sich durch die Steuer- und Sozialabgabenfreiheit in der Beitragsphase unterschiedliche Effekte. Niedrigverdiener und Beschäftigte mit einem jährlichen Bruttoverdienst bis zur Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung (2010: 45 000 Euro) „sparen“ in der Beitragsphase Sozialabgaben in Höhe von etwa 20% des Umwand-

Tabelle 3
Sozialabgaben

	2010	2014
EUR		
Beitragsbemessungsgrenzen		
Rentenversicherung West	66 000	71 400
Rentenversicherung Ost	55 800	60 000
Krankenversicherung	45 000	48 600
%		
Beitragsätze insgesamt	20,225	20,175
Rentenversicherung	9,95	9,45
Arbeitslosenversicherung	1,40	1,50
Krankenversicherung	7,9 ¹	8,2 ¹
Pflegeversicherung	0,975 ²	1,025 ²

1 Arbeitgeberanteil: 7,0% beziehungsweise 7,3%.
2 Zuzüglich 0,25% bei kinderlosen Versicherten.

lungsbetrags. [↘ Tabelle 3](#) Bei späterer Auszahlung müssen der volle Krankenversicherungsbeitrag (zum Zeitpunkt der Analyse: 15,5%) und Pflegeversicherungsbeitrag (zum Zeitpunkt der Analyse: 2,05%) entrichtet werden. Nur wenn alle zusätzlichen Renten zur gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt unter einem Prozent der Bezugsgröße nach § 226 des Fünften Buchs Sozialgesetzbuch (SGB V) Absatz 2 (2014: 138,25 Euro) bleiben, sind keine Beiträge zu entrichten. Ein Vorteil ergibt sich durch den niedrigeren (Grenz-)Steuersatz in der Bezugsphase. [↘ Tabelle 4](#) Dieser ist in der

Tabelle 4
Grenzsteuersätze

	2010	2014
%		
Jährliches zu versteuerndes Einkommen in EUR		
8 500	14,90	14,28
12 000	21,29	21,10
16 000	25,13	25,13
20 000	26,96	26,96
24 000	28,79	28,79
28 000	30,62	30,62
32 000	32,45	32,45
36 000	34,28	34,28
40 000	36,11	36,11
44 000	37,94	37,94
48 000	39,77	39,77
ab 55 000	42,00	42,00

Angaben für Ledige ohne Solidaritätszuschlag.

Regel 9% bis 12% niedriger als in der Beitragsphase.¹⁶ Nachteilig ist die Verminderung der gesetzlichen Rente aufgrund der fehlenden Rentenversicherungsbeiträge aus dem Umwandlungsbetrag. Die monatliche Reduktion beläuft sich auf etwa 1 Euro Bruttorente je 100 Euro Umwandlungsbetrag je Jahr.¹⁷

Für Beschäftigte mit einem jährlichen Bruttoverdienst zwischen den Beitragsbemessungsgrenzen der Kranken- und Rentenversicherung (2010: 45 000 Euro bis 66 000 Euro) reduziert sich die Einsparung der Sozialabgaben auf die Arbeitslosen- und Rentenversicherungsbeiträge (zum Zeitpunkt der Analyse etwa 11%).

Dagegen werden bei Auszahlung weiterhin die vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge fällig, sofern keine private Krankenversicherung vorliegt. Wie für Beschäftigte mit niedrigen und mittleren Einkommen ergeben sich Steuervorteile bei zugleich leicht reduzierten gesetzlichen Renten.

Für Beschäftigte mit Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (2010: 66 000 Euro) reduziert sich die gesetzliche Förderung auf den alleinigen Vorteil der nachgelagerten Besteuerung. Da bereits die maximalen Rentenbeiträge geleistet werden, reduziert sich die gesetzliche Rente nicht.

4.3 Höhe der erzielten Renten

Die erreichten Renten bei Leistungsbezug hängen von Höhe und Dauer der Beitragszahlung ab. Auch spielt das gewählte Finanzprodukt (Lebensversicherung, Bankspargplan, Investmentfonds) eine wichtige Rolle. Die nachfolgenden Berechnungen stellen daher nur eine grobe Orientierung dar. [↘ Tabelle 5](#)

Der gesetzliche Anspruch auf Entgeltumwandlung besteht seit 2002, wodurch die Verbreitung in großen Teilen der Bevölkerung erst langsam zunimmt. Das Durchschnittsalter der erfassten Mitarbeiter/-innen mit Entgeltumwandlung in der Verdienststrukturerhebung im Jahr 2010 betrug 41,5 Jahre, sodass von einer durch-

6 Eigene Berechnung nach aktueller Einkommensteuertabelle, siehe Tabelle 4.

7 Eigene Berechnung, bei aktuellem Rentenwert von 28,61 Euro (West) und einem Durchschnittsentgelt nach SGB VI Anlage 1 von 34 857 Euro (West).

Tabelle 5

Schätzung der erzielten Brutto-/Nettorenten

	Niedrigverdiener		Durchschnittsverdiener		Höherverdiener	
	nur Garantie- verzinsung	einschließlich Überschuss- beteiligung	nur Garantie- verzinsung	einschließlich Überschuss- beteiligung	nur Garantie- verzinsung	einschließlich Überschuss- beteiligung
Jahreseinkommen (EUR)	21 000	21 000	36 000	36 000	72 000	72 000
Umwandlungsbetrag (EUR) ¹	58	58	112,50	112,50	158,50	158,50
Beitragsjahre	25	25	25	25	25	25
geschätzte Rente (brutto) (EUR) ¹	74,46	96,12	144,43	186,44	203,48	262,67
Abzug Steuer (EUR) ¹	0,00	0,00	37,59	39,89	55,64	71,82
Abzug Krankenversicherungsbeitrag (EUR) ¹	0,00	0,00	0,00	28,90	31,54	40,71
Abzug Pflegeversicherungsbeitrag (EUR) ¹	0,00	0,00	0,00	4,29	4,68	6,04
Netto-Reduktion der gesetzlichen Rente (EUR) ¹	18,32	18,32	26,28	21,60	0,00	0,00
geschätzte Rente (effektiv) (EUR) ¹	56,14	77,80	80,56	91,77	111,62	144,09

1 Monatliche Beträge.

schnittlichen Beitragszeit von 25 Jahren ausgegangen wird. Als Finanzprodukt wird eine Lebensversicherung mit Garantiezins von 1,75 % zuzüglich Überschussbeteiligung von 2 %, jährlichen Kosten von 0,5 % und einem Verrentungsfaktor (Kapital in Rente) von 22 angenommen.¹⁸ Um weiterhin Nettorenten betrachten zu können, werden verschiedene Angaben getroffen: Die Progression der Einkommensteuer bleibt in ihrem Verhältnis zum jetzigen Zeitpunkt identisch. Die Steigerung des Rentenwerts sowie des Freibetrags für Versorgungsbezüge beträgt 1 %.¹⁹

Nach 25 Jahren Beitragszeit würde die betrachtete Lebensversicherung mit dem über alle Teilnehmer ermittelten durchschnittlichen Monatsbeitrag von 112,50 Euro eine spätere Bruttorente bei Durchschnittsverdienern von 144 Euro bis 186 Euro monatlich ergeben. Nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen, Einkommensteuer und Reduktion der gesetzlichen Rente verbleiben davon 81 Euro bis 92 Euro.

Geringverdiener mit einem Umwandlungsbetrag von 58 Euro monatlich erreichen eine Bruttorente von 75 Euro bis 96 Euro. Werden keine weiteren zusätzlichen Versorgungsbezüge bezogen, bleiben diese unter dem Freibetrag, sodass keine Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge anfallen. Da auch die gesetzliche Rente

wahrscheinlich den Steuerfreibetrag nicht übersteigen wird, entspricht die Nettorente der Bruttorente. Einzig die gesetzliche Rente reduziert sich um etwa 18 Euro je Monat. Durch den Freibetrag in der Krankenversicherung erzielen Geringverdiener demnach eine gute Nettorendite. Der Freibetrag steigt mit Entwicklung des Durchschnittsentgelts der gesetzlichen Rentenversicherung und kann bei einer höher als im Modell angenommenen Entwicklung auch für die erzielten Renten von Durchschnittsverdienern relevant sein.

Höherverdienende mit Jahreseinkommen über 70 000 Euro wandeln durchschnittlich 158,50 Euro monatlich um. Sie erreichen eine Bruttorente von 203 Euro bis 263 Euro. Nach Einkommensteuer und Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen verbleiben 112 Euro bis 144 Euro. Die gesetzliche Rente reduziert sich nicht, da bereits der maximale Rentenversicherungsbeitrag entrichtet wird.

4.4 Auswirkungen beim Arbeitgeber

Wickelt der Arbeitgeber die Entgeltumwandlung über einen externen Durchführungsweg (Direktversicherung, Pensionskasse, Pensionsfonds, teilweise Unterstützungskasse) ab, beschränkt sich dessen administrativer Aufwand auf die Kommunikation mit dem jeweiligen Produktanbieter und die pünktliche Abrechnung der Beiträge.

Andererseits profitiert der Arbeitgeber vom niedrigeren sozialversicherungspflichtigen Verdienst seiner Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber zahlt ebenso keine Sozialab-

8 Die Annahmen sind bewusst niedrig gewählt, um den Effekt einer unterschiedlichen Wertentwicklung im Szenario Durchschnittsverdiener darzustellen. In den meisten aktuellen Versicherungstarifen beträgt der Faktor etwa 24.
9 Auch diese Annahmen sind bewusst niedrig gewählt, um den Effekt einer unterschiedlichen Wertentwicklung im Szenario Durchschnittsverdiener darzustellen.

gaben auf die Entgeltumwandlungsbeträge in der Beitragsphase, muss sich im Gegensatz zum Arbeitnehmer jedoch nicht an den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen in der Auszahlungsphase beteiligen. Je nach Verdienst des Arbeitnehmers beträgt die Ersparnis bis zu 20% des umgewandelten Beitrags (siehe Abschnitt 4.2). Im Jahr 2010 belief sich die Summe der eingesparten Sozialbeiträge der Arbeitgeber auf rund 1,3 Milliarden Euro.¹⁰

5

Logistische Regressionsanalyse der Inanspruchnahme der Entgeltumwandlung

Ob Entgeltumwandlung betrieben wird, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab (siehe Kapitel 3), die immer in Abhängigkeit zu den anderen Merkmalen betrachtet werden müssen. Im nächsten Schritt sollen nun die einzelnen Faktoren ohne Wechselwirkungen untersucht werden. Dazu wird die logistische Regression, ein statistisches Standardverfahren bei der Modellierung von Ja/Nein-Entscheidungen, verwendet. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Entgeltumwandlung wird dabei als logistische Funktion einer linearen Kombination von Prädiktoren modelliert.

Die definierende Gleichung dieses Modells ist gegeben durch:

$$\ln\left(\frac{P}{1-P}\right) = z = \beta_0 + \beta_1 I_1 + \beta_2 I_2 + \dots + \beta_k I_k,$$

in dem P die Wahrscheinlichkeit bezeichnet, mit der ein Ereignis eintritt (hier: Entgeltumwandlung betrieben wird). I_j bezeichnet die relevanten Prädiktoren (Zahlwert bei quantitativen Variablen, zum Beispiel Bruttostundenverdienst; binäre Kodierung bei Klassifizierungsvariablen, zum Beispiel Geschlecht: männlich = 0, weiblich = 1) und β_j die Regressionskoeffizienten. Hierbei wird der

10 Durchschnittlicher Umwandlungsbetrag von 1 350 Euro jährlich bei 27,4 Millionen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von denen 22,2% Entgeltumwandlung betreiben. Arbeitgeberersparnis im Schnitt 16,58% der umgewandelten Beiträge. Umwandlungsbetrag und Teilnahme für 4,7 Millionen Beschäftigte in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten geschätzt.

Logarithmus auf die Chancenverhältnisse $P/(1-P)$ angewendet, die im Englischen als Odds bezeichnet werden. Bezogen auf die bedingte Wahrscheinlichkeit P ergibt sich eine logistische Funktion, die dem Modell seinen Namen gegeben hat. Aus den Daten werden die unbekannten Koeffizienten β_j geschätzt, aus denen sich wiederum Schätzungen der bedingten Wahrscheinlichkeit für jede Kombination von Prädiktoren berechnen lassen.

Aufgrund der nichtlinearen Funktion lassen sich die Koeffizienten β_j nicht direkt interpretieren. Es besteht jedoch ein direkter Zusammenhang zu den Odds. Es gilt $z = \ln(\text{Odds})$ und damit $\text{Odds} = \exp(z)$. Werden nun alle Variablen (I_j) bis auf eine Variable (I_j) konstant gehalten, entspricht die Änderung in z gerade (β_j) beziehungsweise die Änderung im Chancenverhältnis $\exp(z)$ entspricht $\exp(\beta_j)$.

Eine gängige Darstellung der Ergebnisse einer logistischen Regressionsanalyse stellen Odds Ratio (Verhältnis der Chancenverhältnisse) dar. Diese geben an, wie viel größer oder kleiner das Chancenverhältnis einer Merkmalsausprägung zu einer festen Referenz ist.

↳ Exkurs 1:

Chancenverhältnisse/Odds Ratio:

Chancenverhältnisse (Odds) geben die relative Wahrscheinlichkeit nicht direkt an, sondern das Verhältnis x zu 1. Zum Beispiel führt eine Wahrscheinlichkeit von 66,6% zu einem Chancenverhältnis von 2 zu 1 ($0,666 / (1 - 0,666) = 2$).

Odds Ratio vergleichen nun Chancenverhältnisse. Beispielsweise ist Odds Ratio von 3 zu 1 und 2 zu 1 gleich 1,5. Das erste Chancenverhältnis (Odds) ist also 1,5mal so hoch wie das zweite, wogegen sich die relative Wahrscheinlichkeit nur um $75\% - 66,66\% = 8,33\%$ erhöht.

Odds Ratio sind nicht sehr anschaulich, haben jedoch den Vorteil, dass sie unabhängig von den anderen Variablen immer konstant bleiben.

↳ Exkurs 2:

c-Wert: (Schäfer/Brückner, 2008, Seite 1055)

Der c-Wert gibt den Anteil der Entgeltumwandlungsentscheidungen der zugrunde liegenden Datensätze an, die durch das Modell richtig zugeordnet werden können. Eine reine Zufallsauswahl hat den Wert 0,5. Ein c-Wert über 0,7 bedeutet dabei eine akzeptable Anpassung.

Tabelle 6

Maximum-Likelihood-Schätzer des Verdienstes und Alters

	Odds-Ratio-Schätzer			
	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Variante 4
Bruttostundenverdienst	0,3512 ***	–	–	–
Bruttostundenverdienst ^{^2}	– 0,0104 ***	–	–	–
Bruttostundenverdienst ^{^3}	0,0001 ***	–	–	–
Bruttojahresverdienst ¹	–	1,4787 ***	1,477 ***	1,4183 ***
Bruttojahresverdienst ^{^2} ¹	–	– 0,2027 ***	– 0,2027 ***	– 0,195 ***
Bruttojahresverdienst ^{^3} ¹	–	0,00921 ***	0,00921 ***	0,00888 ***
Alter ²	0,8608 ***	0,8776 ***	0,8785 ***	0,8772 ***
Alter ^{^2} ²	– 0,0895 ***	– 0,0921 ***	– 0,092 ***	– 0,0919 ***

***, **, * Signifikanz auf dem 0,01 %-, 0,1 %-, 1 %-Fehlerniveau.

1 Bruttojahresverdienst in 10 000-Euro-Einheiten.

2 Alter in 10-Jahres-Einheiten.

Tabelle 7.1

Odds-Ratio-Analyse

	Odds-Ratio-Schätzer			
	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Variante 4
Anzahl der Arbeitsstunden	1,004 ***	0,994 ***	0,994 ***	0,995 ***
Geschlecht (Referenzgruppe: männlich)				
weiblich	1,177 ***	1,179 ***	1,180 ***	1,179 ***
Berufsausbildung/Studium				
(Referenzgruppe: abgeschlossene Berufsausbildung)				
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	0,823 ***	0,820 ***	0,819 ***	0,818 ***
Universitäts- oder Fachhochschulabschluss	0,930 ***	0,918 ***	0,920 ***	0,922 ***
geringfügige Beschäftigung (Referenzgruppe: nicht geringfügig beschäftigt)				
geringfügig beschäftigt	0,286 ***	0,375 ***	0,374 ***	0,378 ***
Ost/West (Referenzgruppe: Westdeutschland)				
Ost-Deutschland	1,042	1,032	–	–
Berufsgruppe				
(Referenzgruppe: Handwerks- und verwandte Berufe)				
Führungskräfte	1,240 ***	1,197 ***	1,198 ***	1,206 ***
Akademische Berufe	1,109 ***	1,093 ***	1,094 ***	1,104 ***
Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	1,199 ***	1,193 ***	1,193 ***	1,199 ***
Bürokräfte und verwandte Berufe	1,271 ***	1,270 ***	1,268 ***	1,275 ***
Dienstleistungsberufe und Verkäufer	1,020	1,034	1,031	1,038
Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	1,443 ***	1,442 ***	1,442 ***	1,421 ***
Bediener von Anlagen und Maschinen und Montageberufe	0,937 *	0,941	0,941	0,945
Hilfsarbeitskräfte	0,890 **	0,895 *	0,895 *	0,904 *
Tariffindung (Referenzgruppe: keine Tariffindung)				
Arbeitnehmer tarifgebunden	1,067	1,049	–	–
Betriebsgröße (Referenzgruppe: 50 – 999 Mitarbeiter)				
0 – 49 Mitarbeiter	1,068 *	1,092 **	1,084 **	1,094 ***
1 000 und mehr Mitarbeiter	0,951	0,930	0,934	0,914 *
bAV-Typ (Referenzgruppe: Regelung unbekannt)				
Arbeitgebergrundbetrag	0,861 **	0,852 **	0,880 *	–
Wahlmöglichkeit VWL oder bAV	0,993	0,973	0,992	–
Aufstockung bei zusätzlicher Entgeltumwandlung	1,614 ***	1,607 ***	1,664 ***	–

***, **, * Signifikanz auf dem 1 %-, 5 %-, 10 %-Fehlerniveau.

bAV: betriebliche Altersversorgung; VWL: Vermögenswirksame Leistungen.

Tabelle 7.2
Odds-Ratio-Analyse

	Odds-Ratio-Schätzer			
	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Variante 4
Wirtschaftszweig				
(Referenzgruppe: Verarbeitendes Gewerbe)				
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,500 ***	0,523 ***	0,531 ***	0,551 ***
Energieversorgung	1,193	1,186	1,206	1,224 *
Wasserversorgung, Entsorgung und Ähnliches	0,860 *	0,885	0,894	0,884
Baugewerbe	0,829 ***	0,893 *	0,905	0,930
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	0,817 ***	0,835 ***	0,834 ***	0,859 ***
Verkehr und Lagerei	0,654 ***	0,683 ***	0,692 ***	0,715 ***
Gastgewerbe	0,672 ***	0,694 ***	0,695 ***	0,744 ***
Information und Kommunikation	0,677 ***	0,682 ***	0,683 ***	0,717 ***
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2,988 ***	2,962 ***	3,022 ***	3,175 ***
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,697 ***	0,690 ***	0,700 ***	0,721 ***
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	0,698 ***	0,714 ***	0,713 ***	0,732 ***
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	0,413 ***	0,433 ***	0,439 ***	0,449 ***
Gesundheits- und Sozialwesen	0,578 ***	0,613 ***	0,615 ***	0,618 ***
Kunst, Unterhaltung und Erholung	0,543 ***	0,569 ***	0,570 ***	0,564 ***
Sonstige Dienstleistungen	0,491 ***	0,510 ***	0,511 ***	0,515 ***
Kreuzeffekt Arbeitgeberaufstockung und Stundenlohn				
(Referenzgruppe: keine Arbeitgeberaufstockung)				
Stundenlohn: unter 12,50 EUR	–	–	–	1,224 **
Stundenlohn: 12,50 EUR bis 23,50 EUR	–	–	–	1,785 ***
Stundenlohn: über 23,50 EUR	–	–	–	1,895 ***
Modellanpassungskriterien				
Likelihood-Ratio-Test (globale Nullhypothese)	<0,0001	<0,0001	<0,0001	<0,0001
Nagelkerke-R-Quadrat	0,159	0,162	0,162	0,162
c-Wert	0,715	0,718	0,718	0,718

***, **, * Signifikanz auf dem 1%-, 5%-, 10%-Fehlerniveau.

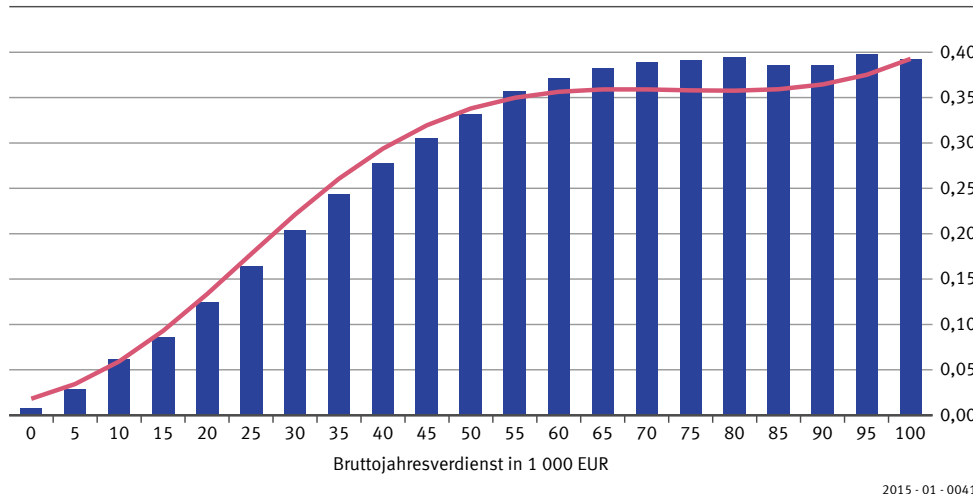
Um das Modell mit der möglichst besten Anpassung zu finden und die Qualität der geschätzten Koeffizienten zu untersuchen, wurden verschiedene Varianten untersucht, deren Ergebnisse in den Tabellen 6 und 7 zusammengestellt sind. Zur Modellierung des Verdienstes wird in Variante 1 eine kubische Funktion des Bruttostundenverdienstes verwendet. Der c-Wert, als ein Maß der Anpassungsgüte, beträgt 0,715. Variante 2 ersetzt den Bruttostundenverdienst durch eine kubische Funktion des Bruttojahresverdienstes. Die Anpassung des Modells verbessert sich leicht (c-Wert von 0,718), sodass nachfolgend der Bruttojahresverdienst verwendet wird. Da in beiden Varianten die Einflussfaktoren Ost-/Westdeutschland und Tarifbindung nicht signifikant sind, wird in Variante 3 auf diese verzichtet. Der c-Wert bleibt konstant bei 0,718. Das Modell verliert daher nichts an Aussagekraft. In allen drei Varianten zeigt sich ein eindeutig positiver Zusammenhang zwischen Teilnahme an der Entgeltum-

wandlung und Aufstockung durch den Arbeitgeber (siehe Merkmal bAV-Typ). In Variante 4 wird daher der Kreuzeffekt mit dem Stundenlohn näher untersucht. Der c-Wert beträgt ebenfalls 0,718. [↪ Tabelle 6 und Tabelle 7](#)

Da Verdienst und Alter mit einer kubischen beziehungsweise quadratischen Funktion modelliert werden, können für diese beiden Merkmale keine konstanten Odds Ratio berechnet werden. Stattdessen sind die Maximum-Likelihood-Schätzer der Regressionskoeffizienten β_i in Tabelle 6 angegeben.

Die kubische Verdienstofffunktion zeigt eine sehr gute Anpassung an die erhobenen Daten, sodass der Verdienst, isoliert betrachtet, einen Großteil der Teilnahmebereitschaft erklärt. Die Wahrscheinlichkeit Entgeltumwandlung zu betreiben steigt bis zur Beitragsbemessungsgrenze (2010: 66 000 Euro) stark an und bleibt danach relativ konstant. Da für Entgeltbestandteile oberhalb der

Grafik 2
Teilnahme nach Bruttojahresverdienst und modellierte Verdienstfunktion
in %



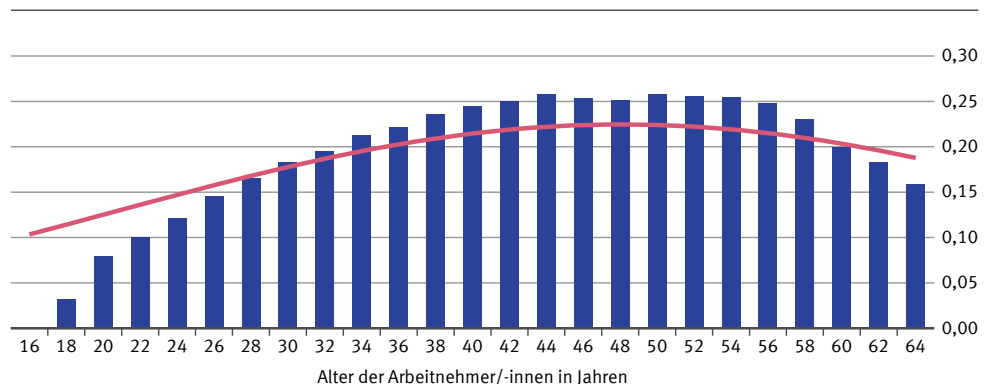
Beitragsbemessungsgrenze keine Sozialabgaben mehr „gespart“ werden können, entfällt möglicherweise ein wichtiger Anreiz zum Entgeltverzicht zugunsten einer späteren Altersversorgung. [↘ Grafik 2](#)

Die quadratische Modellierung des Alters zeigt eine deutliche Zunahme der Teilnahme bei steigendem Lebensalter (Maximum im Alter 48). Die Kurve verläuft jedoch flacher als die beobachteten Teilnahmequoten, sodass ein Teil der Altersabhängigkeit durch andere Faktoren, insbesondere den Verdienst erklärt wird. [↘ Grafik 3](#)

Die Analyse der Odds Ratio für die in Tabelle 7 dargestellten Merkmale beziehen sich – wenn nicht anderweitig genannt – auf die Variante 4.

Entgegen den Ergebnissen der deskriptiven Analyse würden sich Frauen, bei gleichen sonstigen Bedingungen, häufiger an der Entgeltumwandlung beteiligen als Männer (Odds Ratio von 1,179). Teilzeitbeschäftigung, modelliert über die Anzahl der Arbeitsstunden, hat isoliert betrachtet einen geringen Einfluss (Odds Ratio von 0,995 je Arbeitsstunde).

Grafik 3
Teilnahme nach Alter und modellierte Altersfunktion
in %



In den Modellen mit dem Bruttojahresverdienst ist der Einfluss auf die Teilnahme an der Entgeltumwandlung bei steigender Anzahl der Arbeitsstunden sogar leicht negativ. Geringfügig Beschäftigte beteiligen sich dagegen nur selten an der Entgeltumwandlung. Relativ unbedeutend ist die Größe des Betriebs; nur in kleinen und sehr großen Unternehmen besteht ein leicht positiver beziehungsweise negativer Zusammenhang. Entscheidend für die Teilnahme an

der Entgeltumwandlung ist dagegen die Branche (Wirtschaftszweig), in der der Arbeitnehmer tätig ist. Ausgehend vom Verarbeitenden Gewerbe mit traditionell hoher Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung als Referenzkategorie zeigen sich deutliche Unterschiede. Insbesondere in Branchen mit niedrigen Verdiensten, wie Gastgewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen und sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen, betragen die Odds Ratio nur etwa die Hälfte des Verarbeitenden Gewerbes. Ein sehr hohes Odds Ratio (3,175) hat das Finanz- und Versicherungsdienstleistungsgewerbe. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Branche

profitieren vermutlich von einem besonders leichten Zugang zu Produkten der Entgeltumwandlung.

Der nach dem Altersvermögensgesetz entstandene Anspruch auf Entgeltumwandlung steht unter Tarifvorbehalt. Als Reaktion darauf wurden bereits im Jahr 2001 mehr als 100 Tarifverträge für Entgeltumwandlungsvereinbarungen geöffnet. Oftmals wurden dabei die vermögenswirksamen Leistungen in die betriebliche Altersversorgung umgewidmet oder den Arbeitnehmern deren Verwendung für die betriebliche Altersversorgung ermöglicht. Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich eine arbeitgeberseitige Förderung, zum Beispiel durch Zuschuss zum Umwandlungsbetrag, auf die Teilnahme an der Entgeltumwandlung auswirkt. Mithilfe der Tarifdatenbank des Statistischen Bundesamtes und weiterer externer Quellen¹¹ wurden Tarifverträge mit Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung in folgende Kategorien eingeteilt:

- › Es wird ein Altersvorsorgebeitrag vom Arbeitgeber für die betriebliche Altersversorgung bereitgestellt.
- › Es wird ein Altersvorsorgebeitrag vom Arbeitgeber wahlweise für die betriebliche Altersversorgung oder die vermögenswirksamen Leistungen bereitgestellt.
- › Die Verwendung des Altersvorsorgebeitrags für betriebliche Altersversorgung beziehungsweise die Einbringung von zusätzlichem Entgelt wird vom Arbeitgeber bezuschusst.
- › Die genaue Regelung ist unbekannt.

Von den insgesamt 1,33 Millionen Arbeitnehmerdatensätzen der Analyse konnten 370 000 Datensätze den ersten drei Kategorien zugeordnet werden. Rund 106 000 Datensätze davon entfielen auf die Kategorie Arbeitgeberaufstockung bei zusätzlicher Entgeltumwandlung.

Auch wenn neben der tariflichen Regelung beim Arbeitgeber noch andere beziehungsweise bessere Regelungen existieren können, deren genaue Ausgestaltung nicht bekannt ist, zeigt das Odds Ratio in den ersten drei Varianten einen deutlich positiven Zusammenhang zwischen Teilnahme und zusätzlicher Aufstockung durch den Arbeitgeber. Arbeitgebergeförderte Entgeltumwand-

lungsvereinbarungen erhöhen das Chancenverhältnis einer Teilnahme um mehr als 60 %. Dies ist im Vergleich einer der kräftigsten Einflussfaktoren und liegt in etwa in der Größenordnung der (negativen) Einflussfaktoren einiger Branchen. Teilt man die Arbeitnehmer, die unter arbeitgebergeförderte Tarifvereinbarungen zur Entgeltumwandlung fallen, in Verdienstgruppen ein, hat die Arbeitgeberaufstockung für alle Verdienstgruppen einen positiven Effekt. Dieser steigt mit Zunahme des Bruttostundenlohns. Entgeltumwandlung wird demnach, auch bei zusätzlicher Arbeitgeberförderung, vermehrt von Arbeitnehmern mit höheren Verdiensten genutzt.

Abschließend wurde der Frage nachgegangen, wie sehr sich die Beteiligung an der Entgeltumwandlung durch einen flächendeckenden Zuschuss des Arbeitgebers auf den Umwandlungsbetrag erhöhen würde. Dazu wurde für die vorhandenen 1,33 Millionen Datensätze angenommen, dass jeweils eine Arbeitgeberförderung vorliegt und mithilfe der in der logistischen Regressionsanalyse gewonnenen Regressionskoeffizienten die Teilnahmewahrscheinlichkeit an der Entgeltumwandlung berechnet. Diese liegt im Mittel um knapp 8 Prozentpunkte höher als in den Ausgangsdaten. Die Inanspruchnahme der Entgeltumwandlung in Deutschland würde sich durch flächendeckende Arbeitgeberförderung auf den Umwandlungsbetrag demnach auf bis zu 30 % erhöhen.

6

Regressionsanalyse der Umwandlungshöhe mit einem generalisierten linearen Modell

In der deskriptiven Analyse wurden bereits Aussagen über die Umwandlungshöhe getroffen. So steigt der Umwandlungsbetrag mit dem Verdienst und Alter. Männer wandeln mehr Entgelt um als Frauen, Westdeutsche mehr als Ostdeutsche. Zudem scheint der Beruf einen starken Einfluss auszuüben. Die monatlichen Umwandlungsbeträge verteilen sich dabei nicht gleichmäßig über den Bereich bis 4 % (2010: 220 Euro) der Beitragsbemessungsgrenze, sondern weisen deutliche Spitzen bei glatten Beträgen auf. ➤ Grafik 1

11 Tarifübersicht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 17. Dezember 2008, Übersicht über Tarifverträge [Zugriff am 13. Januar 2015] verfügbar unter: www.lhre-vorsorge.de und diverse frei zugängliche Branchentarifverträge.

In diesem Kapitel sollen nun die Einflüsse einzelner Faktoren auf die Höhe der umgewandelten Beträge untersucht werden.

Anders als die Entscheidung für oder gegen Entgeltumwandlung ist die Höhe des Umwandlungsbetrags eine quantitative Variable. Solche Fragestellungen werden standardmäßig mit einem generalisierten linearen Modell (GLM) untersucht. Generalisierte lineare Modelle sind eine Verallgemeinerung des klassischen Regressionsansatzes im linearen Modell, bei dem die Zielgröße Y als

$$Y = \beta_0 + X_1\beta_1 + X_2\beta_2 + X_3\beta_3 + \dots + X_n\beta_n$$

beziehungsweise in Matrix-Schreibweise: $Y = X\beta$ dargestellt wird.

Ein generalisiertes lineares Modell verallgemeinert diese Gleichung zu: $E(Y) = g^{-1}(X\beta)$ mit einer sogenannten Linkfunktion $g(\mu)$, zum Beispiel $g(\mu) = \ln(\mu)$. Hier kann $E(Y)$ nur positive Werte annehmen und ist nicht mehr linear in den Komponenten von β . Während die Regressoren im linearen Modell unter Normalverteilungsannahme geschätzt werden, sind in GLM-Modellen auch andere Verteilungen zugelassen.

Die beste Anpassung an die gesammelten Daten zeigt das Modell, wenn die Umwandlungshöhen mittels einer Poisson-Verteilung modelliert werden. Betrachtet werden nur Datensätze mit einem Umwandlungsbetrag größer als null. Im Modell verbleiben daher 291 500 Datensätze. Von den umgewandelten Beträgen liegen 99,5 % unterhalb von 500 Euro monatlich, mit Ausnahme von einigen wenigen sehr großen Beträgen.

Unter der Annahme der Poisson-Verteilung wird mit der Linkfunktion $g(\mu) = \ln(\mu)$ gearbeitet. Das GLM-Modell schreibt sich daher als:

$$\ln(E(Y)) = X\beta \text{ oder } E(Y) = \exp(X\beta).$$

Wie im vorherigen Kapitel werden erneut unterschiedliche Varianten mit verschiedenen Modellspezifikationen betrachtet. Da der Umwandlungsbetrag mit zunehmendem Verdienst kontinuierlich steigt, wird dieser mit einer linearen Verdienstofffunktion modelliert. Ebenso nimmt der Umwandlungsbetrag mit steigendem Alter zu, sodass das Alter ebenfalls linear modelliert wird. Wie im vorherigen Kapitel verbessert sich die Anpassungsgüte¹² bei Verwendung des Bruttojahresverdienstes (Variante 2) anstelle des Bruttostundenverdienstes (Variante 1). Da sich in den ersten beiden Varianten ein eindeutig positiver Zusammenhang zwischen Umwandlungshöhe und Aufstockung durch den Arbeitgeber (bAV-Typ) zeigt, untersucht die Variante 3 den Kreuzeffekt aus Arbeitgeberaufstockung und Stundenlohn näher. Dieses Modell zeigt die beste Anpassung an die Daten und wird daher als Basis für die Analyse verwendet. Die berechneten Schätzwerte der Regressoren lassen sich mithilfe der Linkfunktion in anschauliche Faktoren [$\exp(x)$, siehe Tabelle 8, Spalte 4] umrechnen, die der jeweiligen prozentualen Veränderung¹³ des Umwandlungsbetrags entsprechen. Als Produkt mit dem „Grundwert“ (548,95 Euro je Jahr) ergeben sie die geschätzten Umwandlungshöhen für die jeweilige Merkmalskombination (Beispiel: eine 30-jährige Frau mit 40 000 Euro Bruttojahresverdienst bei 170 Arbeitsstunden im Monat, die bei allen anderen Merkmalen zur Referenzgruppe gehört, wandelt durchschnittlich einen Betrag von: 548,95 Euro * 1,0112⁴⁰ * 1,0070³⁰ * 1,0003¹⁷⁰ * 0,9831 = 1 093 Euro je Jahr um). [↪ Tabelle 8](#)

Die Ergebnisse der Variante 3 zeigen, dass der Verdienst einen wichtigen Einfluss auf den Umwandlungsbetrag hat. Je 1 000 Euro zusätzlichem Bruttojahresverdienst steigt der Umwandlungsbetrag um 1,1 % (Faktor: 1,0112). Steigendes Lebensalter erhöht den Umwandlungsbetrag um 0,7 % je Lebensjahr. Neben einem höheren verfügbaren Einkommen rückt vermutlich der Vorsorgegedanke stärker in den Vordergrund. Während Frauen etwas weniger Entgelt umwandeln als Männer (etwa 1,7 %), besteht ein großer Unterschied zwischen dem früheren Bundesgebiet und Berlin sowie den neuen Ländern ohne Berlin-Ost. In Ostdeutschland ist der Umwandlungsbetrag, bereinigt um alle anderen Variablen, um 18,3 % niedriger. Obwohl Tarifbindung einen positiven Effekt auf die Beteiligung an der Entgeltumwandlung hat, ist der Effekt auf die Höhe des Umwandlungsbetrags negativ (-13 %). Arbeitnehmer/-innen mit höheren Umwandlungsbeträgen (oftmals Bonuszahlungen) sind in der Regel nicht tarifgebunden. Möglicherweise führt das Vorliegen von arbeitgeberfinanzierten

12 Deviance ist ein statistisches Qualitätsmaß, welches die Anpassungsgüte als eine Verallgemeinerung der Quadratsumme der Residuen einer Maximum-Likelihood-Schätzung darstellt. Kleinere Werte bedeuten eine bessere Anpassung.

13 Die Prozentangaben drücken Abweichungen im Vergleich zu den angegebenen Referenzgruppen aus, die jeweils den Wert 1 annehmen.

Tabelle 8.1

Regressionsanalyse der Umwandlungshöhe

	Maximum-Likelihood-Schätzer			
	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Faktoren Variante 3
Intercept	5,841	6,292	6,308	548,95
Bruttostundenverdienst	0,024	–	–	–
Bruttojahresverdienst in 1 000 EUR	–	0,012	0,011	1,011
Alter	0,007	0,007	0,007	1,007
Anzahl der Arbeitsstunden	0,003	0,000	0,000	1,000
Geschlecht (Referenzgruppe: männlich)				
weiblich	– 0,024	– 0,015	– 0,017	0,983
Berufsausbildung / Studium				
(Referenzgruppe: abgeschlossene Berufsausbildung)				
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	– 0,075	– 0,075	– 0,074	0,928
Universitäts- oder Fachhochschulabschluss	0,031	0,030	0,026	1,026
geringfügige Beschäftigung (Referenzgruppe: nicht geringfügig beschäftigt)				
geringfügig beschäftigt	– 0,703	– 0,845	– 0,805	0,447
Ost/West (Referenzgruppe: Westdeutschland)				
Ost-Deutschland	– 0,209	– 0,204	– 0,202	0,817
Berufsgruppe				
(Referenzgruppe: Handwerks- und verwandte Berufe)				
Bediener von Anlagen und Maschinen und Montageberufe	– 0,235	– 0,242	– 0,222	0,801
Hilfsarbeitskräfte	– 0,065	– 0,064	– 0,055	0,946
Führungskräfte	0,175	0,170	0,175	1,191
Akademische Berufe	0,154	0,131	0,137	1,147
Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	0,116	0,093	0,087	1,091
Bürokräfte und verwandte Berufe	0,100	0,085	0,091	1,095
Dienstleistungsberufe und Verkäufer	– 0,057	– 0,071	– 0,058	0,943
Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	0,108	0,105	0,100	1,106
Tarifbindung (Referenzgruppe: keine Tarifbindung)				
Arbeitnehmer tarifgebunden	– 0,125	– 0,132	– 0,140	0,869
Betriebsgröße (Referenzgruppe: 50 – 999 Mitarbeiter)				
0 – 49 Mitarbeiter	0,053	0,064	0,060	1,062
1 000 und mehr Mitarbeiter	0,038	0,032	0,017	1,017
bAV-Typ (Referenzgruppe: Regelung unbekannt)				
Arbeitgebergrundbetrag	– 0,008	– 0,010	–	–
Wahlmöglichkeit VWL oder bAV	– 0,198	– 0,192	–	–
Aufstockung bei zusätzlicher Entgeltumwandlung	0,132	0,120	–	–

Das Statistikprogramm SAS gibt die Standardfehler der Regressoren in Tabelle 8 als sehr gering an. Jedoch bleibt bei deren Berechnung die zweistufige Stichprobenziehung (siehe Kapitel 2) unbeachtet, sodass keine abschließenden Aussagen über die Signifikanz getroffen werden können.
bAV: betriebliche Altersversorgung; VWL: Vermögenswirksame Leistungen.

tariflichen Versorgungssystemen (siehe Kategorie bAV-Typ) zu einer sinkenden Bereitschaft zur Eigenvorsorge.

Teilzeitbeschäftigung, erfasst über den Bruttojahresverdienst und die Anzahl der Arbeitsstunden, hat einen leicht negativen Effekt auf die Umwandlungshöhe. Negativer wirkt sich geringfügige Beschäftigung aus. Hier beträgt der Umwandlungsbetrag, bereinigt um alle weiteren Faktoren, nur noch 44,7% eines sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Arbeitnehmer in klei-

nen Unternehmen (bis 49 Mitarbeiter/-innen) nehmen nicht nur häufiger teil, sie wandeln auch etwas mehr Entgelt um.

Einen entscheidenden Einfluss auf die Umwandlungshöhe übt der Wirtschaftszweig aus. In Niedriglohnbranchen, wie dem Gastgewerbe (–22,5%) und den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (–8%) wird, auch um alle anderen Faktoren bereinigt, weniger Entgelt umgewandelt als in Hochlohnbranchen, wie der

Tabelle 8.2
Regressionsanalyse der Umwandlungshöhe

Parameter ¹	Maximum-Likelihood-Schätzer			
	Variante 1	Variante 2	Variante 3	Faktoren Variante 3
Wirtschaftszweig				
(Referenzgruppe: Verarbeitendes Gewerbe)				
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,065	0,068	0,083	1,087
Energieversorgung	0,105	0,088	0,096	1,100
Wasserversorgung, Entsorgung und Ähnliches	0,011	0,027	0,022	1,023
Baugewerbe	0,021	0,041	0,045	1,046
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	- 0,076	- 0,072	- 0,063	0,939
Verkehr und Lagerei	0,068	0,089	0,086	1,090
Gastgewerbe	- 0,313	- 0,292	- 0,256	0,775
Information und Kommunikation	0,012	0,008	0,010	1,010
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,251	0,228	0,156	1,169
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,030	0,024	0,020	1,020
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	0,001	0,008	0,013	1,013
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	- 0,100	- 0,082	- 0,084	0,919
Gesundheits- und Sozialwesen	0,012	0,037	0,040	1,041
Kunst, Unterhaltung und Erholung	0,143	0,171	0,166	1,180
Sonstige Dienstleistungen	- 0,030	- 0,009	- 0,004	0,996
Kreuzeffekt Arbeitgeberaufstockung und Stundenlohn				
(Referenzgruppe: keine Arbeitgeberaufstockung)				
Stundenlohn: unter 12,50 EUR	-	-	- 0,154	0,857
Stundenlohn: 12,50 EUR bis 23,50 EUR	-	-	0,030	1,030
Stundenlohn: über 23,50 EUR	-	-	0,256	1,292
Anpassungsgüte: Deviance je Beobachtung	738,63	735,82	735,28	-

¹ Das Statistikprogramm SAS gibt die Standardfehler der Regressoren in Tabelle 8 als sehr gering an. Jedoch bleibt bei deren Berechnung die zweistufige Stichprobenziehung (siehe Kapitel 2) unbeachtet, sodass keine abschließenden Aussagen über die Signifikanz getroffen werden können.

Energieversorgung (+ 10 %) oder den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (+ 16,9 %). Überproportional hohe Umwandlungsbeträge finden sich weiterhin im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung (+ 18 %) und im Verkehrs- und Lagerwesen (+ 9 %). Neben der Branche hat auch der ausgeübte Beruf einen starken Einfluss auf die Umwandlungshöhe. So wandeln Führungskräfte (+ 19,1 %) und Akademiker (+ 14,7 %) mehr Entgelt um als Bediener von Maschinen und Monteure (- 20 %). Wenig überraschend hat ein Hochschulstudium einen positiven Effekt (+ 2,6 %), während das Fehlen einer Berufsausbildung negativ wirkt (- 7,1 %).

Die ersten beiden Varianten zeigen, dass eine Arbeitgeberaufstockung deutlich positiv auf den Umwandlungsbetrag wirkt. Die Analyse des Kreuzeffektes in Variante 3 zeigt, dass hiervon jedoch besonders Arbeitnehmer mit hohem Bruttostundenverdienst profitieren.


Zusammenfassend lässt sich eine starke Abhängigkeit vom Verdienst und der diesen bestimmenden weiteren

Faktoren (wie Wirtschaftszweig, Beschäftigungsumfang und ausgeübtem Beruf) feststellen. Dies ist nicht verwunderlich, da nur Entgelt umgewandelt werden kann, das am Monatsende nicht bereits für den Lebensunterhalt verbraucht wurde.

Fazit

Im Rahmen der Rentenreform wurde 2001 das Altersvermögensgesetz verabschiedet, dessen Ziel es war, den Aufbau einer privaten, kapitalgedeckten Altersversorgung, insbesondere für Gering- und Niedrigverdiener, zu ermöglichen. Durch den Anspruch auf Entgeltumwandlung sollte die betriebliche Altersversorgung gestärkt werden, die laut Gesetzgeber „besonders geeignet ist, die verschiedenen Lebensrisiken ergänzend abzuschließen und damit für ein lebensstandardsicherndes Einkommen im Alter zu sorgen“ (Fußnote 2).

Die Analysen der vorherigen Kapitel zeigen jedoch, dass die Wahl des Arbeitgebers und die Höhe des Verdiensts

tes die entscheidenden Faktoren für die Teilnahme an der Entgeltumwandlung sind. Gering- und Niedrigverdiener nehmen nicht nur seltener teil, sie wandeln auch signifikant weniger Entgelt um. Das Ziel, gerade diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Aufbau einer kapitalgedeckten zusätzlichen Altersversorgung zu ermöglichen, wurde nicht erreicht. Nachgewiesen werden kann jedoch ein positiver Effekt auf die Teilnahmebereitschaft und Höhe des umgewandelten Entgelts, wenn sich der Arbeitgeber über einen Zuschuss zum Umwandlungsbetrag an der Entgeltumwandlung beteiligt. Allerdings zeigt sich auch hier, dass Arbeitnehmer mit hohen Verdiensten diese Angebote öfter und mit höheren Umwandlungsbeträgen in Anspruch nehmen.¹⁴ 

14 Im Juli 2014 hat das Statistische Bundesamt die ersten Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2012 in der Datenbank GENESIS-Online veröffentlicht (www-genesis.destatis.de). Für die Arbeitskostenerhebung werden die Lohn- und Gehaltskosten sowie sämtliche Lohnnebenkosten und Zusatzleistungen von 34 000 Arbeitgebern erfasst. Die Arbeitskostenerhebung 2012 lieferte detaillierte Ergebnisse für arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanzierte betriebliche Altersversorgung in allen Durchführungswegen.

LITERATURVERZEICHNIS

Bundesagentur für Arbeit. *Betriebe und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Deutschland, Stand 30. Juni 2010.*

Deutsche Rentenversicherung. *Rentenversicherung in Zahlen 2014.* Juni 2014.

Günther, Roland. *Methodik der Verdienststrukturerhebung 2010.* In: *Wirtschaft und Statistik*, 2/2013, Seite 127 ff.

Schäfer, Thomas/Brückner, Gunter. *Soziale Homogenität der Bevölkerung bei alternativen Definitionen für Migration.* In: *Wirtschaft und Statistik* 12/2008, Seite 1046 ff.

DIE REPUTATIONSANALYSE DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES

Ilka Willand, Heidrun Stirner, Dr. Helen Lauff

↳ **Schlüsselwörter:** Qualitätsmanagement – Reputation – Kundenzufriedenheit – Nutzerbeziehungen – Stakeholder

ZUSAMMENFASSUNG

Für das Statistische Bundesamt wurde 2013 eine Reputations- und Akzeptanzanalyse bei ausgewählten Zielgruppen durchgeführt. Die Analyse konzentrierte sich auf Auskunftgebende (private Haushalte und Unternehmen), Onlinejournalisten und junge Akademiker. Ein wichtiges Ziel der Studie war es, mit der sogenannten KANO-Methode den Stellenwert verschiedener Bedürfnisse der Zielgruppen im Hinblick auf Datensuche, Datennutzung und zum Erhebungsprozess empirisch zu messen. Aus den Ergebnissen können konkrete Maßnahmen und Handlungsfelder abgeleitet werden, um Journalisten und junge Akademiker künftig noch besser zu erreichen. Außerdem zeigt die Analyse, dass das Zurückspielen der Ergebnisse für die Auskunftgebenden eine Basisanforderung ist: Deren Erfüllung bildet ein Gegengewicht zum empfundenen Aufwand der Befragten und kann sich positiv auf die Reputation der amtlichen Statistik auswirken.

↳ **Keywords:** quality management – reputation – user satisfaction – user relations – stakeholder

ABSTRACT

An analysis of the Federal Statistical Office's reputation and acceptance by selected target groups was conducted in 2013. The analysis focused on respondents (households and enterprises), online journalists and young university graduates. An important goal of the study was to measure empirically with the "KANO method" how important various requirements are for the target groups when it comes to data search, data use and the process of data collection. Specific measures and action areas can be derived from the findings to reach journalists and young university graduates even more effectively in future. The analysis also shows that it is a must-be for respondents to be supplied with the results to which they have contributed. The burden respondents feel who have to provide information is counterbalanced when that requirement is met, so this may enhance the reputation of the statistical offices and their work.

Ilka Willand

ist Soziologin M. A. und leitet das Referat Redaktion, Grafik und Corporate Design des Statistischen Bundesamtes. Sie entwickelt Veröffentlichungsformate für verschiedene Zielgruppen und hat die Reputationsanalyse verantwortet.

Heidrun Stirner

ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und Referentin im Bereich Redaktion, Grafik und Corporate Design des Statistischen Bundesamtes und ist unter anderem für den Jahresbericht verantwortlich. Sie hat die Reputationsanalyse fachlich betreut.

Dr. Helen Lauff

ist Diplom-Soziologin und betreut die Reputationsanalyse als Senior-Projektleiterin im LINK Institut für Markt- und Sozialforschung. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Bereiche Sozialforschung, statistische Analysen, Methodenforschung und Kundenzufriedenheitsstudien.

1

Einleitung

Reputation kann als Ruf, Leumund oder Ansehen in den alltäglichen Sprachgebrauch übersetzt werden und gilt als wichtigster immaterieller Wert eines Unternehmens oder einer Organisation. Eine gute oder schlechte Reputation basiert hauptsächlich auf den Wahrnehmungen und Erfahrungen wichtiger Anspruchsgruppen. Dazu gehören Personen, die zu Erhebungen herangezogen werden, ebenso wie Personen, die Ergebnisse der amtlichen Statistik nutzen beziehungsweise als potenzielle Nutzer infrage kommen. Bezogen auf das Statistische Bundesamt sind Erwartungen und Bedürfnisse im Hinblick auf Datensuche, Datenzugang und Datennutzung wichtige „Reputationstreiber“. Ebenso wichtig ist in diesem Zusammenhang die Sichtweise der Auskunftgebenden, deren Wahrnehmung des Statistischen Bundesamtes und der amtlichen Statistik durch den Prozess der Auskunftgebung beeinflusst wird.

Im Jahr 2013 hat das LINK Institut für Markt- und Sozialforschung im Auftrag des Statistischen Bundesamtes eine Reputationsanalyse durchgeführt. Zwei Fragen standen dabei im Fokus: Welche Reputation genießt das Statistische Bundesamt bei ausgewählten Zielgruppen? Wie kann die Reputation bei diesen Zielgruppen verbessert werden? Wesentlich war es, die Faktoren zu identifizieren, die die Reputation beeinflussen. In dem angewandten Modell werden diese in Basisanforderungen und Begeisterungsfaktoren unterteilt.

Auf Basis der Ergebnisse kann die strategische Planung im Statistischen Bundesamt gezielt auf Maßnahmen im Sinne eines „Reputationsgewinnes“ ausgerichtet werden. Mittelbar erwartete Gewinne einer hohen Reputation sind eine generell höhere Teilnahmebereitschaft bei (freiwilligen) Befragungen, eine Rückkoppelung auf die Datenqualität und eine stärkere Nutzung von fundierten Primärinformationen der Medien und von den Entscheidungsträgern der Gesellschaft. Im folgenden Beitrag werden das Studiendesign und die zentralen Ergebnisse der Analyse vorgestellt.

Übersicht 1

Studiendesign der Reputationsanalyse

	Auskunftgebende	Schnelle Multiplikatoren	Junge Multiplikatoren
qualitativ		Einzelinterviews, n = 5	Gruppendiskussion, n = 9
quantitativ	Haushalte Computer-Assisted Telephone Interviews, n = 2 200	Online-Fragebogen, n = 300	Junge Absolventen Online-Fragebogen, n = 1 000
	Unternehmen Computer-Assisted Telephone Interviews, n = 1 000		Doktoranden Online-Fragebogen, n = 290

2

Studiendesign

Zunächst erfolgten im Statistischen Bundesamt konzeptionelle Vorarbeiten für die Studie. In einem Vorbereitungsworkshop mit der Leitungsebene wurden die Zielgruppen und Inhalte für die Analyse festgelegt und grundlegende Anforderungen an die Methodik erarbeitet. Im nächsten Schritt entwickelte das LINK Institut in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt das Erhebungsdesign, führte die Feldphase durch und wertete die Ergebnisse aus. In der Studie kamen sowohl qualitative als auch quantitative Verfahren in einem Methoden-Mix zum Einsatz.

2.1 Zielgruppen und Studiendesign

Drei Zielgruppen standen im Blickpunkt der Analyse:

- › Auskunftgebende (Haushalte und Unternehmen)
- › Schnelle Multiplikatoren (Online- und Datenjournalisten)
- › Junge Multiplikatoren (junge Absolventen und Doktoranden der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten) [↪ Übersicht 1](#)

Auskunftgebende

Ein relativ großer Teil der Bevölkerung wird regelmäßig oder unregelmäßig zu amtlichen Datenerhebungen herangezogen. Trotzdem werden diese Befragten – anders als die Datennutzer – häufig nicht als Reputationsträger durch das Statistische Bundesamt wahrgenommen und über ihre Bedürfnisse in Bezug auf den Erhebungsprozess ist nur wenig bekannt. Fast alle Unternehmen in

Deutschland (abhängig von Größe und Branche) müssen im Rahmen von jährlichen, halb- oder vierteljährlichen beziehungsweise monatlichen Erhebungen ihre Daten an die amtliche Statistik melden. Je größer das Unternehmen, desto wahrscheinlicher ist die Beteiligung an einer verpflichtenden Datenerhebung der amtlichen Statistik. Die Studie richtete sich hier darauf, wie der Prozess der Datenmeldung bewertet wird und wie das Statistische Bundesamt durch Verantwortliche in den Unternehmen wahrgenommen wird.

Daneben gibt es mehrere Befragungen privater Haushalte, die sowohl verpflichtend (zum Beispiel der Mikrozensus) als auch mit freiwilliger Teilnahme (zum Beispiel die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) durchgeführt werden. Auskunftgebende äußern sich vermutlich auch in ihrem privaten und beruflichen Umfeld über ihre Wahrnehmung der Datenerhebung und den „Absender“ der Anforderungen, sodass auch mittelbare Einflüsse auf die Reputation der amtlichen Statistik entstehen. Die Eindrücke der Auskunftgebenden formen, so ist anzunehmen, das Gesamtbild der amtlichen Statistik. Dabei wird häufig nicht zwischen dem zuständigen Statistischen Landesamt und dem Statistischen Bundesamt differenziert.

Da aus Datenschutzgründen keine Kontaktdaten aus amtlichen Erhebungen genutzt werden konnten, hat das LINK Institut Befragungspersonen über repräsentative Auswahlrahmen kontaktiert. Für die Privatpersonen wurde die ADM-Telefonstichprobe¹ einschließlich der Mobilfunknummern (70% Festnetz, 30% Mobilfunk) herangezogen. Die Stichprobe enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch zufällig generierte Telefonnummern.

Die zufällige Auswahl einer Person aus dem Haushalt wurde mit dem sogenannten verkürzten Schwedenschlüssel² realisiert. Dabei spielte es keine Rolle, ob die Privatpersonen bereits an amtlichen Erhebungen teilgenommen hatten oder nicht, da es im Vergleich zu einer klassischen Kundenbefragung in der Reputationsanalyse um ein Bild der gesamten Zielgruppe geht und in diesem Zusammenhang auch herausgefunden wer-

den sollte, wie die Teilnahmebereitschaft an freiwilligen Erhebungen gesteigert werden kann. Das LINK Institut befragte dazu 2 200 in Deutschland lebende Privatpersonen über 18 Jahren.

Für die Unternehmensbefragung wurde eine tagesaktuelle Unternehmensdatenbank mit einem Ansprechpartner auf der ersten Führungsebene genutzt. Für die Ziehung der Stichprobe wurde ein teilweise disproportionaler Vorgehen gewählt. Die Stichprobe wurde über die Branchen proportional und über die Unternehmensgrößen disproportional angelegt. Dieses Vorgehen hatte das Ziel, auch große Unternehmen mit einer genügend großen Fallzahl abzubilden.

Das LINK Institut realisierte 1 000 telefonische Interviews mit Geschäftsführern oder Personen in Leitungsfunktion, in deren Verantwortungsbereich die Auskunftspflicht fällt. Diese Fokussierung war nötig, um verwertbare Ergebnisse zu erhalten, da in den Unternehmen unterschiedlichste Personen – vom Auszubildenden bis zum Geschäftsführer – mit der Auskunftspflicht betraut sein können.

Schnelle Multiplikatoren

In früheren Kundenbefragungen wurden Kunden aus dem Bereich Medien bereits über ihre Zufriedenheit mit dem Daten- und Serviceangebot des Statistischen Bundesamtes befragt. Der Grad ihrer Zufriedenheit war immer überdurchschnittlich hoch. Da eine erneute Kundenbefragung keine neuen Erkenntnisse liefern würde, wurden bestimmte Zielgruppen ausgewählt. Die verstärkte Nutzung von Online-Medien hat auch zu einer Spezialisierung im Pressewesen geführt. Als relativ neue Berufsgruppe treten zunehmend Online- und Datenjournalisten (sogenannte schnelle Multiplikatoren) auf, die als Reputationsträger möglicherweise andere Anforderungen stellen als die bisher bekannten.

Über Online-Medien können Meldungen heute in kürzester Zeit verbreitet und einem großen Nutzerkreis zugänglich gemacht werden. Im Rahmen der Analyse war es von Interesse herauszufinden, welche besonderen Bedürfnisse bei Online- und Datenjournalisten bestehen. Die Arbeit von Datenjournalisten ist vorwiegend datenbasiert. Sie sind auf die (visuelle und interaktive) Aufbereitung großer Datenmengen aus verschiedenen Quellen spezialisiert. Es ist zu erwarten, dass sich diese Form

1 Der ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. führt ein Stichprobensystem für Telefonbefragungen in Deutschland (www.adm-ev.de).

2 Der Interviewer gibt die Anzahl der möglichen Personen ein, dann wird bei mehr als einer Person im Haushalt eine computergesteuerte Zufallsauswahl durchgeführt.

des Journalismus weiter etablieren wird, da vermehrt Studiengänge wie Datenjournalismus und Datenvisualisierung an den Hochschulen angeboten werden.

Als Grundlage für die Entwicklung des quantitativen Online-Fragebogens führte das LINK Institut fünf einstündige Einzelinterviews mit Online- und Datenjournalisten deutscher Leitmedien durch.¹³ Insgesamt wurden im quantitativen Teil der Studie 300 Online-Interviews mit schnellen Multiplikatoren durch eine Online-Befragung realisiert. Als Kontaktbasis dienten 3 000 Redaktionsadressen von Onlineredaktionen.

Junge Multiplikatoren

Junge Akademiker nutzen statistische Daten im Studium und im späteren Arbeitsleben. Es ist davon auszugehen, dass sie im Anschluss an ihre universitäre Ausbildung in der Wirtschaft, im öffentlichen Dienst oder in der Wissenschaft arbeiten und zu wichtigen Reputationsträgern für die statistischen Ämter werden. Deshalb ist ihre Wahrnehmung der amtlichen Statistik von besonders nachhaltiger Bedeutung.

Befragt wurden 1 000 Studierende der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Kommunikationswissenschaften und Publizistik) an deutschen Universitäten, die mindestens im 5. Semester studieren, oder Absolventen, die innerhalb des letzten Jahres ihr Bachelor- oder Masterstudium abgeschlossen haben. Separat befragt wurden darüber hinaus 290 Doktoranden aus den genannten Studienbereichen an 35 deutschen Universitäten. Als Grundlage für den quantitativen Fragebogen führte das LINK Institut eine zweistündige Gruppendiskussion mit jungen Multiplikatoren durch, an der Studierende, Absolventen und Doktoranden teilgenommen haben.

Die Interviews mit den jungen Multiplikatoren wurden online durchgeführt. Für die Bildung eines Auswahlrahmens wurde im Vorfeld der Studie Rücksprache mit verschiedenen Universitäten und einer weiteren Institution im Bereich Hochschulforschung gehalten, um herauszufinden, ob über diesen Weg auf eine repräsentative Stichprobe zuzugreifen wäre. Aufgrund der Vielzahl von Umfrageanfragen und internen Befragungen im Rahmen des für die Universitäten immer wichtiger werdenden Qualitätsmanagements, lehnen viele Uni-

versitäten jedoch grundsätzlich eine Mitwirkung dieser Art ab. Daher wurde für die repräsentative Befragung der Studierenden auf Onlinepanels zurückgegriffen. Für die Doktorandenstichprobe wurde aus demselben Grund eine Zufallsstichprobe aus allen Universitäten mit entsprechenden Fächern gezogen und an 35 Universitäten die Kontaktadressen der Doktoranden recherchiert.

2.2 Reputationsmessung

Um die Reputationswerte für das Statistische Bundesamt für die einzelnen Zielgruppen zu bestimmen, wurde die Reputation empirisch mehrdimensional erfasst. Das Messmodell in Anlehnung an Charles J. Fombrun (Fombrun, 1996) umfasst folgende Dimensionen: emotionale Wirkung (Sympathie), Produkte und Services (Qualität, Vertrauenswürdigkeit), Vision und Führung (Neutralität, Innovation), Arbeitsplatzumgebung (Professionalität, Kompetenz der Beschäftigten), finanzielle Leistung (Umgang mit Steuergeldern) und soziale Verantwortung (Stellenwert für Gesellschaft). Die zu bewertenden Statements aus dem Modell wurden an die Gegebenheiten des Statistischen Bundesamtes angepasst und auf einer siebenstufigen Likert-Skala (von „trifft überhaupt nicht zu“ bis „trifft voll und ganz zu“) operationalisiert. Dabei kamen für die verschiedenen Zielgruppen größtenteils identische Statements zum Einsatz. Um die Interpretation zu vereinfachen, wurde über die einzelnen Bereiche durch Summenbildung ein Reputationsindex entsprechend der Skala von 1 bis 7 gebildet (1 steht für sehr niedrige und 7 für eine sehr hohe Reputation), der für jede einzelne Zielgruppe darstellbar ist.

2.3 Erfassung von Zielgruppenbedürfnissen mit dem KANO-Modell

Wenn Zielgruppen wie in herkömmlichen Kundenbefragungen nach einer Bewertung der vorhandenen Produkte und Leistungen befragt werden, können potenziell neue und latente Anforderungen nicht in ausreichendem Maße abgebildet werden. Aus diesem Grund wurden zur Erfassung der Zielgruppenbedürfnisse und der Berührungspunkte zum Statistischen Bundesamt bei den schnellen und jungen Multiplikatoren zunächst qualitative Verfahren in Form von Einzelinterviews und Gruppendiskussionen durchgeführt. In der quantitativen Phase kam unter anderem das sogenannte KANO-

3 Die Interviews wurden über Videotelefonie durchgeführt.

Modell zum Einsatz, um den Stellenwert der verschiedenen Bedürfnisse quantitativ zu erfassen. Das Modell wird häufig in der Produktentwicklung und Qualitätssicherung eingesetzt und wurde an die Erfordernisse der Reputationsanalyse angepasst. Es wurde in den 1980er-Jahren von Professor Noriaki Kano in Japan entwickelt und unterscheidet verschiedene Kategorien von Bedürfnissen. (Kano und andere, 1984) Im Blickpunkt der Reputationsanalyse stehen die Basis- und Begeisterungsfaktoren.

Basisfaktoren sind Muss-Anforderungen, deren Erfüllung von einer bestimmten Zielgruppe selbstverständlich und unausgesprochen vorausgesetzt wird. Wird der Basisfaktor nicht erfüllt, führt dies zu Unzufriedenheit. Basisfaktoren sind in jedem Fall wettbewerbsbestimmend. Bei Flugreisen wird zum Beispiel vorausgesetzt, dass ein eingetragener Koffer am Zielort ankommt. Fehlt der Koffer, führt dies zur Unzufriedenheit des Kunden, was sich negativ auf die Gesamtreputation der Fluggesellschaft auswirken kann.

Begeisterungsfaktoren sind unerwartete Leistungen, die begeistern und sich positiv auf die Reputation auswirken. Sie lösen keine Unzufriedenheit aus, wenn sie nicht vorhanden sind, da sie nicht erwartet werden. Wenn beispielsweise auf einem Economy-Class-Flug ein Bordservice angeboten wird, der in dieser Klasse nicht zum „Pflichtprogramm“ gehört, kann dies Passagiere begeistern.

Im Rahmen der Reputationsanalyse wurden die Zielgruppen zu ihren Basis- und Begeisterungsfaktoren im Hinblick auf Datensuche, Datennutzung und den Erhebungsprozess befragt. Dabei kam eine zweidimensionale Fragetechnik zum Einsatz. Die funktionale Abfrage bezieht sich auf den Zustand, wenn ein bestimmtes Angebot erfüllt ist, und die dysfunktionale Abfrage darauf, wenn ein bestimmtes Angebot nicht erfüllt ist. Aus der Kombination beider Antworten wird die Klassifizierung in unter anderem Basis- und Begeisterungsfaktoren vorgenommen und mittels verschiedener Maßzahlen hinsichtlich der Relevanz sortiert. Darüber hinaus werden auch Einflussgrößen auf die Gesamtzufriedenheit errechnet.

Ausgangspunkt einer Kano-Befragung ist die Auflistung von Anforderungen, die Zielgruppen an das Statistische Bundesamt stellen (unabhängig vom vorhandenen Leistungsspektrum) und die bewertet werden sollen. Diese

Vorarbeiten wurden im Rahmen des Vorbereitungsworkshops und mittels qualitativer Vorerhebungen durch das LINK Institut geleistet. Im folgenden Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse des quantitativen Teils der Studie vorgestellt.

3

Ergebnisse

Haushalte

Der Bekanntheitsgrad einer Institution zeigt, ob diese wahrgenommen wird und generelles Interesse an ihr besteht. Die Bekanntheit des Statistischen Bundesamtes steigt in der Gruppe der befragten Privatpersonen mit dem Alter und der Bildung. 95 % der Befragten mit Studium kannten das Statistische Bundesamt. Rund 14 % der Befragten wurden schon einmal zur Teilnahme an einer verpflichtenden oder freiwilligen Haushaltserhebung der amtlichen Statistik aufgefordert. 57 % der Teilnehmenden erachteten die Befragung als wichtig. Kritisch gesehen wurde vor allem die Länge der Befragung (43 %).

Die Reputation wurde wie in Abschnitt 2.2 beschrieben anhand verschiedener Aussagen gemessen. Positiv sticht hervor, dass das Statistische Bundesamt als allgemein anerkannt gilt (71 %), seine Arbeit als professionell (65 %) eingeschätzt wird und als wichtig in Bezug auf Informationen für Politik und Gesellschaft (68 %). Um die Interpretation zu vereinfachen, wurde aus einzelnen Statements mittels Summenbildung ein Reputationsindex gebildet. Der Mittelwert für den Index auf einer Skala von 1 bis 7 liegt für die Personen in Haushalten im Durchschnitt bei 4,7. [↪ Grafik 5](#) Befragte mit einem abgeschlossenen Studium weisen mit 4,9 einen etwas höheren Wert auf.

Am Beispiel einer dreimonatigen Tagebuchstudie (in Anlehnung an die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) wurden die Auskunftgebenden befragt, inwieweit die Teilnahmebereitschaft durch Incentives (Entschädigungen) erhöht werden kann. Insbesondere jüngere Personen zwischen 18 und 29 Jahren sahen Incentives als „Motivator“ zur Teilnahme an entsprechenden Studien an (75 %). Bargeld und Spenden (83 %), gefolgt von Informationen über die Studie (73 %) wurden für

eine dreimonatige Tagebuchstudie als am attraktivsten eingeschätzt. Als Bargeldentschädigung wurden durchschnittlich 105 Euro für eine Teilnahme an einer dreimonatigen Studie als angemessen betrachtet.

Da die Zielgruppe der Personen in Privathaushalten bezüglich der Merkmale Alter, Bildungsstand und beruflicher Hintergrund sehr heterogen ist, kristallisierten sich in der KANO-Analyse erwartungsgemäß nur wenige signifikante Basis- und Begeisterungsfaktoren heraus. Das Bereitstellen von Ergebnissen für die Auskunftgebenden nach der Erhebung stellte für 21% einen Basisfaktor dar, wird also selbstverständlich erwartet. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass ein Fünftel der Befragten verärgert wäre, wenn dies nicht erfüllt wird. Für 23% der Befragten war das Bereitstellen der Ergebnisse ein Begeisterungsfaktor. Ein Fünftel der Befragten setzte einen telefonischen Service zur Unterstützung der Auskunftspflichtigen voraus.

Unternehmen

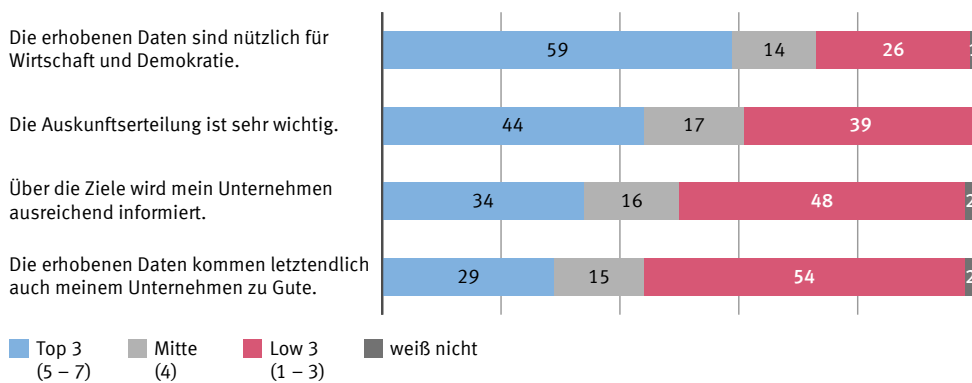
Rund 91 % der befragten Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten erteilten zum Zeitpunkt der Befragung Auskünfte bei einer oder mehreren amtlichen Unternehmensbefragungen. In der vorliegenden Befragung waren von den insgesamt 1000 Befragten 35% Unternehmer (eigener Betrieb oder Geschäftsführer) und 65% Mitarbeiter mit Personalverantwortung. Mit steigender Unternehmensgröße wurden mehr Mitarbeiter mit Personalverantwortung anstelle von Geschäftsfüh-

ren oder Unternehmern selbst befragt. Der Anteil der Unternehmen, die bereits Auskünfte an die amtliche Statistik erteilten, stieg erwartungsgemäß mit der Unternehmensgröße. Entsprechend nahm auch die Zahl der Statistiken zu, für die die Unternehmen meldepflichtig waren. Unternehmen mit 250 Mitarbeitern und mehr waren im Durchschnitt für sieben Statistiken meldepflichtig, Unternehmen mit bis zu 49 Mitarbeitern nur für rund drei Erhebungen. Jährliche Statistiken machten mit 77% den Hauptteil der Meldungen aus. Je größer ein Unternehmen war, desto geringer wurde die subjektive Belastung durch Befragungen eingeschätzt und desto höher war die Akzeptanz der Belastung durch die Auskunftspflicht.

Die Beurteilung der Meldepflicht für amtliche Statistiken fiel unterschiedlich aus. 59% der Befragten fanden die erhobenen Daten wichtig für Wirtschaft und Demokratie, aber nur 29% waren der Meinung, dass die Ergebnisse dem eigenen Unternehmen zugutekommen. Nur 34% der Unternehmen fühlten sich über die Ziele der Auskunftserteilung ausreichend informiert. [↘ Grafik 1](#)

Bei der Reputationsmessung fällt positiv auf, dass das Statistische Bundesamt bei den Unternehmen als allgemein anerkannt (73%) und vertrauenswürdig (71%) gilt. Niedrige Zustimmungswerte zeigten sich analog zu den Privatpersonen im Hinblick auf die Wahrnehmung als innovativer Dienstleister (43%) und den sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern (30%). Insgesamt ergab sich ein Reputationsindex von 4,6. [↘ Grafik 5](#) Unternehmen, in denen Datenmaterial des Statistischen Bundesamtes

Grafik 1
Einstellungen befragter Unternehmen 2013
in %



Verwendet wurde eine Skala von 1 bis 7: 1 = stimme gar nicht zu, 7 = stimme voll und ganz zu.

2015 - 01 - 0032

Übersicht 2

Die wichtigsten Basis- und Begeisterungsfaktoren nach Zielgruppen

	Auskunftgebende	Schnelle Multiplikatoren	Junge Multiplikatoren
Basisfaktoren	<ul style="list-style-type: none"> • Studienergebnisse • Telefonservice 	<ul style="list-style-type: none"> • Kontaktservices per Mail und Telefon • Daten zeitnah auffindbar • alle Daten kostenfrei 	<ul style="list-style-type: none"> • Daten zeitnah auffindbar • alle Daten kostenfrei • ausführliche Methodenbeschreibungen (Doktoranden)
Begeisterungsfaktoren	<ul style="list-style-type: none"> • Studienergebnisse (Haushalte) • Datenlieferung online (Unternehmen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Interaktive Grafiken • Lesebeispiele zu Grafiken und Tabellen • Application Programming Interface (Datenjournalisten) 	<ul style="list-style-type: none"> • Lesebeispiele zu Grafiken und Tabellen • Daten auf mobilen Endgeräten (junge Absolventen)

verwendet wird, wiesen mit 4,9 einen höheren Reputationswert auf der Skala von 1 bis 7 auf.

Die KANO-Analyse zeigt, dass ein Drittel der Unternehmen sowohl einen telefonischen Service zur Unterstützung der Befragung als auch die Bereitstellung von Studienergebnissen nach den Befragungen als Muss-Anforderungen sahen. Größere Unternehmen haben eine höhere Anspruchshaltung und setzten entsprechende Serviceangebote wie das Bereitstellen von Ergebnissen eher voraus. Die Möglichkeit der Datenlieferung online begeisterte vor allem Unternehmen mittlerer Größe (27%). [↘ Übersicht 2](#)

Schnelle Multiplikatoren

Dem Bereich Datenjournalismus ordneten sich 64 % der Befragten zu, 6 % beschäftigten sich hauptsächlich damit. Rund 80 % der befragten Journalisten arbeiteten für überregionale Medien. Obwohl die Stichprobe nur auf Online-Redaktionen basierte, arbeitete die Hälfte der befragten Journalisten auch für Printmedien. Die Stichprobe wurde ressortübergreifend gezogen, allerdings waren die Bereiche Aktuelles, Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft verstärkt vertreten.

Bei der Rechercharbeit nutzten fast alle Befragten das Internet, etwa drei Viertel nutzten Printmedien. Jeder Zweite nutzte für Internetrecherchen ein Smartphone oder Tablet. Rund 65 % der Journalisten hatten Daten des Statistischen Bundesamtes schon einmal als Quelle genutzt, 8 % hatten schon einmal auf die Datenbank GENESIS-Online zugegriffen. Der wichtigste Kontaktweg zum Statistischen Bundesamt war die Website www.destatis.de. Journalisten, die das Statistische Bundesamt kannten, waren bereit, durchschnittlich 14 Minuten auf der Website oder innerhalb einer Datenbank nach

Informationen zu suchen, bevor sie einen Service kontaktierten.

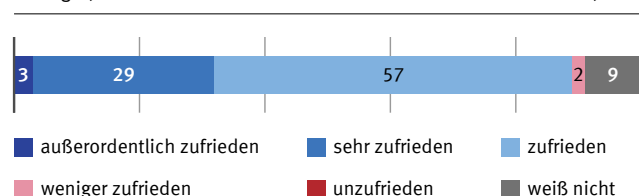
Die Zufriedenheit mit den Leistungen des Statistischen Bundesamtes war bei den schnellen Multiplikatoren sehr hoch. Beinahe 90 % waren zufrieden oder sehr zufrieden mit den Leistungen des Statistischen Bundesamtes und 94 % würden das Statistische Bundesamt weiterempfehlen. Die Reputationswerte des Statistischen Bundesamtes fallen sehr positiv aus. Besonders der Bereich „Produkte und Services“ schneidet bei den schnellen Multiplikatoren sehr gut ab. Entsprechend hoch war der Durchschnittswert mit 5,3 auf einer Skala von 1 bis 7. [↘ Grafiken 2, 3, 5](#)

Schnelle Multiplikatoren setzen voraus, dass es verschiedene Kanäle gibt, um mit dem Statistischen Bundesamt in Kontakt zu treten. Ein Kontaktservice per E-Mail und ein telefonischer Service wurden von 57 % beziehungsweise 38 % als selbstverständlich vorausgesetzt. Für etwa die Hälfte der Befragten waren die zeitnahe Auffindbarkeit und die kostenfreie Verfügbarkeit der Daten ein Muss.

Interaktive Grafiken auf der Website sind ein ausgeprägter Begeisterungsfaktor in dieser Zielgruppe.

Grafik 2

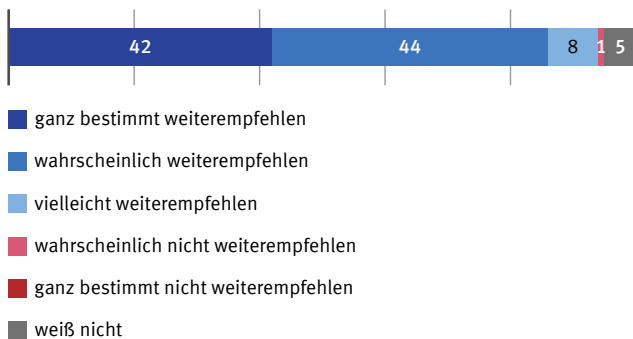
Gesamtzufriedenheit der schnellen Multiplikatoren 2013
Befragte, die schon Kontakt zum Statistischen Bundesamt hatten, in %



2015 - 01 - 0034

Grafik 3

Weiterempfehlung durch schnelle Multiplikatoren 2013
Befragte, die schon Kontakt zum Statistischen Bundesamt hatten, in %



2015 - 01 - 0035

Sie würden mehr als die Hälfte der schnellen Multiplikatoren begeistern. Mehr als ein Drittel der Befragten wäre von Lesebeispielen beziehungsweise Lesehilfen für Grafiken und Tabellen begeistert. Für die Subgruppe der Datenjournalisten und die Intensivnutzer der Destatis-Website ist eine API (Application Programming Interface) ein Begeisterungsfaktor. Dabei handelt es sich um eine Programmschnittstelle zum automatisierten Herunterladen großer Datenmengen.

Junge Multiplikatoren

Mehr als die Hälfte der jungen Absolventen hat das Statistische Bundesamt schon einmal als Datenquelle genutzt, 7% haben schon einmal auf die Datenbank GENESIS-Online zugegriffen. Die meisten jungen Studierenden beziehungsweise Absolventen mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung nutzten für ihre Recherchen Google oder gingen direkt auf entsprechende Websites

(73%), um Daten zu finden. Mehr als die Hälfte hat auf Datenmaterial zurückgegriffen, das von Dozenten oder Fachbereichen empfohlen wurde. Ein Drittel der Befragten gab an, dass das Statistische Bundesamt schon einmal empfohlen wurde, dies war überdurchschnittlich häufig in den Politikwissenschaften der Fall. Wer junge Multiplikatoren erreichen will, muss ihre bevorzugten Informationskanäle kennen. Die Nutzung des Internets am PC war für 93% das wichtigste Recherchewerkzeug für Studienzwecke. Mehr als die Hälfte der Befragten nutzte bereits Smartphones zu Studienzwecken, jeder Dritte nutzte Tablets. Für Doktoranden spielten mobile Geräte dagegen eine wesentlich geringere Rolle.

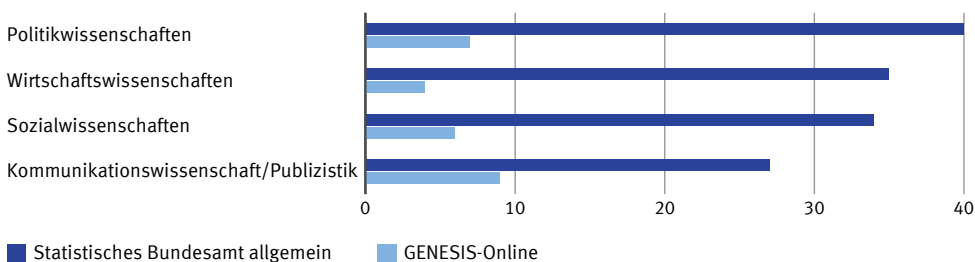
➤ **Grafik 4**

Die Gesamtzufriedenheit mit den Leistungen des Statistischen Bundesamtes lag bei jungen Absolventen bei 95% und in der Gruppe der Doktoranden bei 90%. Rund 65% der jungen Absolventen und 62% der Doktoranden konnten sich vorstellen, beim Statistischen Bundesamt zu arbeiten. Die Reputationswerte des Statistischen Bundesamtes bei den jungen Multiplikatoren sind als sehr gut zu bezeichnen. Wie bei den schnellen Multiplikatoren erzielte der Bereich Produkte und Services überdurchschnittliche Werte, die Hochwertigkeit der Daten, Kompetenz und Vertrauenswürdigkeit erzielten hohe Zustimmungswerte. Beim Reputationsindex gab es keine Unterschiede zwischen jungen Absolventen und Doktoranden, der Wert liegt bei 5,3 auf der Skala von 1 bis 7. ➤ **Grafik 5**

Bezüglich der Basisfaktoren gab es Überschneidungen mit den schnellen Multiplikatoren: Zeitnahe Auffindbarkeit der Daten und Kostenfreiheit waren die wichtigsten Muss-Anforderungen junger Absolventen.

Grafik 4

Empfehlung von ausgewählten Datenquellen durch Universität oder Dozenten nach Studiengängen 2013
in %



2015 - 01 - 0036

Doktoranden sahen darüber hinaus ausführliche Methodenbeschreibungen als Basisfaktor an. Lesebeispiele zu Tabellen und Grafiken würden die Hälfte der jungen Absolventen und Doktoranden gleichermaßen begeistern. Die Möglichkeit zur Datenrecherche über mobile Endgeräte würde ein Drittel der jungen Absolventen begeistern.

4

Fazit

Die Ergebnisse der Reputationsanalyse sind für künftige Planungen des Statistischen Bundesamtes von hoher Bedeutung. Anhand der Ergebnisse können Ressourcen in Bezug auf „Reputationsgewinne“ bei den untersuchten Zielgruppen effektiver eingesetzt und die strategischen Ziele des Hauses entsprechend ausgerichtet werden. [↪ Grafik 5](#)

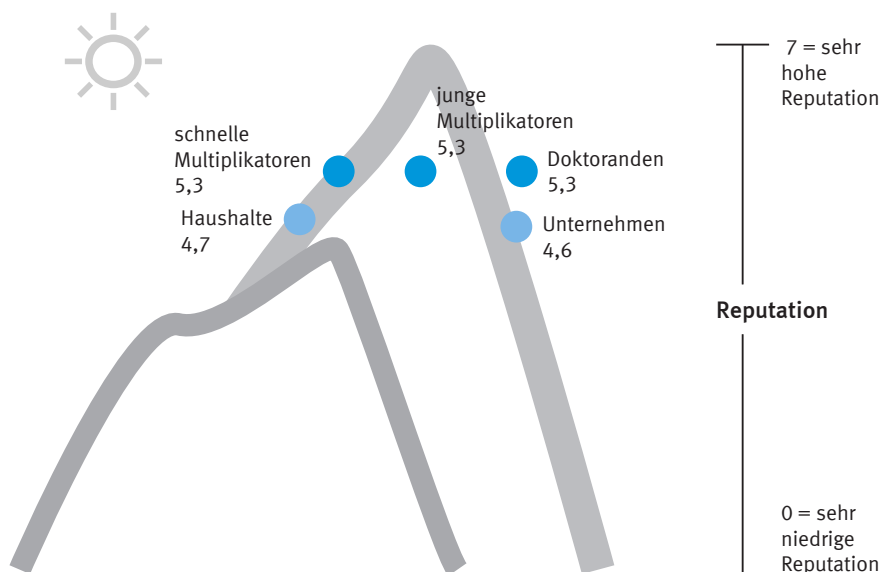
Ein gutes Beispiel dafür, wie die Ergebnisse der Analyse konkret genutzt werden können, um Produkte im Sinne der Zielgruppen mit einem relativ geringen Aufwand zu verbessern, zeigt sich besonders bei schnellen und jungen Multiplikatoren: Dass Lesebeispiele für Grafiken

und Tabellen im Sinne von Lesehilfen beide Zielgruppen begeistern würden, deutet darauf hin, dass die Statistikkompetenz wichtiger Zielgruppen häufig überschätzt wird. Aus den Ergebnissen der KANO-Analyse können weitere konkrete Maßnahmen und Handlungsfelder abgeleitet werden, um Journalisten und junge Akademiker künftig noch besser zu erreichen. Überraschend war die Tatsache, dass die Präsenz amtlicher Statistik in sozialen Medien weder für die Journalisten noch für die jungen Akademiker eine Rolle als Basis- oder Begeisterungsfaktor spielte.

Das Statistische Bundesamt erreichte im Durchschnitt gute bis sehr gute Reputationswerte. Diese variierten allerdings deutlich zwischen Auskunftgebenden und Multiplikatoren. Ein Teil dieser Unterschiede ist darauf zurückzuführen, dass die Auskunftgebenden größtenteils verpflichtet sind, mit ihrer Datenlieferung eine Leistung für die Statistik zu erbringen, während sich die Multiplikatoren an das Statistische Bundesamt wenden, um Daten zu bekommen. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass das Zurückspielen der Ergebnisse nach den Erhebungen für die Auskunftgebenden eine Muss-Anforderung ist; deren Erfüllung kann ein Gegengewicht zum empfundenen Aufwand der Befragten bilden und sich positiv auf die Reputation der amtlichen Statistik auswirken. [↪](#)

Grafik 5

Reputationswerte nach Zielgruppen 2013



2015 - 01 - 0033

LITERATURVERZEICHNIS

Dausmann, Ulrike. *Kundenzufriedenheitsbefragung 2011*. In: *Wirtschaft und Statistik* 8/2012, Seite 623 ff.

Eckert, Angelika. *E-Commerce-Studie: So zahlt der Kunde gerne*. In: *WEAVE* 6/2013, Seite 98 ff.

Eurostat. *The European Statistical System (ESS) Vision 2020*. [Zugriff im Oktober 2014]. Verfügbar unter: ec.europa.eu

Fombrun, Charles J. *Reputation: Realizing Value from the Corporate Image*. Boston 1996.

Gray, Jonathan/Bounegru, Liliana/Chambers, Lucy. *The Data Journalism Handbook*. 2012 [Zugriff am: 20. Januar 2015]. Verfügbar unter: <http://datajournalismhandbook.org>

Kano, Noriaki/Seraku, Nobuhiko/Takahashi, Fumio/Tsuji, Shin-ichi. *Attractive Quality and Must-be Quality*. In: *Journal of the Japanese Society for Quality Control*, Nr. 2/1984, Seite 147 ff.

Lauff, Helen/Wachenfeld, Alexandra. *Abschlussbericht zum Projekt Reputations- und Akzeptanzanalyse für das Statistische Bundesamt*. Frankfurt 2014.

Marx, Dominic. *Das Kano-Modell der Kundenzufriedenheit: Ein Modell zur Analyse von Kundenwünschen in der Praxis*. Hamburg 2014.

Schneider, Jörg. *ReputationControl – Befragungstool für das umfassende Controlling der Corporate Reputation*. LINK Fokus, Informationsreihe des LINK Instituts zur Markt-, Sozial- und Meinungsforschung, 2013.

WELCHER BÜROKRATIEAUFWAND IST MIT DER GRÜNDUNG EINES UNTERNEHMENS VERBUNDEN?

Dr. Daniel Vorgrimler, Ansgar Bitz, Patrick Schweizer, Yvonne Vatter

↳ **Schlüsselwörter:** Unternehmensgründungen – bürokratische Belastung – Erfüllungsaufwand – Bürokratieabbau – Auskunftspflicht

ZUSAMMENFASSUNG

Unternehmensneugründungen sind ein Motor für Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Vor Geschäftsbeginn müssen von den Gründerinnen und Gründern jedoch einige rechtliche Vorgaben erfüllt werden. Dies erzeugt Personalkosten, die im Extremfall dazu führen können, dass eine Gründung unterbleibt und damit die gewünschten gesamtwirtschaftlichen Effekte ausbleiben. Im Rahmen eines Projektes hat das Statistische Bundesamt den Erfüllungsaufwand für Betriebsgründungen, von der Geschäftsidee bis zum ersten Umsatz, untersucht und Wege zur Reduktion von bürokratischer Belastung aufgezeigt. Das Ziel ist, die Belastung für die Gründerinnen und Gründer zu minimieren.

Die Auswertung von 108 Interviews mit Unternehmensgründerinnen und -gründern ergab, dass durch die Bündelung administrativer Prozesse bei einer einheitlichen Anlaufstelle über 20 % des anfallenden Erfüllungsaufwandes eingespart werden könnten.

↳ **Keywords:** start-ups – compliance costs – administrative burdens – single point of contact – bureaucracy reduction – obligation to respond

ABSTRACT

Business start-ups are a driving force for economic growth and job creation. Before starting their business, however, entrepreneurs have to meet some legal requirements. This involves staff costs which, in extreme cases, may lead to the start-up project being cancelled and, consequently, the desired macroeconomic effects not taking place. In a project, the Federal Statistical Office of Germany examined the compliance costs for newly founded companies in Germany, from the initial business idea to the operational phase, and showed ways to reduce the administrative burdens. The goal is to minimise the burden on start-ups.

Dr. Daniel Vorgrimler

ist studierter Volkswirt und Leiter des Grundsatzreferats im Bereich „Bürokratiekostenmessung“ des Statistischen Bundesamtes und für die methodische Weiterentwicklung der Statistik verantwortlich. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in vertiefenden Analysen zu den Bürokratiekosten.

Ansgar Bitz

ist Magister der Soziologie und seit 2012 als Referent im Grundsatzreferat des Bereichs „Bürokratiekostenmessung“ für die Berechnung des Bürokratiekostenindex und Ex-ante-Schätzungen zu Gesetzesvorhaben zuständig. Zuvor war er vier Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl „Organisation von Arbeit und Betrieb“ des Soziologischen Instituts der Johannes Gutenberg-Universität Mainz tätig.

Patrick Schweizer

ist M. A. der Soziologie und Betriebswirtschaftslehre. Im Bereich „Bürokratiekostenmessung“ beschäftigt er sich neben der Konzeption und der Organisation von Messprozessen auch mit der Weiterentwicklung und Koordinierung von IT-Werkzeugen.

Yvonne Vatter

ist Soziologin und Anglistin. Als Referentin im Bereich „Bürokratiekostenmessung“ war sie insbesondere für Konzeption, Planung und Steuerung der Erhebung verantwortlich. Im Februar 2014 hat sie den Bereich verlassen und betreut nun unter anderem die Geschäftsstelle der Amtsleiterkonferenz der statistischen Ämter.

Einleitung

Gründungen von Unternehmen, die mit innovativen Produkten in bestehende Märkte eintreten, sind ein wichtiger Baustein der wirtschaftlichen Dynamik einer Volkswirtschaft. Gleichzeitig tragen sie wesentlich zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei, denn beinahe jede fünfte neue Stelle wird durch eine Neugründung geschaffen. (Schneck/May-Strobl, 2013) Allerdings kann sich nicht jede Idee auf Dauer durchsetzen: So verschwindet jedes zweite der jährlich rund 400 000 gegründeten Unternehmen innerhalb der ersten fünf Jahre wieder vom Markt. (Schneck/May-Strobl, 2013, Seite VI)

Angesichts der hohen Bedeutung für die wirtschaftliche Dynamik und des Risikos, dem sich Gründerinnen und Gründer aussetzen, ist es ein wichtiges Ziel der Politik, administrative Rahmenbedingungen für eine Unternehmensgründung so zu setzen, dass sie einerseits die entsprechende Rechtssicherheit gewährleisten und andererseits nicht durch überbordende Regelungen das Gründungsgeschehen unnötig erschweren.

Da sowohl von den Wirtschaftsverbänden als auch von der Politik übermäßige Bürokratie als ein Hemmnis für Gründungen identifiziert wurde, existieren zu diesem Thema bereits zahlreiche Studien. So ermittelt das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn (IfM Bonn) seit 2007 in regelmäßigen Abständen die Dauer und Kosten administrativer Gründungsverfahren in Deutschland auf der Grundlage eines EU-weiten Vergleichs von drei ausgewählten Kommunen. (Holz, 2011) Oftmals ist das Ziel solcher Untersuchungen, die gesamte Verfahrensdauer zu ermitteln, die mit dem Genehmigungsverfahren für Gründer verbunden ist. Dabei wird jedoch in der Regel außer Acht gelassen, welchen spezifischen Aufwand Gründerinnen und Gründer betreiben müssen, um den vielen Verpflichtungen in Form von Anträgen, Genehmigungen und Registrierungen nachzukommen, bevor sie unternehmerisch tätig werden können. Diese Lücke wurde durch das im Folgenden beschriebene „Gründerprojekt“ geschlossen.

1

Projekthintergrund

Das Projekt „Erfüllungsaufwand im Bereich der Betriebsgründung – Ablauf von der Geschäftsidee zum ersten Umsatz“ ist eines der gemeinsam mit der Wirtschaft durchzuführenden Projekte aus dem Arbeitsprogramm der Bundesregierung zur besseren Rechtsetzung vom März 2012. (Bundesregierung, 2013, Seite 62 ff.)

Für die organisatorische Durchführung des Projektes wurde im Sommer 2012 unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (heute Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, BMWi) eine Projektgruppe gegründet. Diese bestand aus Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, von sieben Bundesländern¹ sowie des Bundeswirtschaftsministeriums selbst und der Geschäftsstelle Bürokratieabbau im Bundeskanzleramt. Der Normenkontrollrat war in beratender Funktion in der Projektgruppe vertreten. Das Statistische Bundesamt war mit der operativen Durchführung des Projektes betraut und führte die Erfüllungsaufwandsmessungen durch.

Die Messung des Erfüllungsaufwands als Maß der bürokratischen Belastung ist in solchen Projekten des Arbeitsprogramms kein Selbstzweck, vielmehr dient sie der Reduzierung des Erfüllungsaufwands in den ausgewählten Lebens- und Rechtsbereichen.

Im nachfolgenden Kapitel steht die Beschreibung des eigentlichen Untersuchungsgegenstandes im Mittelpunkt der Betrachtung. Das dritte Kapitel stellt die wichtigsten Ergebnisse der Studie dar. Die abschließenden Schlussfolgerungen aus dem Projekt runden den Beitrag ab.

Der Gesamtbericht zum Projekt wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unter dem Titel „Erfüllungsaufwand im Bereich der Betriebsgründung“ zusammen mit einer Pressemitteilung am 26. September 2014 veröffentlicht. (BMWi, September 2014)

¹ An dem Projekt direkt beteiligten sich die Länder Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Sachsen und Thüringen.

2

Gegenstand und Ablauf der Untersuchung

Gründungsprozesse verlaufen sehr unterschiedlich. Um den Untersuchungsgegenstand für das Projekt zu operationalisieren, sind daher zunächst betriebswirtschaftliche und administrative Prozesse unterschieden worden. Betriebswirtschaftliche Prozesse sind im Sinne des Projektes Prozesse, die eine Unternehmensgründerin beziehungsweise ein Unternehmensgründer aus betriebswirtschaftlicher Perspektive heraus anstößt beziehungsweise bearbeitet. Hierzu zählen zum Beispiel Entscheidungen zur Unternehmensstrategie sowie zu den Finanzierungswegen. Im Gegensatz dazu werden administrative Prozesse von Gründerinnen und Gründern bearbeitet, um staatliche Anforderungen zu erfüllen. Diese Prozesse sind alleiniger Gegenstand der Untersuchung. Die betriebswirtschaftlichen Prozesse werden ausgeklammert, da sie durch die individuellen Entscheidungsprozesse der Gründerin beziehungsweise des Gründers beeinflusst sind und die entsprechenden Verfahrensschritte nicht gesetzlich veranlasst sind.

Doch auch die administrativen Prozesse sind in ihrer Ausgestaltung sehr heterogen, sodass aus Gründen der Operationalisierung auch hier inhaltliche Eingrenzungen vorgenommen werden mussten. So wurde die Informationsbeschaffung im Vorfeld einer Gründung im Rahmen des Projektes nicht quantitativ erfasst. Der Informationsstand einer Gründerin beziehungsweise eines Gründers variiert individuell so stark, dass die Messung des Aufwands für das Beschaffen der notwendigen Informationen nicht sinnvoll erschien. Die Aufwandsmessung geht vielmehr von einer über den Gründungsprozess bereits informierten Person aus. Um dennoch die Bedeutung der Informationsbeschaffung zu berücksichtigen, wurde dieser Prozessschritt mittels qualitativer Fragen in die Untersuchung miteinbezogen.

Die im Anschluss an die Informationsbeschaffung notwendigen administrativen Prozesse sind abhängig von den spezifischen rechtlichen Erfordernissen einer Unternehmensgründung. So wird unterschieden zwischen administrativen Prozessen aufgrund von gesetzlichen Vorgaben, die unabhängig von der Art des gegründeten Unternehmens immer anfallen (Kernprozess), wie bei-

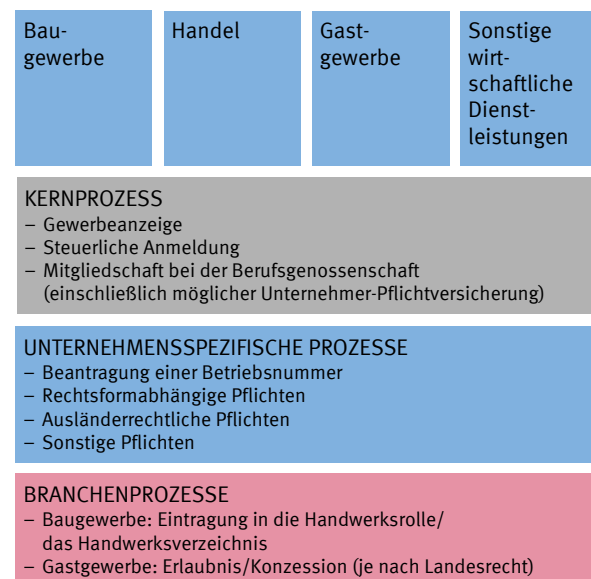
spielsweise der Bezug einer Steuernummer, und Prozessen, die nur unter bestimmten Bedingungen notwendig sind. Diese können von der Branche abhängen, in denen das Unternehmen gegründet wird (Branchenprozesse), von der jeweiligen Rechtsform oder von der Existenz von Beschäftigten (unternehmensspezifische Prozesse). Die Unternehmensgründung beziehungsweise der formale Gründungsprozess wird als abgeschlossen angesehen, sobald das gegründete Unternehmen formal handlungsfähig ist und Umsatz erwirtschaftet.

Von den jährlich rund 400 000 Unternehmensneugründungen finden etwa zwei Drittel in den Branchen „Baugewerbe“, „Handel“, „Gaststätten“ und „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ statt.¹² Um nicht jede Branchenausprägung untersuchen zu müssen und dennoch ein möglichst umfassendes Bild der bürokratischen Belastungen bei Unternehmensgründungen zeichnen zu können, konzentrierte sich die Messung branchenspezifischer Prozesse auf die vier oben genannten Branchen.

Aufgrund dieser Abgrenzungen deckte die Messung des Erfüllungsaufwands drei Bereiche ab, von denen die

Grafik 1

Administrative Prozesse bei einer Unternehmensgründung



2015 - 01 - 0029

2 Statistiken zum Gründungsgeschehen finden sich bei IfM-Statistik zu Gründungen und Liquidationen. [Zugriff am 7. Januar 2015] Verfügbar unter: www.ifm-bonn.org

befragten Gründerinnen und Gründer – je nach Art ihrer Gründung – unterschiedlich betroffen sind. Innerhalb dieser Bereiche gibt es Pflichten, die von allen Gründerinnen und Gründern, die von den Bereichen tangiert sind, erfüllt werden müssen. [↘ Grafik 1](#)

Die Messung des Erfüllungsaufwands administrativer Prozesse soll Wege aufzeigen, die bürokratische Belastung zu minimieren. Als ein wichtiger Schritt zur Vereinfachung der administrativen Prozesse wird – sowohl aus Sicht der Verbände als auch der Politik – die Einführung beziehungsweise der weitere Ausbau eines „Einheitlichen Ansprechpartners“ eingestuft³. Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) begrüßte in ihrem Wirtschaftsausblick 2013 die Einrichtung zentraler Anlaufstellen für Unternehmensgründungen und verspricht sich hierdurch eine höhere Dynamik der deutschen Wirtschaft. (OECD, 2013) Eine weitere rechtliche Stärkung dieses Systems soll einen Beitrag dazu liefern, die Prozesse für den Existenzgründer weiter zu vereinfachen. Entsprechend dieser Hypothesen wurde die Messung des Erfüllungsaufwands aus den administrativen Prozessen des Gründungsgeschehens an drei Szenarien ausgerichtet, die auf eine unterschiedliche formale Ausgestaltung und Intensität der Nutzung der einheitlichen Anlaufstelle abstellen. Damit soll die Wirkung einheitlicher Anlaufstellen gemessen und deren offenes Potenzial für eine Belastungsreduzierung bei Unternehmensgründungen ermittelt werden.

Die Gründerinnen und Gründer wurden telefonisch durch das Statistische Bundesamt befragt. Adressen befragungsbereiter Personen wurden von den teilnehmenden Verbänden und den Bundesländern übermittelt. Um möglichst aussagekräftige Ergebnisse sicherzustellen,

wurden 108 Interviews mit Gründerinnen und Gründern geführt; damit ist die Befragung eine der umfangreichsten empirischen Erhebungen zu diesem Thema.

3

Erfüllungsaufwand administrativer Prozesse bei Unternehmensgründungen

3.1 Qualitative Ergebnisse zur Informationsbeschaffung

Der eingeschränkte individuelle Informationsstand der Gründerinnen und Gründer sowie die begrenzten Möglichkeiten, die für die Gründung notwendigen Informationen zu finden, wurden im Vorfeld der Befragung insbesondere von den Verbänden als Gründungshemmnisse eingestuft. Entgegen dieser Erwartung beurteilten die befragten Gründerinnen und Gründer ihren eigenen Informationsstand zum Zeitpunkt der Gründung überwiegend als gut. Nur 30 der 108 Befragten gaben an, keine oder nur wenige Informationen zu den administrativen Gründungsprozessen gehabt zu haben. Darüber hinaus hatte die Mehrheit der Gründerinnen und Gründer nur geringe Probleme damit, die notwendigen Informationen zu erhalten. Nur 21 Befragte gaben an, die Informationsbeschaffung als aufwendig beziehungsweise sehr aufwendig empfunden zu haben. Grundsätzlich lässt sich hier ein Zusammenhang zwischen dem Informationsstand und dem notwendigen Aufwand bei der Informationsbeschaffung feststellen. Gründerinnen und Gründer, die im Vorfeld der Gründung wenig informiert waren, empfanden tendenziell die Informationsbeschaffung als aufwendiger als insgesamt gut informierte Gründerinnen und Gründer. Der zu diesem Zweck gemessene Korrelationskoeffizient (Tau-b) liegt hier bei 0,3.

Der überwiegende Teil der befragten Gründerinnen und Gründer, nämlich 68, gaben die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern als wichtigste Informationsquelle an. Zehn Personen wandten sich an die Gewerbeämter und lediglich drei Gründerinnen und Gründer informierten sich beim oben beschriebenen

3 Der „Einheitliche Ansprechpartner“ basiert auf der EU-Dienstleistungsrichtlinie [Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (Amtsblatt der EU Nr. L 376, Seite 36)] und soll in Deutschland unter anderem die Gründerinnen und Gründer bei der Unternehmensgründung unterstützen. Dies soll durch die Bündelung unterschiedlicher Behördengänge an einer zentralen Stelle geschehen. Der Einheitliche Ansprechpartner fällt in die Zuständigkeit der Bundesländer. Dort wird er unterschiedlich umgesetzt, zum Beispiel im Hinblick auf die Organisationseinheit, bei der der Einheitliche Ansprechpartner angesiedelt ist. So werden die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners in Bayern von den Kammern der von der Dienstleistungsrichtlinie betroffenen gewerblichen und freien Berufe übernommen. [Zugriff am 7. Januar 2015] www.eap.bayern.de In Hessen dagegen ist der Einheitliche Ansprechpartner bei den drei Regierungspräsidien angesiedelt. [Zugriff am 7. Januar 2015] www.eah.hessen.de

Welcher Bürokratieaufwand ist mit der Gründung eines Unternehmens verbunden?

nen Einheitlichen Ansprechpartner (gemäß EU-Dienstleistungsrichtlinie) über die notwendigen Schritte einer Unternehmensgründung.

3.2 Erfüllungsaufwand bei einer Unternehmensgründung

Der Erfüllungsaufwand bei einer Unternehmensgründung besteht teilweise aus Personalkosten und zu einem bedeutenden Teil aus Wege- und Wartezeiten. Personalkosten im Sinne der Bürokratiekostenmessung sind die monetarisierten Zeitaufwände, die Gründer und Gründerinnen zur Erfüllung der rechtlichen Vorgaben aufbringen. Der administrative Zeitaufwand für eine Unternehmensgründung liegt bei 113 Minuten. Davon entfallen 61 Minuten auf Personalaufwand und 52 Minuten auf Wege- und Wartezeiten. Monetarisiert mit einem durchschnittlichen Lohnsatz von 33,20 Euro (zu den Lohnsätzen siehe Statistisches Bundesamt, 2012, Seite 45) ergeben sich hieraus Personalkosten von insgesamt 61,69 Euro. Hinzu kommen noch Sachkosten in Höhe von 33,46 Euro. Der gesamte Erfüllungsaufwand für eine Gründung beträgt somit 95,15 Euro. Nachrichtlich ausgewiesen, da sie nicht zum Erfüllungsaufwand gehören, sind die Gebühren je Unternehmensgründung, die sich im Durchschnitt auf 120,78 Euro belaufen.

↘ **Tabelle 1**

Tabelle 1

Erfüllungsaufwand bei einer Unternehmensgründung

	Zeitaufwand je Fall	Lohnsatz ¹	Aufwand je Fall
	Minuten	EUR	
Personalkosten	61	33,20	33,45
Kosten für Wege-/Wartezeiten	52	33,20	28,24
Zeitaufwand insgesamt	113	33,20	61,69
Sachkosten	X	X	33,46
Insgesamt	X	X	95,15
nachrichtlich: Gebühren je Fall	X	X	120,78

¹ Wie in Kapitel 3 beschrieben, wird bei der Gaststättenerlaubnis beziehungsweise der Anzeige bei Alkoholausschank der branchenspezifische Lohnsatz verwendet und hier nicht gesondert ausgewiesen.

Im Jahr 2012 gab es nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung insgesamt 346 412 Gründungen in Deutschland.⁴ Diese Zahl multipliziert mit dem Erfül-

lungsaufwand je Fall in Höhe von 95,15 Euro ergibt für das Jahr 2012 einen gesamten Erfüllungsaufwand in Höhe von 32,96 Millionen Euro.

Für die Bewertung des Zeitaufwandes von 61 Minuten ist zu bedenken, dass es sich bei dieser Zeit um die reine standardisierte Bearbeitungszeit bezogen auf die verschiedenen Antrags-, Nachweis- und Registrierungs-pflichten handelt. Für die einzelnen oben dargestellten branchen- und unternehmensspezifischen Prozesse und die darin enthaltenen Pflichten wurde der Zeitaufwand auf der Grundlage der Befragungsergebnisse ermittelt. Da Gründungsprozesse heterogen verlaufen, wurde der Erfüllungsaufwand einer „typischen“ Gründung berechnet. Hierfür wurden die einzelnen Ergebnisse entsprechend der tatsächlich vorkommenden Verteilung in der Wirtschaft für alle Gründungen hochgerechnet (für die Gewichtung der einzelnen Pflichten siehe die Verteilung in Tabelle 2). Der Aufwand je Fall ergibt sich dann aus der Division dieses Gesamterfüllungsaufwandes durch die Anzahl an Gründungen im Jahr 2012.

Darüber hinaus wurden – gemäß dem Standardkosten-Modell (Chlumsky und andere, 2006) – nur die in einem idealtypischen Prozess anfallenden Arbeitsschritte betrachtet. Unvorhergesehene, im Regelfall nicht auftretende Schwierigkeiten, welche zu längeren Bearbeitungszeiten führen, wurden ebenso wenig betrachtet wie rein im persönlichen Verhalten begründete Warte- und Liegezeiten im Arbeitsprozess. Aus diesen Gründen stellen die 61 Minuten die Untergrenze der tatsächlichen Bearbeitungszeiten einer Gründerin beziehungsweise eines Gründers dar. Durch dieses Vorgehen umfasst der ermittelte Zeitaufwand nur die Zeit, die durch die Gesetzgebung bestimmt ist und die der Gesetzgeber auch direkt beeinflussen kann.

Darüber hinaus wird der Vergleich von unterschiedlichen Pflichten ermöglicht, welche die Wirtschaft zu erbringen hat. Die Zeitdauer zur Bearbeitung der Anträge und Formulare bei einer Unternehmensgründung kann so mit anderen Pflichten verglichen werden. Dies ermöglicht eine Einschätzung darüber, wie groß der Handlungsbedarf des Gesetzgebers in diesem Regelungsfeld im Vergleich zu anderen Regelungsfeldern tatsächlich ist. Ein solcher Belastungsvergleich unterschiedlicher gesetzlicher Pflichten wird in Grafik 2 dargestellt. In einer logarithmierten Darstellung werden die 1000 Pflichten mit den höchsten bürokratischen Belastungen aus der

⁴ IfM-Statistik zu Gründungen und Liquidationen; siehe Fußnote 2.

Bestandsmessung von Informationspflichten der Wirtschaft differenziert nach Zeitaufwand und Fallzahl grafisch abgebildet. Die Grafik 2 wird durch zwei Linien in vier Felder unterteilt: Die horizontale Linie steht für den Median der Fallzahl (143 000) der 1 000 Pflichten und die vertikale für den Median des Zeitaufwands (30 Minuten). [↘ Grafik 2](#)

Die sich daraus bildenden vier Felder sind wie folgt zu interpretieren:

Feld I: Belastung der Pflicht wird durch die Fallzahl getrieben (Fallzahl liegt oberhalb des Median)

Feld II: Belastung der Pflicht wird sowohl durch Fallzahl als auch Zeitaufwand getrieben (beide Parameter liegen oberhalb des Median)

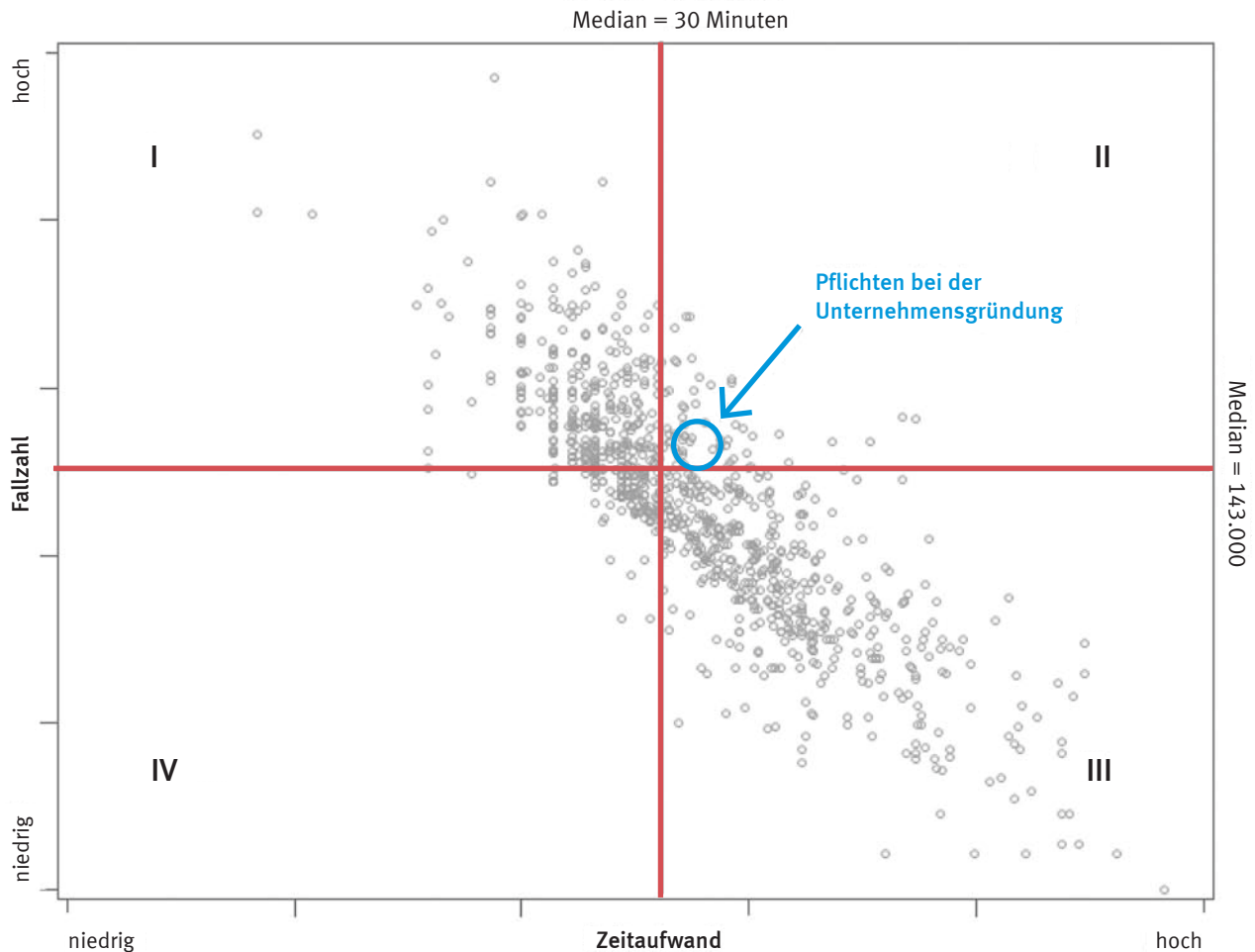
Feld III: Belastung der Pflicht wird durch den Zeitaufwand getrieben (Zeitaufwand liegt oberhalb des Median)

Feld IV: Belastung wird weder durch die Fallzahl noch durch den Zeitaufwand getrieben (beide Parameter liegen unterhalb des Median).

In Feld I sind die Unternehmen zeitlich nur in geringem Ausmaß von einer Pflicht betroffen, die Pflichten sind allerdings sehr häufig zu erfüllen. Eine Vereinfachung der Pflicht reduziert damit die Last im Einzelfall nur wenig, die gesamtwirtschaftliche Entlastungswirkung kann jedoch durch Fallhäufigkeit in der Summe sehr

Grafik 2

Vierfeldermatrix zur Einordnung der Belastung von Pflichten



2015 - 01 - 0030

Welcher Bürokratieaufwand ist mit der Gründung eines Unternehmens verbunden?

hoch sein. Ein Beispiel ist hier die Pflicht zur Aufbewahrung von Rechnungen nach dem Umsatzsteuergesetz.⁵

In Feld III sind teilweise nur sehr wenige Unternehmen von einer Pflicht betroffen, diese aber sehr intensiv. Dies gilt zum Beispiel für die Pflichten im Zuwendungsrecht. (Bundesregierung, 2010) Hier können gezielt für bestimmte Gruppen oder Sachverhalte die Bürokratiekosten spürbar abgebaut werden. Die Breitenwirkung ist aber geringer als bei Pflichten aus dem Feld I. Bei Pflichten in Feld II kann hingegen sowohl die breite Masse an Unternehmen entlastet werden (hohe Fallzahl) als auch für ein einzelnes Unternehmen eine spürbare Zeitaufwandsreduzierung bei der Erfüllung einer einzelnen Pflicht ermöglicht werden. Für dieses Feld können als Beispiel die verschiedenen Bilanzierungspflichten der Unternehmen nach dem Handelsgesetzbuch genannt werden.

Mit einem gesamten Zeitaufwand von 61 Minuten und einer Fallzahl von rund 340 000 gehört die Betriebsgründung in ihrer Belastungswirkung in das Feld II. Die Pflichten haben demnach auf der einen Seite durchaus Potenzial für eine spürbare Entlastung der einzelnen Gründerin oder des einzelnen Gründers und sind auf der anderen Seite so weit verbreitet, dass Vereinfachungen auch einen Masseneffekt entfalten können und somit volkswirtschaftlich bedeutend sind.

⁵ Eine über das Jahressteuergesetz 2011 geänderte Regelung zur elektronischen Rechnungstellung vereinfacht für die Unternehmen die Aufbewahrung von Rechnungen. Bezogen auf eine einzelne Rechnung ist diese Maßnahme für ein Unternehmen kaum zu spüren, aufgrund der hohen Anzahl an Rechnungen, die in Deutschland aufbewahrt werden müssen, wird diese Vereinfachung zu einer der wichtigsten Maßnahmen im Rahmen des Bürokratieabbaus. (Bundesregierung, 2012, Seite 43)

3.3 Erfüllungsaufwand einer Unternehmensgründung in ausgewählten Branchen

Der Aufwand für die Gründung eines Unternehmens ist unter anderem von der Branche abhängig, in welcher die Gründung stattfindet. So müssen beispielsweise bei Gründungen im Gastgewerbe je nach Landesrecht zusätzliche Erlaubnisse beziehungsweise Konzessionen eingeholt werden, die in anderen Branchen nicht notwendig sind. Zum anderen können aber auch unternehmensspezifische Prozesse, die einen bürokratischen Aufwand verursachen, unterschiedlich häufig in den Branchen auftreten. So wird auf der einen Seite im Gastgewerbe häufiger eine Gründung mit Beschäftigten durchgeführt als zum Beispiel im Handel. Entsprechend müssen diese Unternehmen eher eine Betriebsnummer bei der Bundesagentur für Arbeit beantragen als andere Unternehmen. Auf der anderen Seite hat sich gezeigt, dass die Beurkundung eines Gesellschaftsvertrages im Gastgewerbe selten notwendig ist, da entsprechende Rechtsformen in dieser Branche selten anzutreffen sind; in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen ist dies dagegen bei fast der Hälfte der Gründungen der Fall. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die unterschiedlichen relativen Häufigkeiten der unternehmensspezifischen Verfahrensschritte je Branche. [↘ Tabelle 2](#)

Wenn eine künftige Unternehmerin oder ein künftiger Unternehmer einen der unternehmensspezifischen Verfahrensschritte erfüllen muss, ist der damit verbundene bürokratische Aufwand unabhängig davon, in welcher Branche die Gründung stattfindet. Die unterschiedliche Belastung je Branche durch unternehmens-

Tabelle 2

Wahrscheinlichkeit des Auftretens bestimmter administrativer Prozesse nach Branchen

	Kernprozess (Gewerbeanmeldung, steuerliche Anmeldung, Mitglied bei der Berufsgenossenschaft)	Branchenspezifische Verfahrensschritte		Unternehmensspezifische Verfahrensschritte		
		Beantragung einer Gaststätten-erlaubnis	Eintragung bei der Handwerkskammer	Eintragung ins Handelsregister	Beurkundung des Gesellschaftsvertrages	Beantragung einer Betriebsnummer
	%					
Baugewerbe	100	–	100	25	17	29
Gastgewerbe	100	75	–	18	0	55
Handel	100	–	–	28	11	22
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	100	–	–	48	45	10

spezifische Prozesse hat ihren Ursprung lediglich in der unterschiedlichen Wahrscheinlichkeit des Auftretens des jeweiligen Verfahrensschrittes in der Branche. Je wahrscheinlicher ein Verfahrensschritt in einer Branche ist, desto höher ist die bürokratische Belastung einer Gründung in dieser Branche.

Der Tabelle 3 können die Ergebnisse zum Erfüllungsaufwand je Branche entnommen werden. Für die Monetarisierung der Zeitaufwände der Gründer wurden die in den jeweiligen Wirtschaftszweigen üblichen durchschnittlichen Lohnsätze zugrunde gelegt. [↪ Tabelle 3](#)

Tabelle 3

Erfüllungsaufwand bei Unternehmensgründungen nach ausgewählten Branchen

	Baugewerbe	Gastgewerbe	Handel	Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen
	je Fall in Minuten			
Gesamtzeitaufwand	169	131	124	158
	EUR je Stunde			
Lohnsatz	31,90	20,60	30,80	33,20
	je Fall in EUR			
Monetarisierter Zeitaufwand	89,70	44,92	63,60	87,63
Sachkosten	29,33	42,80	63,47	28,67
Erfüllungsaufwand	119,04	87,72	127,07	116,30
Gebühren	210,25	174,61	92,83	177,07

Auffallend ist der Erfüllungsaufwand einer Gründung im Bereich Handel. Dieser weist den höchsten Wert auf, obwohl im Handel, wie Tabelle 2 zeigt, keine branchenspezifischen Schritte notwendig sind und auch die unternehmensspezifischen Verfahrensschritte nur unterdurchschnittlich häufig vorkommen. Mit 124 Minuten ist der Zeitaufwand des Gründers im Handel von allen vier betrachteten Branchen dementsprechend am geringsten. Die relativ hohen Kosten resultieren aus den Sachkosten, die aufgrund der überdurchschnittlich häufigen Inanspruchnahme eines Steuerberaters für die Erledigung einzelner Schritte der Unternehmensgründung im Handel am höchsten sind. Die Inanspruchnahme eines Steuerberaters für die einzelnen Verfahrensschritte reduziert wiederum den eigenen Zeitaufwand der Gründerin oder des Gründers. Die niedrigsten Gebühren fallen im Handel an. Dies ist dadurch begründet, dass die gebührenintensiven branchen- und unternehmensspezifischen Schritte nicht oder nur verhältnismäßig selten im Handel vorkommen.

Die im Vergleich zu den anderen betrachteten Wirtschaftsbereichen zusätzlich notwendige Registrierungs-pflicht bei der Handwerkskammer ist ein wichtiger Grund dafür, dass im Baugewerbe der höchste Zeitaufwand je Fall auftritt. Die Eintragung in die Handwerksrolle ist auch für die verhältnismäßig hohen Gebühren verantwortlich, die bei einer Gründung im Baugewerbe anfallen.

Bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen – zu denen auch der IT-Sektor zählt – sind im Vergleich zu den anderen Bereichen sehr häufig die Eintragung in das Handelsregister und die Beurkundung des Gesellschaftsvertrages notwendig – zwei sehr zeitintensive Verfahrensschritte. Dies führt zu einem ähnlich hohen Gesamtzeitaufwand wie im Baugewerbe. Da in diesem Bereich entsprechend den Angaben aus den Interviews die Steuerberater aber unterdurchschnittlich häufig in Anspruch genommen werden, liegt der Erfüllungsaufwand einer Gründung nur im durchschnittlichen Bereich.

aufwand einer Gründung nur im durchschnittlichen Bereich.

Aufgrund des relativ geringen Zeitaufwands und des niedrigsten durchschnittlichen branchenspezifischen Lohnsatzes ist der Erfüllungsaufwand bei der Gründung einer Gaststätte am geringsten – trotz des zusätzlichen branchenspezifischen Schrittes der Beantragung einer Gaststättenerlaubnis.

3.4 Ergebnisse der Schätzung einzelner Szenarien

Wie bereits beschrieben wurden drei Szenarien entwickelt, nach denen eine Unternehmensgründung vollzogen werden kann. Unterscheidungsmerkmal der Szenarien ist die unterschiedlich starke Einbindung des Einheitlichen Ansprechpartners beziehungsweise einer einheitlichen Anlaufstelle in den Gründungsprozess.

Welcher Bürokratieaufwand ist mit der Gründung eines Unternehmens verbunden?

- › Szenario 1: Gründung eines Unternehmens ohne Einbindung einer einheitlichen Anlaufstelle
- › Szenario 2: Gründung eines Unternehmens mit und ohne Hilfe einer einheitlichen Anlaufstelle (aktuelle Ausgestaltung und Inanspruchnahme durch Gründerinnen und Gründer)
- › Szenario 3: Gründung eines Unternehmens mithilfe einer alles umfassenden einheitlichen Anlaufstelle

Bei der Ausgestaltung des Einheitlichen Ansprechpartners wird unterstellt, dass sich der Prozess für die Gründerinnen und Gründer weniger aufwendig gestaltet, je mehr Verfahrensschritte zentral an dieser Stelle vollzogen werden. Das Szenario 3 beschreibt eine einheitliche Anlaufstelle in jener Form, wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Funktion des Einheitlichen Ansprechpartners weiterentwickeln will. (BMW, Pressemitteilung, 2014) Der Vergleich der einzelnen Szenarien gibt insofern einen Hinweis darauf, wie durch die Weiterentwicklung einer einheitlichen Anlaufstelle der Erfüllungsaufwand im Vergleich zur Ist-Situation eines Gründungsprozesses reduziert werden kann.

In Tabelle 4 ist der geschätzte Erfüllungsaufwand je Fall abhängig von der Ausgestaltung und Nutzung einer einheitlichen Anlaufstelle aufgeführt. Das Ergebnis für Szenario 2 entspricht dabei mit 95,15 Euro dem bereits beschriebenen Ergebnis des Ist-Zustandes eines typischen Unternehmensgründungsprozesses. Deutlich wird dabei, dass bereits die bisher realisierte Umsetzung einer einheitlichen Anlaufstelle beispielsweise in Form eines Einheitlichen Ansprechpartners im Vergleich zum Szenario 1 – Gründung ohne Einbindung einer einheitlichen Anlaufstelle – zu einer Reduzierung des Erfüllungsaufwands geführt hat, wobei das Potenzial einer solchen Einrichtung aber noch nicht ausgeschöpft ist (im Vergleich zu Szenario 3). Die Einführung einer einheitlichen Anlaufstelle mit umfassenden Befugnissen würde den Erfüllungsaufwand einer Gründung gegenüber dem jetzigen Zustand um über 20 Euro (rund 23 %) reduzieren. [↪ Tabelle 4](#)

Eine einheitliche Anlaufstelle setzt vor allem daran an, der Gründerin beziehungsweise dem Gründer eine zentrale Stelle anzubieten, sodass nicht mehr verschiedene Behörden für eine Unternehmensgründung aufzusuchen sind. Entsprechend sind es in erster Linie die Wegezeiten

Tabelle 4

Geschätzter Erfüllungsaufwand bei Unternehmensgründungen, abhängig von der Nutzung einer einheitlichen Anlaufstelle

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
	EUR		
Erfüllungsaufwand je Fall	102,46	95,15	73,55
Personalkosten	33,27	33,45	31,71
Kosten für Wegezeiten	26,27	21,61	14,33
Kosten für Wartezeiten	7,15	6,63	4,02
Sachkosten	35,77	33,46	23,47

zu und Wartezeiten in den Behörden, die Gründerinnen und Gründer einsparen können. Hinzu kommt noch eine Reduktion der Sachkosten, da insbesondere Portokosten eingespart werden. Der Personalaufwand reduziert sich hingegen trotz Synergieeffekten nur geringfügig.


Obwohl eine Gründung bei Inanspruchnahme einer einheitlichen Anlaufstelle bereits jetzt (Szenario 2) Vorteile gegenüber einer Gründung ohne Hinzuziehung einer solchen Stelle (Szenario 1) hat, zeigt die Befragung der Gründerinnen und Gründer hier ein gemischtes Bild. Nur relativ wenige der Befragten wickelten Verwaltungsprozesse über eine einheitliche Anlaufstelle ab (von den 108 Befragten waren dies nur 16; nur ein Befragter hat den Einheitlichen Ansprechpartner in Anspruch genommen). Allerdings wurde bei den aufgenommenen Verbesserungsvorschlägen mehrfach der Wunsch nach einer einheitlichen Stelle genannt – obwohl es eine solche Stelle bereits gibt. Der Einheitliche Ansprechpartner scheint demnach in der öffentlichen Wahrnehmung noch zu wenig verankert zu sein.

Wie die Ergebnisse zeigen, sollte zunächst eine einheitliche Anlaufstelle im Allgemeinen und ein Einheitlicher Ansprechpartner im Speziellen rechtlich gestärkt werden, das heißt mit mehr Befugnissen ausgestattet werden. Dies lässt sich für die Existenzgründer in Form von verringerten administrativen Aufwänden aus den Ergebnissen der Szenarien ableiten. Zusätzlich sollte der Bekanntheitsgrad des Einheitlichen Ansprechpartners durch verbesserte Öffentlichkeitsarbeit erhöht werden.

4

Fazit

Über das Gründerprojekt konnten Informationen darüber bereitgestellt werden, welcher administrative Aufwand im Rahmen des Prozesses der Existenzgründung entsteht. Damit kann das Projekt über die Bereitstellung von Erfüllungsaufwandsdaten eine bestehende Informationslücke schließen, da die bisher durchgeführten Studien ihren Untersuchungsschwerpunkt auf die Verfahrensdauer des gesamten Gründungsprozesses legten.

Weiter werden Informationen darüber bereitgestellt, wie sich die Einrichtung und Nutzung einer einheitlichen behördlichen Anlaufstelle für Existenzgründer über die Bündelung administrativer Prozesse in reduziertem Aufwand niederschlägt. Dies bietet den politisch handelnden Akteuren die Möglichkeit, den Gründungsaufwand durch geeignete Maßnahmen zu reduzieren. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie will dies nun mit der Weiterentwicklung der einheitlichen Anlaufstellen, digitaler Behördenkommunikation sowie transparenten Informationen über die verschiedenen Unterstützungsangebote (BMWi, Pressemitteilung, 2014) gezielt umsetzen. Das Projekt hat somit sein Ziel erreicht, über die reine Darstellung des Erfüllungsaufwands hinaus den politisch handelnden Akteuren Informationen zur Bewertung von Handlungsalternativen bereitzustellen. 

LITERATURVERZEICHNIS

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. *Gabriel: Start-ups sollen Informationen aus einer Hand erhalten*. In: Pressemitteilung vom 26. September 2014.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. *Erfüllungsaufwand im Bereich Betriebsgründung – Ablauf von der Geschäftsidee bis zum ersten Umsatz*. September 2014. [Zugriff am 7. Januar 2015]. Verfügbar unter: www.bmwi.de

Bundesregierung. *Bessere Rechtsetzung 2012: Belastungen vermeiden – Bürokratischen Aufwand verringern – Wirtschaftliche Dynamik sichern*. In: Bericht der Bundesregierung 2012 nach § 7 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates. Berlin 2013.

Bundesregierung. *Grundstein für besseres Recht: Fünf Jahre Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung*. In: Jahresbericht 2011 der Bundesregierung. Berlin 2012.

Bundeskanzleramt/Statistisches Bundesamt. *Bürokratischer Aufwand im Zuwendungsrecht*. In: Abschlussbericht August 2010. [Zugriff am 7. Januar 2015] Verfügbar unter: www.bundesregierung.de

Chlumsky, Jürgen/Schmidt, Bernd/Vorgrimler, Daniel/Waldeck, Hans-Peter. *Das Standardkosten-Modell und seine Anwendung auf Bundesebene*. In: *Wirtschaft und Statistik*, 10/2006, Seite 993 ff.

Holz, Michael. *Dauer und Kosten von administrativen Gründungsverfahren*. In: IfM-Materialien Nr. 205, Bonn 2011.

OECD. *Wirtschaftsausblick*. In: Ausgabe 2013/2. [Zugriff am 7. Januar 2015] Verfügbar unter: www.oecd-ilibrary.org

Schneck, Stefan/May-Strobl, Eva. *Wohlstandseffekte des Gründungsgeschehens*. In: IfM-Materialien Nr. 223, Bonn 2013.

Statistisches Bundesamt. *Leitfaden zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwandes in Regelungsvorhaben der Bundesregierung*. Oktober 2012.



Martin Pöppel-Decker

ist Dipl. Ing. Maschinenbau und seit 1992 im Bereich „Unfallstatistik, Unfallanalyse“ der Bundesanstalt für Straßenwesen tätig. Sein Schwerpunkt liegt auf straßennetzbezogenen, regionalspezifischen und fahrzeugtechnischen Datenanalysen.



Ingeborg Vorndran

ist studierte Volkswirtin und leitete bis Ende 2014 zehn Jahre das Referat „Verkehrsunfälle“ des Statistischen Bundesamtes. Ihre Schwerpunkte lagen in der methodischen Weiterentwicklung der Statistik und einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit. Seit Dezember 2014 arbeitet sie im Bereich Zensus.

WELCHE ROLLE SPIELT DAS FAHRZEUG BEI EINEM VERKEHRsunFALL?

Unfallbeteiligung von Pkw nach Segmenten 2013

Martin Pöppel-Decker, Ingeborg Vorndran

📌 **Schlüsselwörter:** Fahrzeugsegment – Verkehrsunfälle – Verkehrstote – Unfallbeteiligung – Pkw-Unfälle

ZUSAMMENFASSUNG

An den meisten Unfällen im Straßenverkehr sind Personenkraftwagen beteiligt. Dazu zählen aber so unterschiedliche Fahrzeuge wie Kleinwagen, Geländewagen oder sogar Wohnmobile. Dank der nun vom Kraftfahrt-Bundesamt an die Statistik gelieferten Angabe zum Fahrzeugsegment ist es möglich, die Unfallbeteiligung der Pkw stärker nach Fahrzeuggruppen zu differenzieren.

Dieser Beitrag analysiert, wie häufig Fahrzeuge verschiedener Segmente an Unfällen mit Personenschaden beteiligt sind. Was ist die Hauptunfallursache und wer verursacht am häufigsten einen Unfall? Stimmt die Annahme, dass Insassen in größeren Fahrzeugen bei einem Unfall weniger gefährdet sind als in kleineren Fahrzeugen? Neben diesen Fragen wird auch die Unfallschwere bei den Unfallgegnern einzelner Fahrzeugsegmente betrachtet.

📌 **Keywords:** vehicle segment – traffic accidents – traffic deaths – accident involvement – car accidents

ABSTRACT

Passenger cars are involved in most road traffic accidents. These cars include a wide range of vehicles such as small cars, off-road vehicles and even motorhomes. The information on vehicle segments now being supplied to the statistical offices by the Federal Motor Transport Authority allows accidents to be more finely differentiated by the passenger car category involved.

This article discusses how often vehicles of different segments are involved in personal injury accidents. What is the main cause of accidents and who is at fault most frequently? Is the assumption correct that, in the case of an accident, car occupants are safer in larger than in smaller cars? Apart from answering these questions, the article examines accident severity for various vehicle segments and parties involved.

Einleitung

An den meisten Unfällen im Straßenverkehr sind Personenkraftwagen (Pkw) beteiligt. Aber Pkw ist nicht gleich Pkw: Die Bandbreite der Fahrzeuge reicht vom Kleinwagen bis zur Oberklassenlimousine, vom Geländewagen bis zum Wohnmobil. Die Vermutung liegt nahe, dass solch ungleiche Fahrzeuge auch unterschiedlich am Unfallgeschehen beteiligt sind. So wird allgemein angenommen, dass größere Autos weniger gefährlich für ihre Fahrzeuginsassen sind oder dass Unfallgegner von Geländewagen die schwerwiegenderen Folgen zu tragen haben. Erkenntnisse hierzu waren bisher aus den Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik nicht abzuleiten. Mithilfe der seit Kurzem vom Kraftfahrt-Bundesamt gelieferten Angaben zum Fahrzeugsegment kann nun das Unfallgeschehen der Pkw nach 13 Untergruppen dargestellt und analysiert werden. In dem folgenden Beitrag werden der Datenzugang und erste Ergebnisse vorgestellt.

Zwei von drei Unfällen mit Pkw-Beteiligung

Der Pkw ist ein sehr häufig genutztes Verkehrsmittel: Zum Stichtag 1. Januar 2013 waren beim Kraftfahrt-Bundesamt 43,4 Millionen Personenkraftwagen registriert, das waren 79,0 % aller motorisierten Fahrzeuge in Deutschland. Zudem wächst der Bestand an Pkw kontinuierlich, seit 1990 um rund 40%. Diese Dominanz von Pkw im Straßenverkehr spiegelt sich auch im Unfallgeschehen wider: 64,1 % aller Beteiligten an Unfällen mit Personenschaden im Jahr 2013 waren Fahrer oder Fahrerinnen von Pkw. Von den im Straßenverkehr verunglückten Personen saßen 56,3 % in einem Pkw.

Pkw-Fahrer/-innen sind damit die Verkehrsteilnehmergruppe mit der größten Zahl an Unfallbeteiligten oder Verunglückten. Deshalb besteht seit längerem der Bedarf, das Unfallgeschehen gerade dieser Verkehrsteilnehmer differenzierter zu untersuchen, um weitere Erkenntnisse zur Verbesserung der Sicherheit auf deutschen Straßen gewinnen zu können.

Technische Fahrzeugdaten liefert das Kraftfahrt-Bundesamt

Die fahrzeugbezogenen Merkmale der Unfallfahrzeuge übermittelt seit Änderung des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes¹ im Jahr 1995 das Kraftfahrt-Bundesamt aus seinem Zentralen Fahrzeugregister. Dazu gehören unter anderem das Jahr der Erstzulassung, Hersteller, Typ und Ausführung des Fahrzeugs, die Fahrzeug- und Aufbauart, Hubraum und Motorleistung, Höchstgeschwindigkeit sowie Gewicht des Fahrzeugs. Die Auskunft erfolgt nur für in Deutschland zugelassene Fahrzeuge. Für ausländische Fahrzeuge sind keine Daten im Fahrzeugregister gespeichert.

Eine differenzierte Betrachtung der unfallbeteiligten Pkw nach kleineren, möglichst homogenen Fahrzeuggruppen war mit diesen bisher übermittelten Daten nicht möglich. Das Kraftfahrt-Bundesamt erstellt aber seit einigen Jahren eine Gliederung, welche Kraftfahrzeuge, genauer gesagt M1-Fahrzeuge, nach 13 Gruppen beziehungsweise Fahrzeugsegmenten unterteilt.

Fahrzeugsegmente unterteilen Pkw in Untergruppen

Das Fahrzeugsegment steht als statistisches Merkmal im Zentralen Fahrzeugregister nicht zur Verfügung. Die Fahrzeuge werden aber über die dort gespeicherte Fahrzeug-Identifizierungsnummer in Verbindung mit der Herstellerschlüsselnummer einem Segment zugeordnet. Die Eingruppierung der Modelle erfolgt anhand optischer, technischer und marktorientierter Merkmale². Die Bildung der Klassifizierungsmerkmale und die Zuordnung wird dabei vom Kraftfahrt-Bundesamt in enger Abstimmung mit der Automobilindustrie vorgenommen. Im Fahrzeugbrief oder -schein sind hierzu keine Angaben enthalten.

Diese Angaben zum Fahrzeugsegment werden nun aufgrund zusätzlicher Vereinbarungen mit dem Kraftfahrt-

1 Gesetz über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle (Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz – StVUnfStatG) vom 15. Juni 1990 (BGBl. I Seite 1078), zuletzt geändert durch Artikel 298 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I Seite 2407) (§ 2 Absatz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 4 Absatz 2).

2 Siehe Erläuterungen des Kraftfahrt-Bundesamtes. Verfügbar unter: www.kba.de

Bundesamt im Rahmen des bestehenden Datenaustausches an die statistischen Ämter übermittelt. Tabelle 1 gibt eine Übersicht über die gebildeten Fahrzeugsegmente und deren jeweils am häufigsten zugelassenen Fahrzeugmodelle im Jahr 2013. [↘ Tabelle 1](#)

Tabelle 1

Bestand an Kraftfahrzeugen nach Segmenten 2013

	Bestand	Anteil an insgesamt	Die häufigsten Modelle des Segments
	Anzahl	%	
Insgesamt	43 431 124	100	
Minis	2 650 003	6,1	Renault Twingo, Smart Fortwo, Ford Ka
Kleinwagen	8 903 358	20,5	VW Polo, Opel Corsa, Ford Fiesta
Kompaktklasse	11 690 932	26,9	VW Golf, Jetta, Opel Astra, Ford Focus
Mittelklasse	7 655 303	17,6	BMW 3er, VW Passat, Mercedes C-Klasse
Obere Mittelklasse	2 272 677	5,2	Mercedes E-Klasse, BMW 5er, Audi A6, S6, RS6, A7
Oberklasse	239 208	0,6	BMW 7er, Mercedes S-Klasse, Audi A8
Geländewagen	1 386 016	3,2	VW Tiguan, BMW X3, Mercedes ML-Klasse
Utilities (kleine Nutzfahrzeuge)	1 475 148	3,4	VW Transporter, VW Caddy, Renault Kangoo
Wohnmobile	353 663	0,8	Fiat Ducato, VW Transporter, Ford Transit
Sportwagen	740 180	1,7	Mercedes SLK, Mercedes CLK, Porsche 911
Mini-Vans	1 960 631	4,5	Opel Meriva, Mercedes B-Klasse, Renault Scenic
Großraum-Vans	1 995 658	4,6	VW Touran, Opel Zafira, VW Sharan
SUV (Sport Utility Vehicles)	1 023 526	2,4	Nissan Qashqai, Toyota RAV 4, BMW X1
Sonstige	1 084 821	2,5	

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt FZ 12.2013

Segmentangaben nicht für alle Pkw möglich

Bedingt durch die Entstehung und den zeitlichen Beginn der Klassifizierung, haben jedoch nicht alle Pkw eine Angabe zum Fahrzeugsegment:

- › Segmente werden nur für in Deutschland zugelassene Fahrzeuge gebildet, da für ausländische Fahrzeuge – wie zuvor beschrieben – die zugrunde liegenden Registerdaten fehlen.
- › Das Fahrzeugsegment wird vom Kraftfahrt-Bundesamt für M1-Fahrzeuge (M1 ist eine EG-Fahrzeugklasse³, die überwiegend Pkw umfasst) mit einem Erstzulassungsdatum ab 1990 ermittelt.

³ Die Europäische Gemeinschaft (EG) hat 1970 eine Definition der Fahrzeugklassen erstellt, wodurch Gruppen von Fahrzeugen EG-weit einheitlich eingeordnet werden können (Richtlinie 70/156/EWG vom 6. Februar 1970).

- › Liegt im Zentralen Fahrzeugregister für ein Fahrzeug keine Fahrzeug-Identifizierungsnummer vor, so kann keine Segmentzuordnung erfolgen.

Diese Einschränkungen sind bei der Auswertung der Unfallergebnisse nach Segmenten zu beachten. Hinzu kommt noch eine weitere Beschränkung:

Für Unfallfahrzeuge aus sehr aktuellen Modellreihen liegen zum Zeitpunkt der Anfrage unter Umständen noch keine Segment-Ergänzungen vor. Grund hierfür ist, dass die Bestandsdaten jeweils zum Beginn eines Jahres archiviert werden, jedoch laufend neue Typschlüssel zugeteilt werden. Diese Fahrzeuge werden als „sonstige“ Fahrzeuge ausgewiesen und im Rahmen des Datenaustausches auch so in den Datenbestand der Straßenverkehrsunfallstatistik übernommen. Eine

spätere Korrektur ist nicht möglich, weil nach der ersten Abfrage beim Kraftfahrt-Bundesamt die hierfür benötigten Angaben zum Fahrzeugkennzeichen gelöscht werden. Insgesamt waren im Jahr 2013 etwa 0,4% der an Unfällen mit Personenschaden beteiligten Pkw nicht klassifiziert und werden als sonstige Fahrzeuge in den Segmentangaben ausgewiesen.

Tabelle 2 enthält Angaben für alle Kraftfahrzeuge, die an Unfällen mit Personenschaden im Jahr 2013 beteiligt waren. Sie ist nach Verkehrsteilnehmergruppen (Pkw, Lkw und so weiter) sowie nach Segmenten untergliedert. Die Zahlen zeigen, dass für den überwiegenden Teil der Personenkraftwagen (92,4%) eine Segmentangabe vorhanden ist. Für 7,6% der Fahrzeuge fehlt eine entsprechende Zuordnung aus den genannten Gründen oder weil für diesen Pkw kein oder ein falsches Kennzeichen vorlag. [↘ Tabelle 2](#)

Welche Rolle spielt das Fahrzeug bei einem Verkehrsunfall?

Tabelle 2

Unfallbeteiligte Kraftfahrzeuge¹ an Unfällen mit Personenschaden nach Fahrzeugsegmenten 2013

	Verkehrsteilnehmergruppe					Kraftfahrzeuge insgesamt	
	Pkw	Busse	Lkw	Sattelzugmaschinen	Zugmaschinen und Sonderfahrzeuge		
	Anzahl						%
Minis	25 575	0	0	0	0	25 575	7,6
Kleinwagen	75 983	0	0	0	0	75 983	22,7
Kompaktklasse	90 117	0	0	0	0	90 117	26,9
Mittelklasse	60 191	0	0	0	1	60 192	18,0
Obere Mittelklasse	19 610	0	2	0	11	19 623	5,9
Oberklasse	2 167	0	0	0	0	2 167	0,6
Geländewagen	9 374	0	0	0	6	9 380	2,8
Utilities (kleine Nutzfahrzeuge)	10 566	0	70	0	353	10 989	3,3
Wohnmobile	177	1	22	1	382	583	0,2
Sportwagen	3 805	0	0	0	0	3 805	1,1
Mini-Vans	13 205	0	1	0	0	13 206	3,9
Großraum-Vans	14 878	0	1	0	2	14 881	4,4
SUV (Sport Utility Vehicles)	6 670	0	0	0	0	6 670	2,0
Sonstige	1 428	0	2	0	1	1 431	0,4
Zusammen	333 746	1	98	1	756	334 602	100
Ohne Angabe	26 062	5 547	24 820	6 887	4 292	67 608	X
Insgesamt	359 808	5 548	24 918	6 888	5 048	402 210	X

¹ Ohne Zweiräder.

Es fällt aber auch auf, dass eine geringe Anzahl von Kraftfahrzeugen Angaben zum Segment aufweisen, obwohl sie nach den Informationen der polizeilichen Unfallaufnahme keine Pkw sind. Dies ist insbesondere innerhalb der Segmente „Wohnmobile“ und „Utilities“ (kleine Nutzfahrzeuge) der Fall, da sie von der Polizei bei der Unfallaufnahme zum Teil auch als Lastkraftwagen (Lkw), Zugmaschinen oder Sonderfahrzeuge ausgewiesen wurden. Dies liegt in der Regel an den neuen Klassifizierungen, die sich im Laufe der letzten Jahre durch Anpassung an die EG-Fahrzeugklassen ergeben haben. So zählen zum Beispiel Wohnmobile erst seit 2005 nach dem Kraftfahrt-Bundesamt zu den Fahrzeugen zur Personenbeförderung (M1-Fahrzeuge). Vor 2005 wurden sie den „Sonstigen Kraftfahrzeugen“ oder auch den Lkw zugeordnet.

In den folgenden Ergebnissen zum Unfallgeschehen nach Fahrzeugsegmenten werden daher alle Kraftfahrzeuge mit Angaben zum Segment einbezogen.

Im Jahr 2013 waren insgesamt 402 210 Kraftfahrzeuge (ohne motorisierte Zweiräder) an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Bei 334 602 dieser Fahrzeuge konnte

vom Kraftfahrt-Bundesamt eine Angabe zum Segment zugewiesen werden. Davon waren 75 % Minis, Kleinwagen, Kompaktklasse- und Mittelklassewagen. Dies entspricht in etwa auch dem Anteil am Bestand: 71 % des in Deutschland nach Segment erfassten Fahrzeugbestands entfällt auf diese Klein- und Mittelklassewagen. Damit machen die Fahrzeuge der genannten Segmentkategorien die überwiegende Mehrheit der unfallbeteiligten Kraftfahrzeuge aus.

Deutlich unter einem Anteil von 10% lag jeweils die Unfallbeteiligung der übrigen Segmente. So kommen beispielsweise Mini- und Großraum-Vans zusammen auf einen Anteil von 8 %, obere Mittelklasse und Oberklasse zusammen auf 7 % sowie Geländewagen und SUV (Sport Utility Vehicles) gemeinsam auf 5 %.

Im Hinblick auf die Unfallbeteiligung nach „Segment“ lässt sich nach diesen ersten Betrachtungen festhalten, dass die nach dem Bestand erwartete Verteilung sich im Unfallgeschehen widerspiegelt. Hierbei ist jedoch nicht die – in den einzelnen Segmenten stark unterschiedliche – Fahrleistung berücksichtigt.

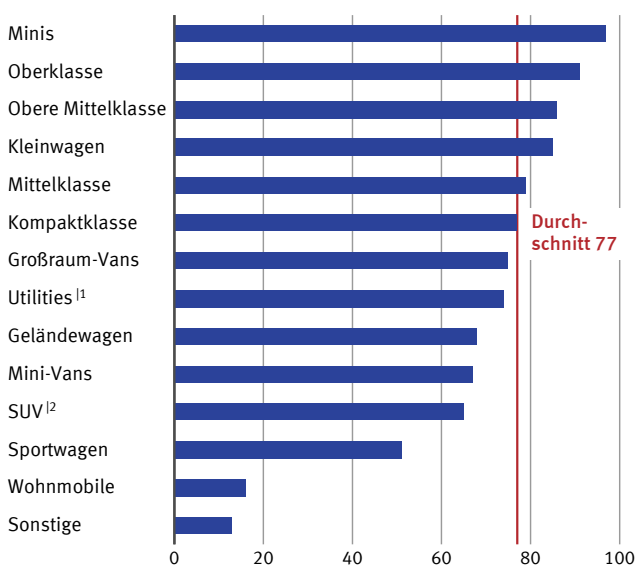
Gemessen am Bestand sind Minis oft an Unfällen beteiligt

Bezieht man die Zahl der an einem Unfall mit Personenschaden beteiligten Pkw auf den Gesamtbestand der Pkw, so zeigt sich ein anderes Bild. Durchschnittlich waren danach in Deutschland 77 je 10 000 Fahrzeuge des Bestands an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Innerhalb der Segmentgruppen variiert dieser Wert zwischen 16 beteiligten je 10 000 Fahrzeuge bei den Wohnmobilen und 97 beteiligten je 10 000 Fahrzeuge bei den Minis. Die vergleichsweise hohe Zahl unfallbeteiligter Minis ist mit den vorliegenden Auswertungen nicht zu erklären, zumal die durchschnittliche Fahrleistung der Fahrzeuge der oberen Mittelklasse deutlich höher als die der Minis liegen dürfte. Hier sind weitere Analysen, beispielsweise der Beteiligung nach Ortslage oder der Nutzerstruktur, erforderlich, die über den Rahmen des vorliegenden Beitrags hinausgehen. [↘ Grafik 1 und Grafik 2](#)

Häufigste Unfallursache im Jahr 2013 waren bei den meisten Segmenten – wie auch bei den Pkw insgesamt – Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren mit Anteilen zwischen 17 % und 21 % an

Grafik 1

An Unfällen mit Personenschaden beteiligte Fahrzeuge 2013 je 10 000 Fahrzeuge des Bestands

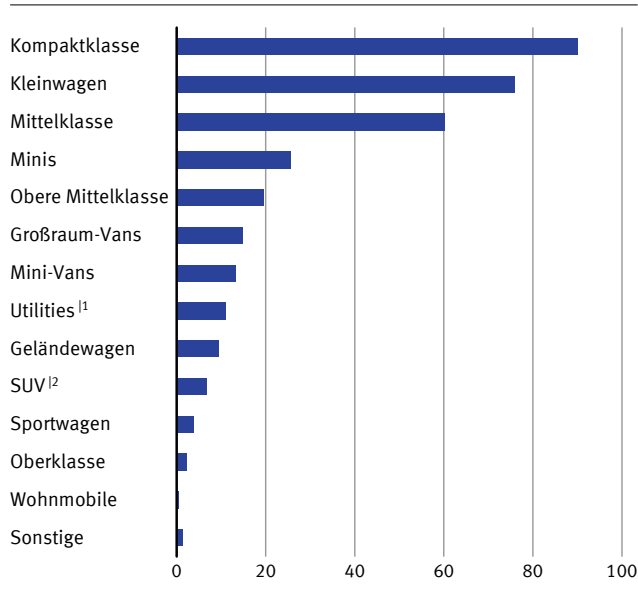


1 Kleine Nutzfahrzeuge.
2 Sport Utility Vehicles.

2015 - 01 - 0043

Grafik 2

An Unfällen mit Personenschaden beteiligte Kraftfahrzeuge nach Segment 2013 in 1 000



1 Kleine Nutzfahrzeuge.
2 Sport Utility Vehicles.

2015 - 01 - 0044

der Gesamtzahl ihrer Fehlverhalten. Fahrer und Fahrerinnen von Geländewagen (18,5 %) und Mini-Vans (21,1 %) fielen bei Unfällen mit Personenschaden vor allem durch Vorfahrtsfehler auf. Bei den Sportwagen war es die nicht angepasste Geschwindigkeit (19,1%), die diesen am häufigsten angelastet wurde. Bei den Wohnmobilen war ein zu geringer Sicherheitsabstand die Unfallursache Nummer eins (18,9%).

Utilities sind häufiger schuld an ihren Unfällen

Als Hauptverursacher eines Unfalls wird der Verkehrsteilnehmer angesehen, der nach Angaben der unfallaufnehmenden Polizeibeamten die Hauptschuld am Unfall trägt.

Eine Auswertung der Fahrzeuge mit Segmentangaben danach, wie häufig diese als Hauptverursacher des Unfalls eingestuft werden, zeigt nur geringe Unterschiede zwischen den Segmenten. Der Anteil der Hauptverursacher liegt in allen Segmenten dicht um den Mittelwert von 55 %. Den höchsten Hauptverursacheranteil haben

Welche Rolle spielt das Fahrzeug bei einem Verkehrsunfall?

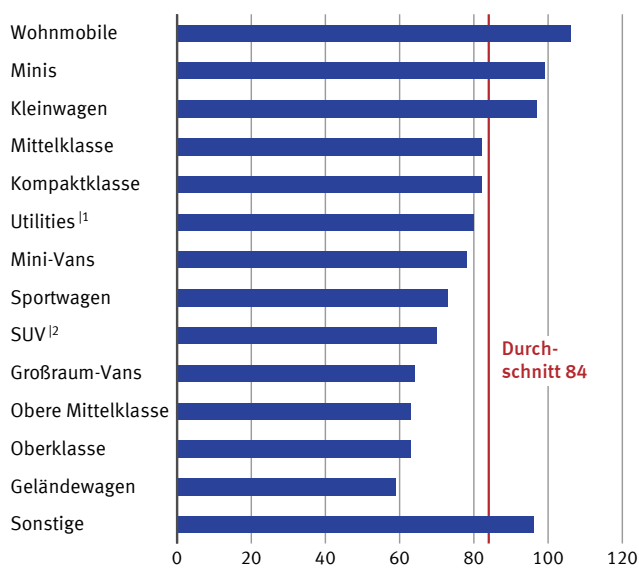
die Utilities, das sind kleine Nutzfahrzeuge, mit 57%. Demgegenüber wurden Großraum-Vans und Wohnmobile seltener (52%) als Hauptverursacher eingestuft.

Insassen in Pkw der Oberklasse weniger gefährdet

Die Gefahr für Insassen eines an einem Unfall beteiligten Pkw, schwer verletzt oder getötet zu werden, unterscheidet sich zwischen den Segmenten. Gemessen wird dieses Risiko, indem die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten auf die Anzahl der an Unfällen beteiligten Fahrzeuge bezogen wird. Im Jahr 2013 wurden im Durchschnitt 84 Personen je 1 000 an Unfällen beteiligten Kraftfahrzeugen mit Angaben zum Segment getötet oder schwer verletzt. Am schwersten sind die Folgen für die Fahrer und Mitfahrer von Wohnmobilen: Hier wurden 106 Personen je 1 000 an Unfällen beteiligten Fahrzeuge schwer beziehungsweise tödlich verletzt. Allerdings ist die Zahl der Wohnmobile, die an einem Unfall mit Personenschaden beteiligt sind, recht klein, was die Aussagekraft des Wertes einschränkt. Neben Wohnmobilen erleiden auch Insassen von Minis und Kleinwagen besonders schwere Unfallfolgen. In Fahrzeugen der obo-

Grafik 3

Verkehrstote und Verletzte 2013
je 1 000 an Unfällen mit Personenschaden beteiligte Fahrzeuge



1 Kleine Nutzfahrzeuge.
2 Sport Utility Vehicles.

2015 - 01 - 0045

ren Mittelklasse und der Oberklasse sind die Insassen deutlich weniger gefährdet. Hier wurden je 1 000 beteiligte Fahrzeuge 63 schwere Personenschäden registriert. Noch sicherer für ihre Insassen scheinen Geländewagen zu sein, während die den Geländewagen sehr ähnlichen SUVs einen deutlich schlechteren Wert aufweisen.

➔ Grafik 3

Verursachen große Pkw einen Unfall, haben die Unfallgegner die schwereren Folgen

Verkehrsunfälle können sehr unterschiedliche Folgen für die Insassen haben, je nachdem, zu welchem Fahrzeugsegment der jeweilige Pkw zählt. Wie die Analyse gezeigt hat, ist die mittlere Unfallschwere auf Seiten der Insassen von Kleinwagen, Kompaktklasse-Fahrzeugen und Mittelklassewagen besonders hoch. Dieses Ergebnis verfestigt sich, wenn man Unfallbeteiligung und Unfallfolgen noch etwas differenzierter betrachtet.

Tabelle 3 auf Seite 102 führt die Unfallbeteiligung und die Unfallfolgen im Fahrzeug des Hauptverursachers und bei den Unfallgegnern (auch Zweiräder und Fußgänger) des Hauptverursachers auf. Schwere und schwerste Unfallfolgen (Schwerverletzte und Verkehrstote) wurden hier in Bezug zur Unfallbeteiligung gesetzt. Danach sind die Unfallschwere beim Hauptverursacher und bei den Gegnern abhängig von der Größe der Fahrzeuge: In den beiden Kategorien mit den kleinsten Fahrzeugen, den Minis und den Kleinwagen, ist die Zahl der schwerverletzten und getöteten Insassen beim Hauptverursacher höher als bei den Unfallgegnern. Bei allen anderen Segmenten ist es umgekehrt. ➔ Tabelle 3

Verursacht beispielsweise ein Fahrzeug des Segments Mini einen Unfall mit Personenschaden, so sind hier – je 1 000 beteiligte Fahrzeuge – 117 schwerverletzte oder getötete Insassen zu beklagen. Auf Seiten der Unfallgegner beläuft sich die Anzahl der schwerverletzten oder getöteten Insassen auf 101 je 1 000 beteiligte Fahrzeuge.

Ganz anders stellt sich das Bild dar, wenn ein Großraum-Van als Hauptverursacher eines Unfalls identifiziert wird. Im Großraum-Van wurden im Durchschnitt 66 schwerverletzte oder getötete Insassen und auf Seiten der Unfallgegner 121 schwerverletzte oder getötete Insassen je 1 000 beteiligte Fahrzeuge registriert.

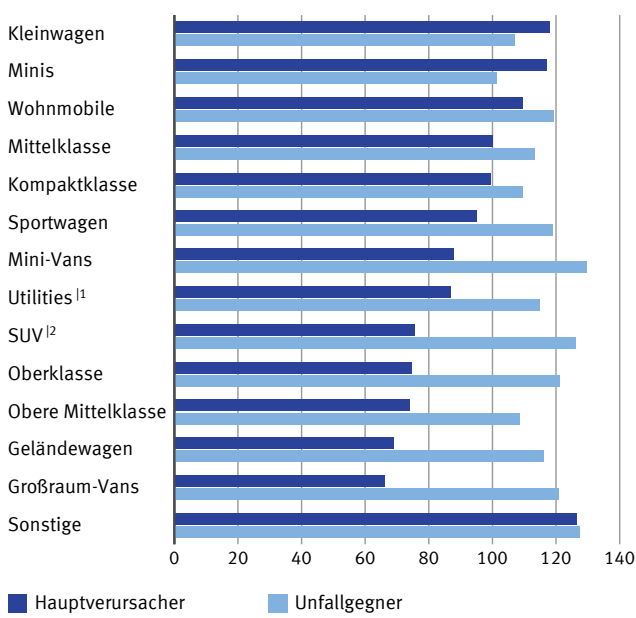
Tabelle 3

An Unfällen mit Personenschaden beteiligte Fahrzeuge nach Segment des Hauptverursachers und Unfallfolgen 2013

	Unfallbeteiligung und Unfallfolgen									
	beim Hauptverursacher				beim Gegner des Hauptverursachers (auch Zweiräder und Fußgänger)				schwere Personenschäden je 1 000 beteiligte Fahrzeuge	
	Fahrzeuge	Verkehrstote	Schwerverletzte	Leichtverletzte	Fahrzeuge	Verkehrstote	Schwerverletzte	Leichtverletzte	beim Hauptverursacher	beim Unfallgegner
Insgesamt	183 974	1 236	17 202	66 514	181 693	642	19 603	144 786	100	111
Minis	14 382	100	1 584	6 833	12 892	43	1 265	9 380	117	101
Kleinwagen	42 717	288	4 758	19 035	39 108	98	4 093	29 730	118	107
Kompaktklasse	49 370	326	4 596	17 448	49 422	175	5 237	39 759	100	110
Mittelklasse	32 628	258	3 008	10 721	33 272	134	3 635	27 021	100	113
Obere Mittelklasse	10 620	68	719	2 756	11 288	41	1 187	9 479	74	109
Oberklasse	1 203	5	85	330	1 312	12	147	1 067	75	121
Geländewagen	5 211	24	336	1 222	5 524	22	620	4 690	69	116
Utilities (kleine Nutzfahrzeuge)	6 234	48	493	1 956	6 468	23	720	5 453	87	115
Wohnmobile	301	3	30	72	327	2	37	291	110	119
Sportwagen	2 052	17	178	619	2 086	13	235	1 656	95	119
Mini-Vans	7 155	44	585	2 211	7 252	30	911	5 757	88	130
Großraum-Vans	7 739	23	490	2 033	8 293	29	973	6 851	66	121
SUV (Sport Utility Vehicles)	3 524	21	245	932	3 657	16	446	3 040	75	126
Sonstige	838	11	95	346	792	4	97	612	126	128

Grafik 4

Verkehrstote und Schwerverletzte nach dem Hauptverursacher 2013
je 1 000 an Unfällen mit Personenschaden beteiligte Kraftfahrzeuge



1 Kleine Nutzfahrzeuge.
2 Sport Utility Vehicles.

2015 - 01 - 0046

In diesem Fall ist die Unfallschwere beim Unfallgegner fast doppelt so hoch wie beim Verursacher. Hier spielt sicherlich – neben der besseren Sicherheitsausstattung in den eher gehobenen Segmenten – auch das Massenverhältnis der unfallbeteiligten Fahrzeuge eine Rolle.

↳ Grafik 4

Fazit

Das Fahrzeugsegment ist ein weiteres wichtiges Merkmal im umfangreichen Datenkatalog der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik. Damit wird die Datenbasis für wissenschaftliche Analysen des Unfallgeschehens wie auch für die Entwicklung von Maßnahmen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr verbessert. Tabellen mit Unfallergebnissen nach Fahrzeugsegmenten werden künftig regelmäßig in der jährlichen Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 7 „Verkehrsunfälle“ veröffentlicht.

Der vorliegende Beitrag hat erste Erkenntnisse zum Unfallgeschehen nach Fahrzeugsegmenten anhand der Daten für das Jahr 2013 gezeigt. Die Ergebnisse bestätigen die Annahme, dass der Insassenschutz in größeren – vermutlich aufgrund der technischen Ausstattung auch sichereren – Pkw tendenziell besser ist. Verursachen

Welche Rolle spielt das Fahrzeug bei einem Verkehrsunfall?

Exkurs

Leistungsstärke und Größe der Fahrzeuge verschiedener Segmente variieren stark


Technische Unterschiede zwischen Fahrzeugen der einzelnen Segmente spiegeln sich erwartungsgemäß auch in den technischen Daten der unfallbeteiligten Kraftfahrzeuge wider: Die Mittelwerte der Motorenleistung bewegen sich in einer Spanne von 46 Kilowatt im Segment Mini bis 210 Kilowatt in der Oberklasse. Auch Sportwagen zählen mit durchschnittlich 166 Kilowatt zu den stark motorisierten Fahrzeugen. Entsprechend der Motorenleistung werden innerhalb der einzelnen Segmente auch sehr unterschiedliche Höchstgeschwindigkeiten erreicht. Während es Minis und Kleinwagen auf eine mittlere Höchstgeschwindigkeit von 154 Kilometer je Stunde beziehungsweise 166 Kilometer je Stunde bringen, erreichen Oberklassenfahrzeuge und Sportwagen durchschnittlich 246 Kilometer je Stunde beziehungsweise 240 Kilometer je Stunde. Auch die Fahrzeuge der oberen Mittelklasse liegen mit durchschnittlich 221 Kilometer je Stunde Höchstgeschwindigkeit nicht weit entfernt von den Spitzenreitern. Hinweise auf die Größe der Fahrzeuge liefert die Angabe zum Gesamtgewicht: Hier reicht die Spanne des Durchschnittsgewichts von knapp 1,3 Tonnen bei den Minis bis zu über 3,3 Tonnen bei den Wohnmobilen.

Tabelle 4

An Unfällen mit Personenschaden beteiligte Kraftfahrzeuge nach Segmenten und technischen Daten¹ 2013

	Kraftfahrzeuge	Motorleistung	Hubraum	Höchstgeschwindigkeit	Zulässiges Gesamtgewicht
	Anzahl	kW	ccm	km/h	kg
Insgesamt	334 602	83	1 720	185	1 807
Minis	25 575	46	1 096	154	1 262
Kleinwagen	75 983	55	1 299	166	1 491
Kompaktklasse	90 117	78	1 648	186	1 753
Mittelklasse	60 192	103	1 992	207	1 957
Obere Mittelklasse	19 623	133	2 504	221	2 210
Oberklasse	2 167	210	3 690	246	2 449
Geländewagen	9 380	139	2 542	195	2 487
Utilities (kleine Nutzfahrzeuge)	10 989	81	1 929	161	2 519
Wohnmobile	583	89	2 491	144	3 330
Sportwagen	3 805	166	2 651	240	1 814
Mini-Vans	13 206	82	1 647	183	1 852
Großraum-Vans	14 881	96	1 933	188	2 280
SUV (Sport Utility Vehicles)	6 670	108	1 998	186	2 076
Sonstige	1 431	96	2 035	180	1 776

¹ Mittelwerte.

größere Fahrzeuge einen Unfall, so haben die Unfallgegner das größere Risiko, schwer verletzt oder getötet zu werden. Solche Erkenntnisse sind gerade vor dem Hintergrund der steigenden Beliebtheit großer geländegängiger Fahrzeuge von Bedeutung: Denn der Bestand an Geländewagen und SUVs hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dies ist bei den Bemühungen um mehr Verkehrssicherheit zu berücksichtigen. 

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
www.destatis.de

Schriftleitung

Dieter Sarreither, Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes
Redaktionsleitung: Kerstin Hänsel
Redaktion: Ellen Römer

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Erscheinungsfolge

zweimonatlich, erschienen im Februar 2015
Das Archiv aller Ausgaben ab Januar 2001 finden Sie unter www.destatis.de/publikationen

Print

Einzelpreis: EUR 18,- (zzgl. Versand)
Jahresbezugspreis: EUR 108,- (zzgl. Versand)
Bestellnummer: 1010200-15001-1
ISSN 0043-6143
ISBN 978-3-8246-1030-3

Download (PDF)

Artikelnummer: 1010200-15001-4, ISSN 1619-2907

Vertriebspartner

IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
D-18184 Roggentin
Telefon: +49 (0) 382 04 / 6 65 43
Telefax: +49 (0) 382 04 / 6 69 19
destatis@ibro.de

Papier: Metapaper Smooth, FSC-zertifiziert, klimaneutral, zu 61% aus regenerativen Energien

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.